



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Finanzminister Dr. Markus Söder:

9,5 Milliarden Euro für Bayerns Kommunen

Kommunaler Finanzausgleich 2018 erreicht neuen Rekord
Schwerpunkt Krankenhausfinanzierung und Verkehrsinfrastruktur

Finanzminister Dr. Markus Söder und die kommunalen Spitzenverbände haben sich auf einen neuen Rekord-Finanzausgleich für das Jahr 2018 geeinigt. „Im nächsten Jahr erhalten Bayerns Kommunen 9,51 Milliarden Euro. Das ist die höchste Summe in der Geschichte des kommunalen Finanzausgleichs“, verkündete Söder. Das Verhandlungsergebnis bedeutet ein Plus von 598,8 Millionen Euro für die Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke im Freistaat im Vergleich zu 2017. Damit steigt der kommunale Finanzausgleich im nächsten Jahr um 6,7 Prozent. „Wir geben im nächsten Jahr deutlich mehr Mittel in den kommunalen Finanzausgleich. Dies zeigt eindrucksvoll, dass der Freistaat als verlässlicher Partner an der Seite seiner Kommunen steht“, so Söder weiter.

Ein besonderer Schwerpunkt wird 2018 auf die Krankenhausfinanzierung gelegt. Mit Mitteln in Höhe von rd. 643 Millionen Euro und damit einer Steigerung um rund 28 Prozent kann hier im nächsten Jahr im investiven Bereich viel bewegt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt wird 2018 auf die Verkehrsinfrastruktur gelegt. Hier wird durch eine Erhöhung der Straßenunterhaltungspauschalen um 23 Mio. Euro (rd. 8,5 Prozent) den Kommunen bei

der Bewältigung des Straßenunterhalts kräftig unter die Arme gegriffen. Für den Straßenbau- und -unterhalt stehen den Kommunen im kommunalen Finanzausgleich 2018 dann rd. 337 Millionen Euro zur Verfügung.

Stärkung des ÖPNV

Auch der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) in Bayern wird gestärkt. So werden die Betriebskostenzuschüsse signifi-

gestärkt. Mit einer Erhöhung um 42,9 Millionen Euro auf dann rd. 691 Millionen Euro werden die auf Grund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung deutlich steigenden Umlageeinnahmen der Bezirke ergänzt und Erhöhungen der Bezirksumlagesätze entgegengewirkt.

Stabilisierungshilfen

Die Stabilisierungshilfen als Unterstützung für besonders finanzschwache, sparwillige Gemeinden werden auf dem hohen Niveau von 150 Millionen Euro fortgeführt.

Verhandelt hatten Finanzminister Dr. Markus Söder, MdL und Finanzstaatssekretär Albert Füracker, MdL mit dem Bayerischen Landkreistag, dem Bayerischen Städtetag, dem Bayerischen Gemeindetag und dem Bayerischen Bezirkstag in Anwesenheit des Vorsitzenden des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags, MdL Peter Winter, und des Staatsministers des Inneren, für Bau und Verkehr, MdL Joachim Herrmann.

Zufriedenheit bei den Spitzenverbänden

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl bewertete die Ergebnisse der Verhandlungen über den kommunalen Finanzausgleich positiv: (Fortsetzung auf Seite 4)



Mit dem Sparlöwen des Bundes der Steuerzahler Bayern wurde der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, ausgezeichnet. In ihren Laudationes würdigten Steuerzahlerpräsident Rolf von Hohenhau und Bayerns Finanzminister Dr. Markus Söder den langjährigen Luxemburger Finanzminister und Ministerpräsidenten Juncker für seine sparsame und umsichtige Haushaltsführung ebenso wie für seinen Sinn für wirtschafts- und finanzpolitisches Handeln, das eine florierende Wirtschaft ermöglicht, die erfolgreiche Politik braucht. „Nur eine Tasse Kaffee täglich“ koste die Europäische Union jeden Europäer, rechnete der Geehrte vor. Das bedeute, dass auf 154.000 Bürger in Europa lediglich ein Mitarbeiter in Brüssel oder Straßburg komme. In der bayerischen Landeshauptstadt kämen etwa 46 Menschen auf einen Mitarbeiter. Das Publikum quittierte diese Rechnung mit Applaus.

Unser Bild zeigt (v. l.): Hans Podiuk, Verwaltungsratsvorsitzender des Bundes der Steuerzahler in Bayern e.V., Dr. Markus Söder, Preisträger Jean-Claude Juncker, Dr. Ingo Friedrich, Vizepräsident des Europäischen Parlaments a.D., Präsident des Europäischen Wirtschaftssenats und Rolf von Hohenhau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern e.V.

Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler:

Teure Fauxpas

Fehlender Durchblick im Maximilianeum, kein Glück mit der Software „LiMux“ und eine WC-Panne in der JVA München: Bei der Vorlage des Schwarzbuchs 2017 in München beklagte der Bund der Steuerzahler in Bayern erneut zahlreiche Fälle von Steuergeldverschwendung im Freistaat.

„Die öffentliche Verschwendung hat auf keinen Fall nachgelassen. Wir stellen Jahr für Jahr fest, dass ungefähr fünf Prozent aller öffentlichen Ausgaben - das sind auf Bayern bezogen ca. sieben Milliarden Euro - nicht sachgerecht ausgegeben, sondern letztlich zum Fenster hinausgeschmissen werden“, urteilte Maria Ritch, Vizepräsidentin des

BdS. Diesem alljährlich wiederkehrenden Umstand könne nur mit juristischen Mitteln Einhalt geboten werden. Steuerverschwendung müsse als Straftatbestand der „Haushaltsuntreue“ geahndet werden, unterstrich Ritch. Wer die Grundsätze der Sparsamkeit missachte, müsse „genauso zur Rechenschaft gezogen werden wie jemand, der Steuern hinterzieht“.

Die Spitze des Eisbergs

In seiner Veröffentlichung listet der Interessenverband zehn bayerische Verschwendungsfälle auf, die jedoch nur „die Spitze des Eisbergs“ darstellen. Dazu zählt der Fall des hochverschuldeten Klinikverbands „ANregiomed“, einem gemeinsamen Kommunalunternehmen der Stadt Ansbach und des Landkreises Ansbach. Auch nach mehreren Vorstandswechseln steht ein positives Betriebsergebnis in den Sternen.

Trotz eines mittlerweile erarbeiteten strategischen Medizin- und Sanierungskonzepts hat sich

von 2014 bis 2016 das Betriebsdefizit der „ANregiomed“ von rund 7,4 Millionen Euro auf voraussichtlich 15,2 Millionen Euro erhöht - und damit mehr als verdoppelt. Die Ursachen dafür liegen nach Mitteilung des aktuellen Vorstandes der „ANregiomed“ u. a. darin, dass „die Nachfrage und damit die Einnahmen zu gering, die Kosten des Angebots dagegen zu hoch“ sind. Außerdem wurden von 2006 bis 2016 rund 24,6 Millionen Euro für externe Beratungsleistungen (Rechts- und Wirtschaftsprüfungsberatung, IT-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Die Vorzimmerperle outet ihren Chef als Literaturliebhaber. Sie vertraut der Kraft systematischen Niederschreibens zur Ordnung eigener Gedanken. Ob ihr Bürgermeister selbst jemals ein Buch schreiben wird, bleibt vorerst ungewiss. Seite 19

GZ-BreitbandForum am 9. 11.

Tagungsort: ESKARA Arena Essenbach

Am 9. November 2017 lädt die Bayerische Gemeindezeitung zum 5. Bayerischen Breitbandforum in die ESKARA Arena in Essenbach bei Landshut ein. Ziel ist es, den Fachbesuchern aus Kommunen und Behörden Lösungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume für die optimale Internetanbindung aufzuzeigen und Kontakte zu Dienstleistern und Netzbetreibern herzustellen.

Hochkarätige Referenten erläutern die Problemstellung und technische Umsetzungsbeispiele sowie juristische Fachfragen; ebenso erörtert werden Finanzierungsmöglichkeiten des Breitbandausbaus in Bayerns Städten und Gemeinden.

Für Besucher aus Kommunalpolitik, kommunalen Verwaltungen, kommunalen Spitzenverbänden, kommunalpolitischen Verbänden, Behörden und Ministerien ist die Teilnahme am Breitbandforum kostenfrei.

Mehr Infos unter: www.bayerisches-breitbandforum.de

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

kant um rd. 45 Prozent auf rd. 74 Millionen Euro ab 2018 erhöht.

Erhöhung der Investitionspauschale

Flankierend wird die allgemeine Investitionspauschale in 2018 deutlich um fast 10 Prozent bzw. 40 Millionen Euro auf 446 Millionen Euro erhöht.

Auch bei ihrer allgemeinen Verwaltung werden für die Kommunen ab 2018 deutliche Verbesserungen spürbar. So steigen die Schlüsselzuweisungen, die größte Einzelleistung im kommunalen Finanzausgleich, um gut 305 Millionen Euro (plus 9,1 Prozent) auf ein Rekordniveau von rd. 3,7 Milliarden Euro. Hier erhalten die finanzschwächeren Kommunen anteilig mehr als die finanzstarken Kommunen. Bayerns Bezirke werden 2018

KOMMUNALE 2017 am 18. und 19. Oktober 2017 in Nürnberg

Einen wichtigen Termin dürfen die kommunalen Entscheider in diesem Jahr nicht versäumen: Am 18. und 19. Oktober 2017 öffnet die Nürnberg Messe ihre Tore wieder für die KOMMUNALE.

Der Bayerische Gemeindetag veranstaltet bereits zum zehnten Mal seinen Fachkongress mit angeschlossener Fachmesse für Kommunalbedarf KOMMUNALE. Das Dabeisein bei der Jubiläumsveranstaltung ist für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit ihren Geschäftsleiterinnen und Geschäftsleitern sowie den Fachkräften aus Verwaltung, Bauhof und Feuerwehr ein Muss!

Fachkongress, Fachmesse und Ausstellerforen

Auch diesmal hat die Geschäftsstelle des Bayerischen Gemeindetags ein höchst informatives Tagungsprogramm zusammengestellt. Neben Ministerpräsident Horst Seehofer und Innenminister Joachim Herrmann werden weitere hochkarätige Redner und Fachreferenten zu den aktuellen kommunalpolitischen Themen Stellung beziehen.

Premiere feiert die Verleihung des Preises „Kommunaler IT-Profi“. Auch die Ausstellerfachforen bieten ein Potpourri an spannenden Zukunftsthemen für Städte und Gemeinden. Über 300 Aussteller und gut 5.000 Besucher aus dem gesamten Bundesgebiet werden erwartet.

Die KOMMUNALE wird auch 2017 ihrem bundesweitem Anspruch gerecht, was sich im breiten Ausstellerportfolio widerspiegelt. Ob Kommunale IT, eGovernment, Energiewende, Kommunaltechnik, öffentliche Verwaltung oder Stadtplanung: Es werden alle relevanten Themenfelder abgebildet.

Weitere Informationen: www.bay-gemeindetag.de und www.kommunale.de

Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung:

Empfehlungen für künftige Politik

Der Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung (SRLE), dem auch der DStGB angehört, hat unter Vorsitz des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Landkreistages Prof. Dr. Hans-Günter Henneke Empfehlungen für die zukünftige Politik der ländlichen Entwicklung an Landwirtschaftsminister Christian Schmidt überreicht. Die Kernempfehlungen an den Bund zielen darauf, ländliche Räume in der nächsten Legislaturperiode verstärkt ins Visier der Bundespolitik zu nehmen.

Der SRLE empfiehlt dem Bund, die bedeutende Rolle ländlicher Räume für die Wirtschaft in Deutschland in seinen Politikmaßnahmen entsprechend anzuerkennen und keine einseitige Ausrichtung auf Agglomerationsräume vorzunehmen, zudem durch den Abbau von Standards und Deregulierung (z.B. von Dokumentationspflichten) insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen die Wirtschaft zu fördern, die bisherige Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) zu einer Gemeinschaftsaufgabe Ländliche Entwicklung zu erweitern und stärker als bislang auch auf die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Räume auszurichten. Die finanzielle Ausstattung der Gemeinschaftsaufgabe sei entsprechend zu verbessern.

Digitalisierungschancen

Darüber hinaus sollen der Breitbandausbau vorangebracht und Digitalisierungschancen genutzt werden. Der SRLE empfiehlt dem Bund, seine Förderungen zum Breitbandausbau so fortzuentwickeln, dass der eigenwirtschaftliche Ausbau sich nicht nur auf die lukrativsten Regionen eines Fördergebietes beschränkt. In schwer zu versorgenden Gebieten sollte rechtlich ermöglicht wer-

den, dass dort zeitlich befristete, exklusive Rechte (Konzessionen) zur Errichtung und zum Betrieb flächendeckender schneller Breitbandnetze vergeben werden.

Auch wird empfohlen, bei der Vergabe von Frequenzen für den Ausbau von Mobilfunknetzen der nächsten Generation (5G) Auflagen zur flächendeckenden Versorgung auszusprechen. Hochleistungsfähiger Mobilfunk sei für mobile Anwendungen in Industrie, Handwerk und Landwirtschaft unabdingbar notwendig.

Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft

Ferner soll der Bund mit Strategien wie der „Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft“ dazu beitragen, dass möglichst viele Menschen an den Chancen der Digitalisierung teilhaben können. Außerdem gelte es, eine nationale Digitalisierungsstrategie für ländliche Räume zu erarbeiten, die Unternehmen und Kommunen auf dem Weg in die Digitalisierung begleitet und fördert.

Darüber hinaus wird dazu geraten, den bestehenden Rechtsrahmen fortzuentwickeln (z.B. bezüglich des Eigentums bzw. der Nutzungsrechte an Daten, Haftungsfragen etc.), um Digitalisierungschancen nutzbar zu machen.

Geschlechtersensible Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung

Auch sollte eine geschlechtersensible Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung für die ländlichen Räume vorangetrieben werden. Der Bund sollte zudem dazu

beitragen, die Attraktivität ländlicher Räume als Wohn- und Arbeitsort zu erhalten bzw. zu steigern und damit auch zur Arbeitskräftesicherung in ländlichen Räumen beizutragen. Hierbei komme der Sicherung intakter Kultur- und Naturlandschaften, der Aktivierung touristischer Potenziale, der Grundversorgung, dezentraler Kulturangebote und der Unterstützung für die Traditionspflege in den Regionen eine wichtige Bedeutung zu.

Neue Engagementformen

Bürgerschaftliches Engagement ist für den Zusammenhalt einer Gesellschaft und die Lebensqualität wichtig. Allerdings sei hier ein Wandel zu beobachten: Vielfach mangle es an Nachwuchs, lebenslange Mitgliedschaft in Vereinen und anderen Organisationen werde von einer stärkeren Projektorientierung abgelöst, neue Medien führten zu anderen Engagementformen. Nicht selten hätten auch der demografische Wandel und die kommunale Finanzknappheit dazu geführt, dass in Ortschaften soziale Infrastruktur abgebaut worden ist und es nun an Begegnungspunkten für ein gemeinschaftliches Miteinander fehlt.

Gemeinnützigkeit erleichtern

Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Sachverständigenrat u.a. dem Bund, das Haftungsrecht und Steuerrecht so zu gestalten, dass die Tätigkeiten gemeinnütziger Vereine deutlich erleichtert werden. Zudem seien verstärkt Projekte zu fördern, die auch eine Neujustierung traditionellen Engagements unterstützen.

Zudem sollte der Bund im Rahmen seiner Möglichkeiten den Auf- und Ausbau von Freiwilligenagenturen, die Volkshochschularbeit im Sinne einer auf Engagement ausgerichteten Bildung sowie Anlaufstellen zur Koordination, Beratung und Unterstützung von Netzwerkbildung unterstützen. Ferner seien Mittel für Bildungsprogramme bereitzustellen, die Vereine als Orte der Demokratievermittlung stärken und unter anderem auch digitale Weiterentwicklungsprozesse ermöglichen. **DK**

Kabinett entscheidet über Bayerisches Teilhabegesetz

Sozialministerin Müller: „Menschen mit Behinderungen erhalten künftig ihre Leistungen aus einer Hand von den Bezirken“

Nach erfolgreicher Verbändeanhörung hat der Ministerrat abschließend über den Entwurf des Bayerischen Teilhabegesetz entschieden und damit ein zentrales sozialpolitisches Anliegen Bayern zum Wohle der Menschen mit Behinderung vorangebracht. Der Gesetzentwurf zur landesrechtlichen Umsetzung des Bundes-Teilhabegesetzes wird nun dem Bayerischen Landtag zugeleitet.

Sozialministerin Emilia Müller erklärte: „Da künftig die Bezirke als kompetente Ansprechpartner für alle Belange bereit stehen werden, gehört die Diskussion um Zuständigkeiten endlich der Vergangenheit an. Im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen der Mensch mit Behinderungen und seine Bedürfnisse.“ Zu den Kernpunkten des Gesetzentwurfes gehört, dass die Bezirke gleichzeitig für die Eingliederungshilfe, die Hilfe zur Pflege und die Leistungen, die zur Sicherung des Lebensunterhalts dienen, zuständig sein werden.

Mit seiner Initiative für das Bundesteilhabegesetz hat Bayern eine der größten Sozialreformen der vergangenen Jahrzehnte angestoßen. In den Verhandlungen hatte sich der Freistaat für die Verbesserung der Belange von Menschen mit Behinderungen eingesetzt, ohne dabei die Kommunalfinanz aus den Augen zu verlieren. Das Gesetz zur landesrechtlichen Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes wurde im

Rahmen eines umfassenden Beteiligungsprozesses transparent erarbeitet. So wurden die gefundenen Lösungen und Kompromisse im Rahmen der Verbändeanhörung positiv aufgenommen und überwiegend begrüßt.

Mit dem Gesetzentwurf nutzt Bayern seinen landesgesetzlichen Spielraum auch für materielle Verbesserungen zugunsten von Menschen mit Behinderungen. So soll der finanzielle Rahmen für das sogenannte „Budget für Arbeit“ in Bayern um 20 Prozent höher angesetzt werden als vom Bund vorgesehen. Dieses Budget entlastet Arbeitgeber, die Personen mit Behinderungen anstellen. Sie erhalten einen finanziellen Ausgleich z.B. für einen höheren Betreuungsaufwand. Emilia Müller: „Wir heben den möglichen Förderbetrag beim Budget für Arbeit deutlich an. Der Grund ist einfach: Wir wollen diesen Menschen eine echte Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt geben. Dazu brauchen wir eine für Arbeitgeber attraktive Finanzierung.“ **DK**

Ministerratsbeschluss:

Neufassung des Datenschutzgesetzes

Innenminister Herrmann: „Praxistaugliche Regelungen zum Schutz personenbezogener Daten nach EU-Datenschutzreform“

Sieben Monate, bevor die EU-Datenschutz-Grundverordnung auch in Bayern unmittelbar geltendes Recht wird, hat der Ministerrat jetzt den Entwurf einer kompletten Neufassung des Bayerischen Datenschutzgesetzes beschlossen.

Innenminister Joachim Herrmann: „Unser Vorschlag zur Neufassung des Bayerischen Datenschutzgesetzes nutzt die Spielräume des EU-Rechts, um bewährte nationale Datenschutzregelungen zu erhalten. Dafür haben wir mit dem Bayerischen Landtag im europäischen Verhandlungsprozess erfolgreich geworben. Andererseits geben wir mit dem Gesetzentwurf wichtige Hilfestellungen, damit das neue europäische Datenschutzrecht rechtssicher angewandt werden kann, und um einen effizienten Datenschutz in der Verwaltung sicherzustellen. So machen wir die differenzierten Rechtsvorgaben der EU für die Praxis handhabbar, stellen sie auf eine einheitliche Grundlage und erhalten Bewährtes.“

Erprobte Ansprechpartner

Der Entwurf zur Neufassung des Bayerischen Datenschutzgesetzes soll zum 25. Mai 2018, wenn die EU-Datenschutz-Grundverordnung in Bayern unmittelbare Geltungskraft erlangt, das geltende Bayerische Datenschutzgesetz ablösen und zugleich 23 Fachnormen aller Ressorts an das geänderte europäische Datenschutzrecht anpassen. Außerdem setzt das neue Gesetz einige der besonderen Regelungen zur Datenverarbeitung bei Polizei und Justiz um, die sich aus der Umsetzung einer EU-Richtlinie zum Datenschutz bei Polizei und Justiz ergeben.

Der Gesetzentwurf richtet sich wie das bisher geltende Bayerische Datenschutzgesetz an alle bayerischen Behörden und Gerichte, soweit diese Verwaltungsangelegenheiten wahrnehmen. Wie im geltenden Recht stehen

mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz als Aufsichtsbehörde im öffentlichen Bereich und dem Landesamt für Datenschutzaufsicht für die Kontrolle und Beratung der Unternehmen in Bayern weiterhin erprobte Ansprechpartner zur Verfügung. Sie werden mit ihren Hilfestellungen einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass die anstehenden Anpassungen der Datenverarbeitungsverfahren in Verwaltungen und Betrieben rechtssicher und effizient bewältigt werden können.

Bayerische Behörden sicher und zielgenau steuern

Herrmann: „Mit dem Gesetzentwurf zur Neufassung des Bayerischen Datenschutzgesetzes steuern wir die Datenschutzpraxis in den bayerischen Behörden sicher und zielgenau über den Stichtag 25. Mai 2018. Ab diesem Stichtag müssen alle Behörden ihre Datenschutzfragen nicht mehr nur mit den Datenschutzregelungen des Freistaates Bayern oder des Bundes abklären, sondern in den meisten Fällen unmittelbar mit dem neuen europäischen Datenschutzrecht. Wir wollen, dass diese Herausforderung gelingt und dass Behörden genauso wie Bürger und Unternehmen am Ende von der EU-Datenschutzreform mit datenschutzgerechten, sicheren und effizienten IT-Verfahren profitieren.“

Im Rahmen der Verbändeanhörung haben die Verbände bis Anfang November Gelegenheit, die geplanten Anpassungen des bayerischen Datenschutzrechts an die neuen Vorgaben der EU-Datenschutz-Grundverordnung aus ihrer Sicht zu bewerten. **DK**

Tag des offenen Denkmals 2017:

Macht und Pracht

Das baukulturelle und archäologische Erbe der Heimat stand am Tag des offenen Denkmals im Zentrum der Aufmerksamkeit. Seit mehr als 20 Jahren öffnen historische Bauten und Stätten, die sonst oft nicht oder nur teilweise zugänglich sind, ihre Türen.

Unter dem Motto „Macht und Pracht“ luden bundesweit mehr als 7.500 historische Bauten, Parks und archäologische Stätten Kultur- und Geschichtsfans zu Streifzügen in die Vergangenheit ein. Insgesamt rund 3,5 Millionen Besucher zählten die Veranstalter bei den Denkmälern und Themenführungen. Bayernweit konnten rund 750 Denkmäler besichtigt werden.

Führungsanspruch mittels Architektur

Denkmaleigentümer zeigten, wie in allen Epochen Adel, Bürgertum und Kirche ihren Führungsanspruch mittels Architektur zum Ausdruck brachten. In Schwaben gab der Tag des offenen Denkmals unter anderem Anlass, das besondere denkmalpflegerische Konzept der Museumsdependance, dem ältesten erhaltenen jüdischen Gotteshaus in Bayerisch-Schwaben, zugänglich zu machen. Die behutsam zwischen 2011 und 2013 sanierte ehemalige Synagoge in Augsburg beherbergt derzeit eine Kunstinstallation, die sich mit der Erinnerung an das jüdische Leben im Stadtteil vor der Schoa auseinandersetzt.

Von besonderer Bedeutung war

die Würzburger Fürstbischöfe bis hin zu den Grafen von Luxburg – viele mächtige Besitzer haben auf Schloss Aschach in Unterfranken ihre Spuren hinterlassen – und das auch künstlerisch. Beim Tag des offenen Denkmals boten die Museen Schloss Aschach Führungen an. So hieß es „Aus dem Nähkästchen geplaudert“, als vom Leben der Grafenfamilie in ihrem Sommerschloss berichtet wurde. Außerdem konnte bei der Führung „Zauberschloss und Märchenwald“ die diesjährige Sonderausstellung zu den schönsten Märchen der Brüder Grimm besichtigt werden.

Von den Hennebergern über die Würzburger Fürstbischöfe bis hin zu den Grafen von Luxburg – viele mächtige Besitzer haben auf Schloss Aschach in Unterfranken ihre Spuren hinterlassen – und das auch künstlerisch. Beim Tag des offenen Denkmals boten die Museen Schloss Aschach Führungen an. So hieß es „Aus dem Nähkästchen geplaudert“, als vom Leben der Grafenfamilie in ihrem Sommerschloss berichtet wurde. Außerdem konnte bei der Führung „Zauberschloss und Märchenwald“ die diesjährige Sonderausstellung zu den schönsten Märchen der Brüder Grimm besichtigt werden.

Sehenswertes Oberfranken

Im oberfränkischen Bamberg wiederum ließen sich die Laurentiuskapelle oder das Palais der Reichsfreiherrn von Schrottenberg besichtigen. In Forchheim waren die Kaiserpfalz und das Alte Bezirksamt für Besucher geöffnet. Aber auch in den beiden Landkreisen gab es viel zu bestaunen. Lohnend waren hier ein Besuch der Katholischen Kuratiekirche in Rattelsdorf oder der Basilika Gößweinstein.

Im niederbayerischen Aholming (Landkreis Deggendorf) standen die Tore des Schlosses Isarau weit offen. Dort machte sich Bezirksratspräsident Dr. Olaf Heinrich ein Bild von der Generalsanierung. Im 13. Jahrhundert befand sich anstelle des Schlosses vermutlich eine Wasserburg. 1791 wurde das Schloss Isarau bis auf das Portalgebäude und den Wirtschaftshof abgebrochen. Diese Gebäude sind noch heute erhalten und werden nun in Privatinitiative restauriert, so dass Räume für Veranstaltungen, Geburtstagsfeiern, Hochzeiten und Seminare entstehen werden.

Sehenswürdigkeiten in der Oberpfalz

Mehrere Sehenswürdigkeiten bot die oberpfälzische Stadt Amberg diesmal auf - und zwar keineswegs nur Bauwerke, sondern auch Besonderheiten wie kostbare oder bedeutende Kleidungsstücke. Diverse Führungen präsentierten Schätze des Staatsarchivs, Gewänder des Winterkönig-Paares und der Amberger Hochzeit, die Rathaussäle, die Beletage des Frankschen Palais sowie sakrale Gegenstände aus St. Georg und die Schulkirche. Darüber hinaus standen Rundgänge durch das Landgerichtsgebäude auf dem Programm.

Orte des Erinnerns

„Die Denkmäler im Freistaat sind wichtige Orte des Erinnerns und der bayerischen Identität“, unterstrich Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle zum Tag des offenen Denkmals in Bayern. „Unsere Denkmäler erzählen von vergangenen Zeiten, von Macht und Pracht der weltlichen und geistlichen Fürsten im ehemaligen Herzogtum und späteren Königreich Bayern. Sie machen Geschichte lebendig, so dass die Besucher diese nachempfinden und erleben können.“

Der Kultusminister betonte die besondere Bedeutung der Denkmalpflege: „Dank der Denkmalpflege können diese wichtigen Zeugnisse unserer Geschichte für künftige Generationen bewahrt werden. Ich danke den Mitarbeitern des Landesamtes für Denkmalpflege, aber auch den vielen ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürgern im Freistaat, die sich mit großem Engagement für die Denkmäler einsetzen.“ **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Heindl
84579 Unterneukirchen
am 12.10.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Paul Bauer
85408 Gammelsdorf
am 16.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Roland Bauer
63874 Dammbach
am 12.10.

Bürgermeister Horst Herbst

97509 Kolitzheim
am 12.10.

Bürgermeister Gerhard Mößner

86507 Oberottmarshausen
am 13.10.

Oberbürgermeister Kurt Seggewiß

92637 Weiden
am 14.10.

Bürgermeister Horst Rehder

91093 Heßdorf
am 15.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erwin Ranftl
93345 Hausen
am 17.10.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jochen Vogel
97786 Motten
am 24.10.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Söder
96103 Hallstadt
am 16.10.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntheit der bevorstehenden runden Geburtstage.

Deutscher Städtetag:

Neuland betreten

Angesichts des in vielen Städten bestehenden Wohnungsmangels und steigender Mieten von Bund und Ländern hat sich der Deutsche Städtetag bei seiner Präsidiumssitzung in Kassel für eine Neuausrichtung der Wohnungs- und Baulandpolitik ausgesprochen. Außerdem forderte der Verband den Ausbau des Ganztagsangebots an Schulen.

Nach Auffassung des Deutschen Städtetags muss der Bund die wichtige Aufgabe des sozialen Wohnungsbaus weiterhin mitverantworten und darf sie nicht allein den Ländern überlassen. Bund und Länder werden aufgefordert, die Wohnraumförderung mit zielgenauen Förderinstrumenten so auszubauen, dass deutlich mehr bezahlbare Wohnungen für breite Schichten der Bevölkerung gebaut werden, mehr Wohnungen im sozialen Wohnungsbau entstehen und bestehende Sozialwohnungen ihre Sozialbindung nicht verlieren.

Wohnraumangel

Wie der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, erläuterte, „droht der positive Trend bei der Zahl der erteilten Baugenehmigungen und aktuellen Baufertigstellungen schon wieder einzubrechen. Der Wohnraumangel verbunden mit stetig steigenden Mieten bleibt vor allem in Groß- und Universitätsstädten mit wachsenden Einwohnerzahlen ein großes Problem und auch für die nächsten Jahre eine Herausforderung. Deshalb müssen Bund und Länder die Förderung nochmals verstärken und das Bauen dort, wo der Wohnungsmangel besteht, im mittleren und niedrigen Preissegment und bei Sozialwohnungen, attraktiver machen.“

Für zielführend hält der Deutsche Städtetag eine Investitionszulage für den Bau preisgünstiger Mietwohnungen, womöglich ergänzt um eine steuerliche Sonderabschreibung sowie die differenzierte Eigentumsförderung nach Zielgruppen, Fördergegenständen und Standorten. Damit nicht im-

mer erst auf einen Wohnraumangel reagiert wird, fordert der Verband eine langfristige und ressortübergreifende Wohnungs- und Baulandpolitik.

Knappes Flächenangebot, hohe Grundstückspreise

Wesentliches Hemmnis beim Wohnungsbau sind in Städten mit Wohnungsmangel meist das zu knappe Flächenangebot und die hohen Grundstückspreise für angebotene Flächen. Die betroffenen Städte bemühen sich laut Deutschem Städtetag intensiv um eine aktive Baulandpolitik, entwickeln Baulandstrategien, geben Grundstücke für bezahlbaren Wohnraum preisreduziert ab und verankern Quoten für bezahlbare Wohnungen in städtebaulichen Verträgen. Um dieses Bemühen zu unterstützen, sollten Bund und Länder stärker dafür sorgen, dass auch auf potentiell dafür geeigneten Bundes- und Landesflächen das Bauen für breite Schichten der Bevölkerung und sozialer Wohnungsbau möglich werden.

Maly zufolge „wünschen wir uns von Bund und Ländern, dass auch sie sich zu einer gemeinwohlorientierten Baulandpolitik bekennen“. Der Bund sei zudem gefordert, den Kommunen den Kauf von Bundesliegenschaften für den Wohnungsbau zu erleichtern. Zielführend wäre es, erweiterte Vorkaufsrechte für Kommunen gesetzlich zu verankern. Helfen könnte außerdem ein Wohnbauland- und Erschließungsfonds oder auch die Förderung kooperativer Baulandmodelle.

Darüber hinaus werden Bund und Länder aufgefordert, Stadt-Umland-Kooperationen zu fördern und die rechtlichen Rahmenbedingungen entsprechend

anzupassen. Denn die von Wohnungsmangel betroffenen Städte – insbesondere in den Ballungsräumen – werden die Herausforderungen nicht ohne die jeweils umliegenden Gemeinden bewältigen können.

Die Städte wollen, dass der Bund in der neuen Legislaturperiode die Ziele der Wohnungsbauoffensive konsequent weiterverfolgt und das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen fortführt. Zwar konnte die Spirale steigender Mieten damit nicht gestoppt werden, gleichwohl habe die Wohnungsbau-Offensive des Bundes wichtige Fortschritte gebracht. Durch sie seien zahlreiche Prozesse für den Wohnungsbau angestoßen worden.

Hinzu kamen neue Ideen, um Bauland zu mobilisieren und die Innenentwicklung zu fördern, flexiblere Stellplatzregelungen und serielles Bauen. Zudem wurden Standards aus den Bereichen Energie, Umwelt und Technik hinterfragt, erläuterte Maly: „Das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen ist ein wichtiges Signal der Bundesregierung, der kommunalen Spitzenverbände und der Wohnungsverbände für eine kooperative, ergebnisorientierte Wohnungspolitik.“

Gesellschaftspolitisch sinnvoll, aber Aufgabe der Länder ist aus Sicht des Deutschen Städtetags sowohl der qualitative als auch quantitative Ausbau der Ganztagschulen. Ein Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung und Bildung von Grundschulern über die im Sozialgesetzbuch VIII verankerte kommunale Jugendhilfe, wie er derzeit auf Bundesebene diskutiert wird, sei aus finanzieller, personeller und organisatorischer Sicht der falsche Weg.

Wachsender Bedarf an Ganztagsbetreuung

Wie die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigsfelde, betonte, „wächst der Bedarf an ganztägiger Betreuung und Förderung von Kindern in den Grundschulen seit Jahren. Deshalb ist es sinnvoll, Elternwünschen nachzukommen und nach der Kita-Zeit auch mehr Plätze in Ganztagschulen anzubieten. Ein individuelles Recht auf ganztägige Betreuung und Förderung von Grundschulern sollte man allerdings dort ansiedeln, wo es hingehört, nämlich an den Schulen, die diese Schülerinnen und Schüler besuchen.“ Die für die Schulen zuständigen Länder sollten dafür das nötige Geld in die Hand nehmen und dabei vom Bund unterstützt werden.

Insgesamt 32 Prozent der Grundschulkinder wurden im Jahr 2015 in Ganztagschulen und weitere 16 Prozent nachmittags in Horten betreut. Eine Prognose-Studie im Auftrag des Bundesfamilienministeriums ist zu dem Ergebnis gelangt, dass für 560.000 Kinder zusätzliche Plätze oder ergänzende Angebote erforderlich sind.

„Wenn Eltern ... eine Ganztagschule für ihre Kinder wählen wollen, werden Kinder dort individuell unterstützt und ganzheitlich gefördert. Auch die Lernmotivation und das Sozialverhalten können dadurch gestärkt werden. Das kann Bildungs- und Integrationschancen der Kinder erhöhen“, so Präsidentin Lohse.

Nach ihren Worten sind die meisten Ganztagschulplätze mit viel Engagement von Ländern und mit Unterstützung des Bundes geschaffen worden. „Wenn jetzt plötzlich die ganztägige Grundschulbetreuung mit einem Rechtsanspruch organisatorisch hin zu den Kommunen verlagert werden sollte, würden gleichzeitig die wichtigen bereits bestehenden Ganztagschulangebote in Frage gestellt. Das kann niemand wollen. Deshalb halten wir es für unumgänglich, dass der Bund sich mit den Ländern in

GZ Kolumne Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

die politische Nachrichtenlage ist noch immer bestimmt von dem durchaus signifikanten Ausgang der Bundestagswahl und den sicherlich in dieser Konstellation schwierigen Koalitionsverhandlungen. Nur eines dazu: Wir werden als Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) sehr darauf achten müssen, welchen Stellenwert die Kommunen bei der künftigen Bundesregierung haben. Die kommunalfreundliche Politik muss weitergehen – auch mit einem Ja-Nein-Bündnis. Da werden sich die neuen Partner der Union sicherlich erst beweisen müssen.

Dennoch, es ist zwar interessant und auch wichtig zu beobachten, wie sich die große Politik neu aufstellt. Doch wir alle wissen, gleichzeitig dreht sich für uns die kommunalpolitische Welt unentwegt weiter. Eine politische Ebene tiefer, bei uns in Bayern, standen mit den Verhandlungen zum Kommunales Finanzausgleich 2018 ebenfalls enorm wichtige Weichenstellungen an. Seit Jahren unterstützt kein anderes Bundesland seine Kommunen so konsequent wie unser Freistaat. So soll es auch bleiben.

Deshalb haben wir als KPV unsere Vorstellungen gegenüber dem Bayerischen Ministerpräsidenten und den zuständigen Fachministern klar formuliert und dabei unter anderem mehrere Hauptschwerpunkte herausgearbeitet.

Kommunen vor großen Aufgaben

• Höhere Investitionsförderung nach Art. 10 FAG – Anhebung um 100 Mio. EUR

Die Kommunen brauchen größere finanzielle Spielräume für kommunale Investitionen. Der Bedarf und die Belastungen steigen, neue Aufgaben kommen hinzu. Konkret geht es um die Anhebung der Mittel hinsichtlich Investitionsförderung nach Art. 10 Finanzausgleichsgesetz (FAG).

Die Kommunen verfügen insgesamt über einen großen Infrastrukturbestand, dessen Weiterentwicklung und guter Zustand wesentliche Grundvoraussetzung für die Lebensqualität der Bürger, das wirtschaftliche Wachstum und die politische Stabilität darstellt. Für die kommunale Infrastruktur sind Gemeinden, Städte und Landkreise verantwortlich – für Neubau, Ausbau, Erhaltung und Ergänzung fehlender Strukturen. Werden Unterhalt und Erneuerung der Infrastruktur vernachlässigt, so führt dies langfristig zu höheren Kosten sowie zum Rückgang von Wachstum und Produktivität.

Gerade im Bereich Schulen und Kindertagesstätten ist der Investitionsbedarf extrem hoch. Eine Vielzahl von Herausforderungen ist dafür verantwortlich – beispielhaft sind zu nennen: Die Ganztagsbetreuung, Integration von Kindern mit Migrationshintergrund, die Digitalisierung, die Inklusion und die Umstellung auf Gymnasium G9. Hinzu kommen die massiv gestiegenen Kosten im Hochbaubereich allgemein inklusive steigender Nebenkosten (z.B. durch HOAI, Brandschutz und Energiesparverordnung).

Kommunale Investitionen sind nicht nur Voraussetzung für zukünftige Steuereinnahmen vor Ort, für eine positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Freistaat und gleichwertige Lebensbedingungen für die Menschen im Freistaat. Auch in finanzschwachen Kommunen muss deshalb nicht nur gespart, sondern weiter investiert werden, um eine finanzielle Abwärtsspirale zu vermeiden. Dies gilt auch für den kulturellen Bereich, der als Standortfaktor im Sinne gleichwertiger Lebensbedingungen eine ebenfalls nicht zu vernachlässigende Rolle spielt. Die KPV fordert deshalb eine Anhebung der Fördermittel um 100 Mio. EUR auf dann 600 Mio. EUR als dringend erforderliche Maßnahme.

• Förderprogramm für die Sanierung (inkl. Ersatzneubau) von kommunalen Schwimm- und Hallenbädern

Bäder bilden nicht nur die Grundlage für den Schwimmunterricht an den Schulen, sie sind aus mehrfacher Hinsicht ein Stück Lebensqualität.



Schwimm- und Hallenbäder gehören als essentieller Bestandteil zu unserer Erholungs- und Freizeitkultur für alle Generationen vor Ort, besonders für Familien. Sie sind dadurch Standortfaktoren für die Attraktivität von Kommunen als Wohn- und Lebensraum.

Auch als wichtige Sport- und Wettkampfstätten für Vereine und Veranstaltungen werden sie genutzt. Schwimmen fördert darüber hinaus generationsübergreifend die Gesundheit der Menschen. Für die durch den demografischen Wandel zunehmende Anzahl von Senioren verkörpert Schwimmen oftmals die einzige Sportart, die zur Gesundheitsförderung ausgeübt werden kann. Außerdem belegen alarmierende Zahlen, dass immer weniger Kinder schwimmen können. Da müssen wir was tun!

Die Last liegt bei den Gemeinden, die öffentlichen Bäder zu erhalten und zu finanzieren. Gleichzeitig müssen immer mehr Bäder geschlossen werden, deren Sanierung nicht für die kommunalen Haushalte darstellbar ist. Diese Herausforderung ist in Anlehnung an das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse auch eine staatliche Aufgabe und erfordert somit dringend eine Beteiligung des Freistaats.

Die KPV fordert deshalb ein Förderprogramm für die Sanierung (inklusive Ersatzneubau) von kommunalen Schwimm- und Hallenbädern im Sinne des Breitensports und hinausgehend über eine Förderung als reine Schulsportanlagen. Übrigen ist auch das bestehende Förderprogramm für Schulsportanlagen deutlich verbesserungswürdig.

• Deutlich höhere Krankenhausförderung notwendig – Anhebung auf 700 Mio. EUR

Kommunale Krankenhäuser sichern maßgeblich die Gesundheitsversorgung – gerade im ländlichen Raum. Sie verkörpern wichtige Standort- und Wirtschaftsfaktoren vor Ort sowie große Arbeitgeber, die im Gegensatz zu vielen Privaten weitgehend ohne lohndrückende Personalgesellschaften auskommen.

Der Bau und der Unterhalt der Gebäude sowie eine moderne, dem medizinischen Fortschritt angemessene Ausstattung sowie das Einhalten von verschiedensten Qualitätsstandards und die Aufrechterhaltung guter Arbeitsbedingungen für das Personal bringen hohe Kosten mit sich. Konkret anstehende und kostenintensive Großprojekte (vorwiegend in den Ballungszentren) sowie bestehende Verpflichtungen hinsichtlich bereits genehmigter Maßnahmen dürfen zu keinem Investitionsstau für dringend notwendige, neue Projekte führen, die in großer Vielzahl flächendeckend in Bayern vorhanden sind. Die KPV fordert deshalb, dass die 500 Mio. EUR nach Art. 12 FAG, die in Bayern seit 2013 für den Bau und die Ausstattung von Krankenhäusern jährlich zur Verfügung stehen, deutlich auf 700 Mio. EUR angehoben werden.

• Mehr Mittel für Staatsstraßen

Etliche Staatsstraßen befinden sich in einem sanierungsbedürftigen Zustand. Zur Aufrechterhaltung einer flächendeckenden funktionierenden Infrastruktur muss der Freistaat hier mehr finanzielle Mittel aufwenden.

Es ist sicherlich nachvollziehbar, dass ich die Aufzählung von notwendigen Leistungen und Unterstützungen in Richtung der Kommunen – innerhalb und außerhalb des Finanzausgleichs – jetzt noch seitenweise fortsetzen könnte. Denn Aufgaben, Projekte und neue Ideen gibt es reichlich vor Ort.

Doch es gilt auf der anderen Seite auch Schwerpunkte zu setzen und dafür Partner zu finden. So gelingt es der KPV durch die enge Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden, die ich diesem Zusammenhang auch einmal betonen möchte, immer wieder alle unsere Argumente zu bündeln und bei der Bayerischen Staatsregierung sowie dem Landtag zielgerichtet zu platzieren. Der Erfolg gibt uns bislang Recht. Dementsprechend soll es auch bei Finanzausgleich 2018 sein – zum Wohl der Bezirke, Landkreise, Städte und Gemeinden, für eine aktive kommunale Selbstverwaltung und letztendlich für die Menschen vor Ort.

Ihr Stefan Rößle

KPV-Landesvorsitzender

Landrat im Landkreis Donau-Ries

Hanns-Seidel-Stiftung schult Mandatsträger:

„Demokratie lebt von aktiver Beteiligung“

Vierteljahresprogramm erschienen

München. Gerade Kommunalpolitik findet vor Ort statt und zahlreiche politische Karrieren beginnen hier. Namhafte Landes- und Bundespolitiker wurden zunächst in den Gemeinderat gewählt. Dieser gilt als Sprungbrett zum Bürgermeister oder Kreisrat, später bei Befähigung und Zuspriechung auch für Landräte oder Abgeordnete.

Dabei gilt immer: Demokratie lebt von aktiver Beteiligung! Ohne Handwerkszeug, also ohne Kenntnis der Anwendung von Gesetzen und Vorschriften, aber auch ohne geschliffenem rhetorischen Profil ist die Karriere nach oben kaum möglich. Die Hanns-Seidel-Stiftung verschreibt sich seit 50 Jahren der Aus- und Weiterbildung von (Kommunal-)Politikern. Gerade hat die Stiftung das neue Vierteljahresprogramm (Oktober bis Dezember) für die Zielgruppe Kommunalpolitik aufgelegt.

„Wir bieten mit unseren kommunalpolitischen Seminaren aktuelles Wissen, Praxisbeispiele und Fallstudien für die Erfüllung des kommunalpolitischen Mandats!“, erklärt Stefanie von Winning, zuständige Abteilungsleiterin für politische Bildung. Was in der Kommunalpolitik entschieden wird, spielt unmittelbar vor der Haustür der Bürger, weiß von Winning aus eigener kommunalpolitischer Erfahrung: „Der Schulhausneubau, der Fußgängerüberweg, die Sportplatzerneuerung oder der ÖPNV – die wegweisenden Entscheidungen mögen sorgfältig vorbereitet und gut argumentiert sein!“ Hier kann die Hanns-Seidel-Stiftung unterstützen.

Seit einem Jahr ist man mit den Seminaren mehr vor Ort, mehr in der Region präsent. „Die Neuausrichtung unserer Aktivitäten zielt auf die Fläche Bayerns“, so Stiftungsvorsitzende Ursula Männle, die Seminare werden nicht mehr nur im eigenen Bildungszentrum Kloster Banz, sondern auch in Hotels, Gemeindezentren etc. in ganz Bayern angeboten. „Wer Hauptberuf, Familie und Ehrenamt 'unter einen Hut' bringen muss, für den ist das sicher ein attraktives Angebot“, so Männle weiter. Tagsüber Seminar, Austausch mit Gleichgesinnten und abends zuhause. Ob Grundlagen, Haushalt, Baurecht und weitere Fachthemen, ausgewiesene Referenten schulen Kommunalpolitiker.

Die neuen Termine – auch die in den bayerischen Regionen – unter www.hss.de/kommunalpolitik.

dieser Frage verständigt. Denn ein Parallelsystem mit individuellen Rechtsansprüchen in Zuständigkeit der kommunalen Jugendhilfe aufzubauen, ist nicht sinnvoll.“

Die Städte seien zudem weiter damit beschäftigt, ihre erheblichen Anstrengungen für den Aus-

bau an Kita-Plätzen fortzusetzen. Die kommunalen Ausgaben für die Kindertagesbetreuung bis sechs Jahre haben sich zwischen den Jahren 2005 und 2015 von 5,6 Milliarden Euro auf 10,3 Milliarden Euro nahezu verdoppelt. Neben dem weiteren quantitativen Ausbau der Kitabetreuung

soll zudem auch der qualitative Ausbau vorangetrieben werden. Deshalb wäre es nach Auffassung des Deutschen Städtetags kontraproduktiv und nicht leistbar, die ganztägige Betreuung und Bildung von Grundschulkindern in die Verantwortung der Kommunen zu verlagern. **DK**

9,5 Milliarden Euro für ...

(Fortsetzung von Seite 1)

„Sehr erfreulich ist, dass der Freistaat Bayern zusätzlich zum gestiegenen Steueraufkommen 80 Millionen zusätzliche staatliche Haushaltsmittel beigesteuert hat. Das ist sehr beachtlich.“ Brandl wies darüber hinaus auf eine strukturelle Einigung der kommunalen Spitzenverbände mit dem Freistaat Bayern für das Jahr 2019 hin, indem der Kfz-Steuerersatzverbund nachhaltig um 2 Prozent auf 54,5 Prozent erhöht wird. „Dies bedeutet Mehreinnahmen der Kommunen von ca. 30 Mio. Euro jährlich.“

Wichtiges Signal für den ländlichen Raum

Brandl wertet den Kompromiss bei den Finanzausgleichsverhandlungen als wichtiges Signal für den ländlichen Raum. Besonders hervor hob er die deutlichen Anhebungen der Finanzmittel bei der Krankenhausförderung, beim öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), bei der Verkehrsinfrastruktur, der allgemeinen Investitionspauschale sowie der „für die kreisangehörigen Gemeinden, Märkte und Städte so wichtigen Schlüsselzuweisungen“ wodurch die Verwaltungshaushalte der Gemeinden gestärkt würden. Brandl: „Das ist eine deutliche Wegweisung in die Zukunft.“

Gewürdigt hat der Gemeindegatspräsident auch die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, bestehend aus den kommunalen Spitzenverbänden, dem Bayerischen Landtag und dem Bayerischen Finanzministerium, um Rahmenbedingungen für eine Sanierungsförderung kommunaler Freibäder ab dem Doppelhaushalt 2019/2020

zu erreichen. Brandl: „Hier greifen wir Forderungen vieler unserer Mitglieder auf, die in die Jahre gekommenen beliebten Freibäder dauerhaft erhalten zu können.“

Keine freiwillige Leistung

Über einen „zufriedenstellenden Kompromiss“ sprach der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl. „Der kommunale Finanzausgleich ist keine freiwillige Leistung des Freistaats an die Kommunen. Die Kommunen haben einen Anspruch auf ihren Anteil aus den gemeinsamen Steuerquellen von Bund und Land, den sie über den kommunalen Finanzausgleich erhalten.“

Als besonders wichtig für die Kommunen bezeichnete Gribl die Tatsache, dass der Anteil Bayerns an der sogenannten Bundesmilliarde in Höhe von 155 Millionen Euro in voller Höhe und auf Dauer den Städten, Gemeinden und Landkreisen über die Schlüsselzuweisungen zugute kommt.

Krankenhausförderung (für Bauinvestitionen und Großgeräte), ÖPNV, Verkehrsinfrastruktur, die dauerhafte strukturelle Verbesserung durch Erhöhung des kommunalen Anteils am Kfz-Steuerersatzverbund um 2 Prozentpunkte ab 2019 sowie die Erhöhung der allgemeinen Investitionspauschale um 40 Millionen Euro, die die Investitionsmöglichkeiten aller Kommunen stärkt und die Anhebungen der Leistungen an die Bezirke um 42,9 Millionen Euro durch Umschichtungen staatlicher Mittel würdigte der Augsburger OB besonders.

„Der kommunale Finanzausgleich 2018 ist sehr solide und zu-

friedenstellend“, so Gribl. Offen bleibt für ihn jedoch die Frage der höheren Beteiligung des Freistaats an den Ausgaben der Kommunen für Integration. „Trotz der Leistungen des Freistaats bei Aufnahme und Erstunterbringung bleiben hohe Belastungen für Integration in den kommunalen Haushalten stehen – nicht zuletzt etwa der erhöhte Investitionsaufwand und Betriebskosten bei Kitas und Schulen. Der Freistaat muss künftig die Kommunen angemessen an den Mitteln beteiligen, die der Bund an die Länder für Integrationsmaßnahmen gibt, der bayerische Anteil beträgt 310 Millionen Euro jährlich“, forderte der Städtetagsvorsitzende.

Dass die Bezirke keine direkte Entlastung bei den Kosten für das Bundesteilhabegesetz erfahren, monierte der Präsident des Bayerischen Städtetags, Josef Mederer. Er erkennt zwar an, dass für die Bezirke nach vier Jahren unveränderter Zuweisungen eine Erhöhung der staatlichen Zuweisungen um knapp 43 Millionen Euro von 649 Millionen Euro auf 691,5 Millionen Euro (+ 6,6 Prozent) erreicht wurde. „Dieses erfreuliche Ergebnis trägt zu einer gewissen Entlastung der Umlagezahler im kommenden Jahr bei“, versicherte der Präsident.

Belastung der Umlagezahler wird hoch bleiben

Ein anderer wichtiger Punkt entspricht jedoch nicht den Erwartungen der dritten kommunalen Ebene in Bayern. Der Bund gewährt in Zusammenhang mit der Einführung des Bundesteilhabegesetzes ab 2018 den Kommunen eine finanzielle Entlastung

von jährlich fünf Milliarden Euro. Leider wurde bereits durch den Gesetzgeber entschieden, dass vier Milliarden davon unmittelbar bei den Städten, Gemeinden und Landkreisen ankommen. Die fünfte Milliarde fließt an die Länder, um insoweit eine andere Verteilung zu ermöglichen. Im Spitzengespräch wurde dazu entschieden, die zusätzlichen jährlich 155 Millionen Euro ebenso an die Städte, Gemeinden und Landkreise zu verteilen.

Für den Präsidenten des Bayerischen Städtetags ist dieses Ergebnis nicht zufriedenstellend: „Die Entscheidung des Finanzministers im Einvernehmen mit den anderen kommunalen Spitzenverbänden, die Bezirke von der Entlastung durch den Bund auszuschließen, die ab 2018 in Zusammenhang mit der Einführung des Bundesteilhabegesetzes erfolgt, ist bedauerlich“, sagte er. „Die Bezirke sind in Bayern allein zuständig für die Erbringung der Leistungen der Eingliederungshilfe an Menschen mit Behinderung. Damit verbunden ist die Erwartung, dass die hierfür bereitgestellten Mittel auch bei den Bezirken ankommen und zur Finanzierung dieser Kosten beitragen. Ich sehe dies als Zeichen für eine gleichgewichtige Bedeutung der sozialen Aufgaben der Bezirke gegenüber den anderen kommunalen Ebenen. Daher kann ich ein Ergebnis im Spitzengespräch, das die Bezirke von der Teilhabe an der finanziellen Entlastung des Bundes ausdrücklich ausschließt, nicht gutheißen. Dies bedeutet für die kommenden Haushalte, dass die Belastung der Umlagezahler weiterhin hoch bleiben wird.“

Teure Fauxpas ...

(Fortsetzung von Seite 1)

und Bauberaterung und Managementberatung) ausgegeben. Bereits in seinem Schwarzbuch 2010 hatte der Bund der Steuerzahler die Kostensteigerung bei dem Neubau des anspruchsvollen Projekts „Haus der Berge“ von zunächst 11 Millionen Euro auf 19 Millionen Euro kritisiert. Bis Ende 2016 wurden weitere 3,7 Millionen Euro für den Bau und die Ausstattung des modernen Besucherinformations- und Umweltbildungszentrums in Berchtesgaden ausgegeben.

Ursächlich für diese Kostensteigerung waren neben Baupreisindexsteigerungen, unvermeidlichen Kündigungen von Auftragnehmern und unvorhersehbaren Problemen in der Errichtungsphase unter anderem auch die Errichtung von Besucherstellplätzen, der Einbau eines Restaurants anstelle einer Cafeteria, die Umgestaltung zweier Haupteingangsbereiche, die Sanierung einer Stützmauer sowie Bepflanzungsmaßnahmen.

Falsch verbucht

Auch der Bayerische Oberste Rechnungshof hatte diese Kostensteigerung gerügt und kritisiert zudem, dass Ausgaben, die im Zusammenhang mit der Baumaßnahme standen, auf diversen anderen Titeln – so zum Beispiel auf „Maßnahmen auf dem Gebiet des Naturschutzes“ und der „Landschaftspflege“ – verbucht wurden, was den Grundsätzen der Haushaltswahrheit und -klarheit widerspreche.

Teures Gymnasium

Zu einer gewaltigen Kostensteigerung kam es auch bei der Sanierung des Ehrenbürg-Gymnasiums in Forchheim. Im Jahr 2008 hatte man aufgrund einer ersten Maßnahmenbeschreibung Kosten in Höhe von 5,38 Millionen Euro für die energetische Sanierung des Schulgebäudes prognostiziert. Im Jahr 2013 wurden nach Anpassung der Marktpreise,

Lobend über das Verhandlungsergebnis äußerte sich auch der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter. „Die Bayerische Staatsregierung hat einmal mehr gezeigt, dass sie zu uns steht. Die sehr gute Verfassung der bayerischen Wirtschaft ist die Grundlage für diese Entwicklung.“

Faire Verhandlungen

Erleichtert ist Bernreiter insbesondere auch über die Aufstockung der Fördermittel für den Erhalt der akutstationären Krankenhausversorgung im ländlichen Raum.

„Der Bayerische Landkreistag hat wiederholt mehr Geld für die Krankenhäuser gefordert. Für die Krankenhausfinanzierung stehen jetzt mit 643 Mio. € 140 Mio. € mehr als in den Vorjahren zur Verfügung. Das Plus von 28 % ermöglicht die Umsetzung notwendiger Baumaßnahmen und die Anschaffungen von Großgeräten in diesem Bereich. Dies ist ein guter Schritt auf einem noch langen Weg zur Sicherung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum!“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags, der ebenfalls eine Reihe weiterer für die Landkreise bedeutenden Bereiche aufzählen konnte, in denen gemeinsam Erfolge erzielt werden konnten.

Als Gesprächsführer der kommunalen Spitzenverbände dankte Bernreiter den Ministern Dr. Markus Söder und Joachim Herrmann „für die fairen Verhandlungen, die 2018 zu einer weiteren Stärkung der Kommunalhaushalte und der Investitionsfähigkeit der Kommunen führen.“ □

bindlich empfohlene historisierende Goetheglas war aber „nicht klar durchsichtig“ und störte so den Blick auf die Stadt. Daher wurde das zunächst verbaute Goetheglas, das sich als nicht praktikabel erwiesen hat, durch klares, vollständig durchsichtiges Glas ersetzt. Die Kosten für den erneuten Austausch der Fensterscheiben, die das Hindurchsehen erlauben, betragen zusätzlich 120.000 Euro.

München beendet Linux-Experiment

Kein Glück mit der Software „LiMux“ hatte die Landeshauptstadt München: Anfang der 2000er Jahre hatte sie ihre IT von Windows auf „LiMux“ mit einem Pinguin als Icon, der das Stadtwappen trägt, umgestellt. Dafür wurden 19,1 Millionen Euro ausgegeben. Doch bald soll Schluss sein mit dem Pinguin und dem einstigen Prestigeobjekt einer Open-Source. Man will wieder einen neuen Windows-Basis-Client für die Münchner Stadtverwaltung entwickeln.

Kritik am Polittourismus

Kritik übte der Bund der Steuerzahler in Bayern zudem am „Polittourismus auf Steuerzahlers Kosten“: 14 der 18 Mitglieder des Wirtschaftsausschusses im Bayerischen Landtag brachen im November 2016 zu einer siebentägigen Mexiko-Reise auf – Kostenpunkt: 40.000 Euro. Auch wenn das straffe Reiseprogramm von vielen Besprechungs-, Besichtigungs- und Veranstaltungsterminen geprägt war, ist es nach Auffassung des BdS doch sehr zweifelhaft, ob die in Mexiko gewonnenen Informationen nicht doch auf andere Art und Weise wesentlich kostengünstiger hätten beschafft werden können.

Landtagspräsident Anton Preis argumentierte, für Ausschussreisen gebe es gute Gründe. So würden der Landtag und dessen Präsidentin von vielen Delegationen aus dem Ausland besucht. Die Erwartungshaltung für Gegenbesuche sei entsprechend hoch, da Bayern nicht zuletzt aufgrund seiner wirtschaftlichen Bedeutung im Ausland besonders wahrgenommen werde.

WC-Panne

Stichwort WC-Panne in der JVA München: Feierlich wurde im September 2016 in München ein halb unterirdisch gelegener Hochsicherheitsgerichtssaal eröffnet, um die hohen Kosten für riskante Gefangentransporte quer durch die Stadt einzudämmen. Den ersten Prozess brach der Richter allerdings nach wenigen Minuten ab: Der rund 17 Millionen Euro teure Gerichtssaal sei verhandlungsuntauglich, weil es für die gleich zehn Angeklagten zu wenige Toiletten in den Vorführzellen gebe. Das Bauwerk im Haftbereich verfügt über sechs Haftzellen mit jeweils eigenem WC, zwei weitere Funktionsräume haben aber keine sanitären Anlagen.

Kostspielige Behördenverlagerung

Ein kostspieliges Vorhaben stellt ferner die geplante Verlagerung des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege (StMGP) von München nach Nürnberg dar. Hintergrund ist das Strukturkonzept „Chancen im ganzen Land“ das gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen im Freistaat fördern soll.

Dies sei zwar ein hehres Ziel, doch frage sich der Steuerzahlerbund, ob die erhofften wirtschaftlichen Impulse für Nordbayern noch im Verhältnis zu den Kosten von mindestens zehn Millionen Euro für den Behördenzugzug stünden, heißt es im Schwarzbuch. **DK**

7-Punkte-Programm zur Bekämpfung von Sexualstraftaten

Innenminister Joachim Herrmann und Justizminister Prof. Dr. Winfried Bausback stellen Maßnahmenkonzept vor

Ein 7-Punkte-Programm zur Intensivierung der Bekämpfung von Sexualstraftaten haben Innenminister Joachim Herrmann und Justizminister Prof. Dr. Winfried Bausback vorgestellt. Im Mittelpunkt stehen verstärkte Kontrollmaßnahmen der Polizei, eine engagierte Fahndungs- und Ermittlungsarbeit, mehr Videoüberwachung, zügige Strafverfahren, konsequente Abschiebungen bei ausländischen Straftätern, umfassende Präventionsmaßnahmen und dringend notwendige Rechtsänderungen.

„Bayern ist auch deshalb das mit Abstand sicherste Bundesland, weil wir schnell und konsequent auf aktuelle Kriminalitätsentwicklungen reagieren“, betonte Herrmann mit Blick auf die Entwicklung der Zahl der Sexualstraftaten im ersten Halbjahr 2017 in Bayern. „Der Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger vor Sexualstraftätern steht an erster Stelle.“ Bausback ergänzte: „Die bayerische Justiz leistet hier einen starken Beitrag. Sie handelt. Und zwar: Präventiv, als steter Antreiber in der Berliner Rechtspolitik, mit konsequenter und zügiger Strafverfolgung in jedem Einzelfall und mit klarer Kante im Justizvollzug ... Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu recht von uns, dass wir sie bestmöglich schützen.“

Erstens verstärkte Maßnahmen der Polizei: Dazu gehört nach Herrmanns Worten eine verstärkte Polizeipräsenz an Brennpunkten und bei öffentlichen Veranstaltungen. Weiterhin wird es konsequente Kontrollen in und in Umfeld von Asylbewerberunterkünften geben, auch auf Grundlage des Bayerischen Integrationsgesetzes.

Zweitens eine engagierte Fahndungs- und Ermittlungsarbeit: Hier geht es vor allem darum, Sexualstraftäter umgehend festzunehmen und damit weitere Straftaten zu verhindern.

Drittens mehr Videoüberwachung: Herrmann kündigte an, die Videoüberwachung vor allem

an Kriminalitätsbrennpunkten im öffentlichen Raum auszubauen.

Viertens umfassende Präventionsmaßnahmen: Laut Herrmann wird die Bayerische Polizei beispielsweise den Kontakt zu den Unterkunftsverwaltungen, Hilfskreisen und den Sicherheitsdiensten von Asylunterkünften noch enger knüpfen.

Fünftens konsequente Abschiebungen:

Sechstens dringend notwendige Rechtsänderungen: Ganz besonders wichtig ist dem bayerischen Innenminister und dem Justizminister, dass in Zukunft bei jeder erkennungsdienstlichen Behandlung von Straftätern auch eine DNA-Entnahme und -Analyse stattfindet.

Außerdem ist es erforderlich, die Möglichkeiten zur Kommunikationsüberwachung bei allen Tatbeständen des reformierten § 177 StGB nutzen zu können. Bisher ist zum Beispiel nur bei Vergewaltigungen durch Tätergruppen möglich, Telefone zu überwachen und Funkzellendaten zu erheben, um zu überprüfen, ob sich Tatverdächtige in Tatortnähe aufgehalten haben.

Siebtens konsequente und zügige Strafverfolgung:

Bayern ist mit seiner bundesweit niedrigsten Kriminalitätsbelastung und der gleichzeitig höchsten Aufklärungsquote das sicherste Bundesland in Deutschland. Herrmann: „2016 hatten wir in Bayern im Bereich der Sexualdelikte mit 47 Delikten pro 100.000

Einwohner deutschlandweit die niedrigste Häufigkeitszahl.“ Der bundesweite Durchschnitt lag im vergangenen Jahr bei 58 Delikten pro 100.000 Einwohner. Auch bei der Aufklärungsquote von Sexualdelikten nahm Bayern 2016 mit 84,4 Prozent einen Spitzenplatz ein.

Die vorläufigen Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für das erste Halbjahr 2017 zeigen, dass in einigen Bereichen der Sexualstraftaten in Bayern zum Teil deutliche Steigerungen zu verzeichnen sind. Demnach nahm die Zahl der Sexualdelikte in Bayern insgesamt von 2.942 (1. Halbjahr 2016) um 18,5 Prozent auf 3.485 Delikte zu. Im Bereich der Vergewaltigungen und sexuellen Nötigungen im besonders schweren Fall gab es 685 Fälle (+47,9 Prozent). Bei der Straftatenentwicklung ist aber zu beachten, dass zum 10. November 2016 das neue Strafrecht zur Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung in Kraft getreten ist. „Jetzt reicht ein ‚Nein!‘ des Opfers für die Strafbarkeit des reformierten ‚Vergewaltigungs-Paragrafen‘ 177 StGB aus“, brachte es der Innenminister auf den Punkt.

Der neue Straftatbestand (§ 177 StGB) umfasst jetzt den sexuellen Übergriff, die sexuelle Nötigung und die Vergewaltigung. Als Reaktion auf die Ereignisse in der Kölner Silvesternacht 2015 wurden zudem auf Drängen des bayerischen Justizministers der § 184j StGB (Straftaten aus Gruppen) sowie der neue Straftatbestand des § 184i StGB (Sexuelle Belästigung) eingeführt. Sexuell motivierte Übergriffe aus Gruppen müssen angemessen erfasst und geahndet werden. Gut, dass dem jetzt so ist. □

Weitergeben - Förderstiftung des AHPV:

Neues „Familienmitglied“...

... in der HAUS DER STIFTER - Stiftergemeinschaft der Stadtparkasse Augsburg

Wenn sich das Leben zu Ende neigt, entsteht oft ein hoher Unterstützungsbedarf in den verschiedensten Bereichen. Angesichts einer immer älter werdenden Gesellschaft wird dieses Thema noch viele Generationen beschäftigen und benötigt tatkräftige und nachhaltige Unterstützung.

Der Verein Augsburger Hospiz- und Palliativversorgung (AHPV) e.V. möchte den Einwohnerinnen und Einwohnern unserer Region, die unheilbar krank sind oder am Ende ihres Lebens stehen die bestmögliche Beratung, Behandlung, Pflege, Betreuung und Begleitung in Hospizarbeit und palliativer Versorgung ermöglichen.

troffenen alle Aspekte der Sorge in ihren Entscheidungen und Handlungen berücksichtigen können. Wenn das gelingt, ist viel erreicht.

Weitere Informationen unter: www.fuersichvorsorgen.de □



Cornelia Kollmer, Mitglied des Vorstands der Stadtparkasse Augsburg (Mitte) und Susanne Stippler (l.), Stiftungsberaterin HAUS DER STIFTER (r.) überreichen die Stiftungsurkunde an den Vorstandsvorsitzenden des AHPV e.V., Dr. Dr. Eckhard Eichner (r.). Bild: Jost-G. Thorau

„Das Ziel liegt in Sichtweite“

Erster Spatenstich für Sanierung des Albert-Schweitzer-Hauses

Werneck. Rund 15,7 Millionen Euro wird der Bezirk Unterfranken in den Umbau und die grundlegende Sanierung des Albert-Schweitzer-Hauses auf dem Gelände von Schloss Werneck (Landkreis Schweinfurt) investieren. Das erklärte Bezirksratspräsident Erwin Dotzel beim ersten Spatenstich für den Ersatzneubau des Heimes.

Das Albert-Schweitzer-Haus bietet vor allem den Menschen ein Zuhause, die lange Jahre in psychiatrischen Einrichtungen gelebt haben und aufgrund ihrer schweren psychischen Erkrankungen Pflege benötigen. Die Errichtung eines Ersatzneubaus wurde notwendig, weil das Pflege- und Wohnqualitätsgesetz um-

fangreiche Anforderungen für den Betrieb eines Pflegeheims vorschreibt. Dem Ersatzneubau wird sich dann die Generalsanierung des Altbaus anschließen. Außerdem werde das Haus Erthal mit derzeit 32 Plätzen in das künftige Albert-Schweitzer-Haus integriert, wie Dotzel in seiner Ansprache erläuterte. Ziel sei ein

modernes Heim mit 94 Pflegeplätzen sowie großzügigen Freizeit- und Gemeinschaftsräumen. Mit dem Start des Bauvorhabens liege das Ziel in Sichtweite, freute sich Dotzel.

Ein großes Kompliment machte Landrat Florian Töpfer (Landkreis Schweinfurt) dem Bezirk Unterfranken. Er sei stolz auf die Kliniken Schloss Werneck sowie auf die Heime, sagte der Landkreischef. „Die Sanierung des Albert-Schweitzer-Hauses rücke den Menschen in den Mittelpunkt!“ Töpfer verwies auf die nach wie vor zunehmende Zahl psychischer Erkrankungen. Dies stelle die politisch Verantwortlichen vor große Herausforderungen, sagte Töpfer.

Umbau und Sanierung seien in zwei Bauabschnitte mit jeweils rund 1.600 qm Nutzfläche gegliedert, erläuterte Projektleiter Kai Kendzierski (Ludes Generalplaner GmbH). Den ersten Abschnitt bilde der zweistöckige Anbau an das bereits bestehende historische Gebäude, der andere beziehe sich auf die Sanierung der beiden Stationen im Albert-Schweitzer-Haus.

Die besondere Aufgabe während der zweijährigen Planungsphase habe in der Verbindung einer modernen Einrichtung mit einem herausragenden Denkmal bestanden. Auf einen Keller habe man nicht zuletzt aus Gründen des Hochwasserschutzes verzichtet. Kendzierski rechnete mit einer Gesamtbauphase von mindestens drei Jahren. □



Gemeinsam für ein Zukunftsprojekt (von links): Weiterer Stellvertreter des Bezirksratspräsidenten Armin Grein, Bezirksrätin Karin Renner, Bezirksrat Johannes Sitter, Bezirksrat Stefan Funk, Bürgermeisterin Edeltraud Baumgartl (Markt Werneck), Bezirksratspräsident Erwin Dotzel, Landrat Florian Töpfer (Schweinfurt), Geschäftsleiter der Krankenhäuser und Heime Rainer Klingert und Stellvertretender Krankenhausdirektor Edwin Pfeuffer. Bild: Mauritz

Bezirkskrankenhaus Augsburg:

Freistaat fördert Erweiterung mit über 13 Millionen Euro

Die medizinische Versorgung von psychisch kranken Menschen im Freistaat wird weiter ausgebaut. Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml betonte anlässlich der Einweihungsfeierlichkeiten zur baulichen Erweiterung des Bezirkskrankenhauses Augsburg: „Psychische Erkrankungen können die Lebensqualität ebenso sehr beeinträchtigen wie körperliche. Mein Ziel ist, überall in Bayern qualifizierte Behandlungsangebote für psychisch kranke Menschen zu schaffen. Das Bezirkskrankenhaus Augsburg leistet dazu einen erheblichen Beitrag. Durch seine bauliche Erweiterung wird es das größte psychiatrische Versorgungszentrum in Schwaben.“

Die Ministerin unterstrich: „Der Freistaat fördert den Bau des neuen Pflege- und Therapiegebäudes, in dem unter anderem drei moderne Stationen untergebracht sein werden, mit 13,29 Millionen Euro. Durch die Erweiterung der Klinik um 66 zusätzliche Betten in den Fachbereichen Psychiatrie und Psychosomatische Medizin wird die stationäre Versorgung psychisch kranker Menschen in Augsburg und Schwaben deutlich verbessert.“ Huml ergänzte: „Besonders möchte ich die neuen Einheiten zur Behandlung psychisch kranker Mütter mit ihren Kindern hervorheben. Diese Patientengruppe benötigt dringend Aufmerksamkeit!“

Förderleistungen in Höhe von 67 Mio. Euro

Seit 1990 hat der Freistaat gemeinsam mit den Kommunen über 1,2 Milliarden Euro für den Ausbau und die Modernisierung der psychiatrischen sowie kinder- und jugendpsychiatrischen Kliniken in Bayern investiert. Das Bezirkskrankenhaus Augsburg hat davon in diesem Zeitraum Förderleistungen von knapp 67 Millionen Euro erhalten. Auf bauliche Maßnahmen entfielen davon rund 55 Millionen Euro.

Flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung

Huml fügte hinzu: „Wir müssen und werden die Modernisierung der psychiatrischen Versorgung auch künftig fortsetzen. Aktuell sind Maßnahmen mit einem Gesamtkostenvolumen von rund 356 Millionen Euro allein für den Ausbau der stationären psychiatrischen und

kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgungsstrukturen zur Finanzierung eingeplant. Es geht dabei auch darum, die Angebote zwischen den leistungsfähigen psychiatrischen Kom-



Melanie Huml. □

petenzzentren und wohnortnahen Behandlungsangeboten entsprechend abzustimmen, um die bestmögliche Versorgung für die psychisch kranken Menschen in diesem Land sicherzustellen – flächendeckend und bedarfsgerecht.“

Die Ministerin verwies darauf, dass im Rahmen des geplanten Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes als zentrale Neuerung flächendeckend in Bayern Krisendienste für Menschen in akuten psychischen Notlagen aufgebaut werden sollen. „Damit wollen wir auch Unterbringungen möglichst vermeiden. Zudem werden wir unter anderem die Rechte psychisch kranker Menschen stärken und die öffentlich-rechtliche Unterbringung neu regeln. Die Verbesserungen sollen möglichst schnell bei den Bürgern ankommen.“ Geplant ist, dass das neue Gesetz im Juli 2018 in Kraft tritt. □

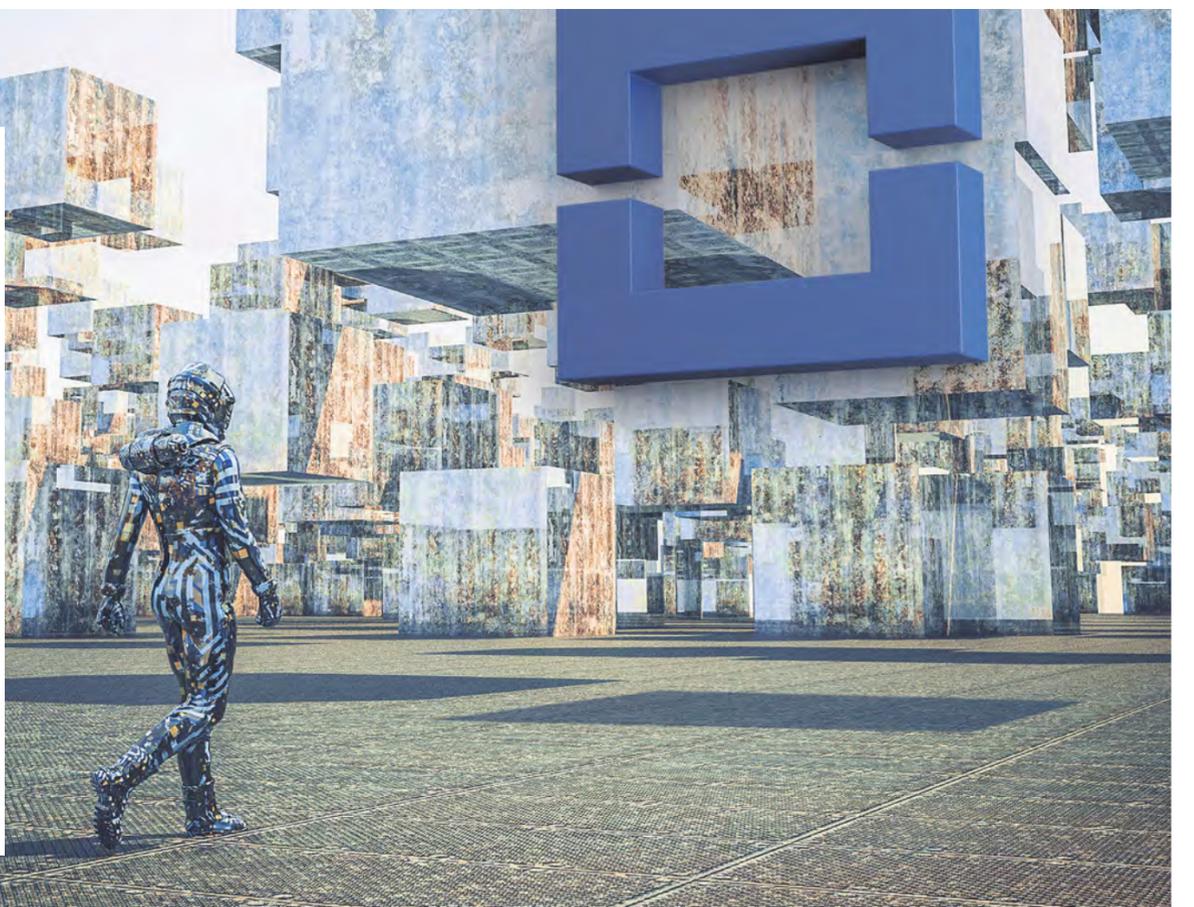
KLEUSBERG 

Zukunft Raum.

Bauen. Visionen erschaffen.

Gemeinsam mit Ihnen, unseren Kunden, Partnern und Mitarbeitern, gestalten wir täglich ein Stück Zukunft – und das seit vielen Jahrzehnten. Dass wir die Zukunft des Bauens im Blick haben und innovativ gestalten, beweisen wir Ihnen auf:

zukunft-raum.info



EXPO REAL 2017:

Immobilienwirtschaft stark und achtsam

Die EXPO REAL 2017, die vor kurzem in München stattfand, toppte alle bisherigen Rekorde. 2.003 Unternehmen, Städte und Regionen aus 35 Ländern stellten aus – 13 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Stimmung in der Branche ist positiv und gleichzeitig achtsam.

„Die EXPO REAL 2017 bestätigt mit einer Rekordbeteiligung ihre Position als führender Branchentreffpunkt in Europa: 2.003 Aussteller bedeuten ein Plus von 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr, mehr als 41.500 Teilnehmer ein Plus von etwa 6,1 Prozent“, berichtet Klaus Dittich, Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe München. „Die Rekordbeteiligung spiegelt

die starke Entwicklung der Immobilienwirtschaft wider. Die Messteilnehmer sind sich zugleich der vielfältigen Einflussfaktoren auf den bisherigen Boom bewusst.“

Vor allem die niedrigen Zinsen befeuern die starke Entwicklung – und eine Kehrtwende ist aktuell nicht in Sicht. Das bestätigt auch Prof. Clemens Fuest vom ifo Institut für Wirtschafts-

forschung: Zwar werde „die aktuelle wirtschaftliche Erholung in der Eurozone die Zinsen langsam ansteigen lassen, aber die hohe Verschuldung und die hohe Sparneigung stehen einer durchschlagenden und zügigen Zinswende entgegen“.

Nobelpreisträger Prof. Joseph Stiglitz erklärte: „Der Grundkonsens, der das Wirtschaftswachstum im Westen begleitet hat, geht in die Brüche. Das trägt zur heutigen globalen Unsicherheit bei. Die geo- und geldpolitischen Veränderungen werden grundlegende Auswirkungen auf Wachstum und Stabilität haben.“

Das neue REIN Forum: Turbo für die Digitalisierung

„Wir haben mit dem neuen Real Estate Innovation Network (REIN) unser Ziel erreicht“, erklärt Claudia Boymanns, Projektleiterin der EXPO REAL. „Start-ups und etablierte Unternehmen waren im intensiven Austausch – und die Qualität der digitalen Produkte und Services war wirklich beeindruckend.“ Wolfgang Moderegger, Gründer und Initiator des Real Estate Innovation Network, ergänzt: „Die Gründer bo-

ten einen Überblick zu neuen Technologietrends – und zwar für alle Bereiche in der Wertschöpfungskette der Immobilienwirtschaft.“

Umgekehrt nutzen die Gründerunternehmen die EXPO REAL, um ihr Netzwerk zu potenziellen Kunden auszubauen. REIN hatte im Vorfeld 700 internationale Start-ups identifiziert und die 25 besten auf die Messe geholt, um sie mit etablierten Immobilienunternehmen zu vernetzen.

Die EXPO REAL 2017 in Zahlen

Mehr als 41.500 Teilnehmer aus 75 Ländern (2016: 39.101 / 77) kamen zur 20. Ausgabe der Internationalen Fachmesse für Immobilien und Investitionen, ein Plus von etwa 6,1 Prozent. Die Gesamtteilnehmerzahl unterteilt sich in 20.011 Fachbesucher (2016: 18.963) und 21.572 Unternehmensrepräsentanten (2016: 20.138). Die Top Ten-Besucherkategorien waren nach Deutschland: Großbritannien und Nordirland, die Niederlande, Österreich, die Schweiz, Polen, Frankreich, Tschechische Republik, Luxemburg, die USA und Spanien.

Die insgesamt 2.003 Aussteller (plus 13 Prozent gegenüber 1.768 im Jahr 2016) kamen aus 35 Ländern. Die Top Ten-Ausstellerländer waren neben Deutschland: Österreich, die Niederlande, Polen, die Schweiz, Großbritannien, Rumänien, Frankreich, Ungarn, Luxemburg und die USA. □

CIPRA Jahresfachtagung:

Gesellschaftliche Ansprüche prägen die Landschaft

Gegensätzliche Bedürfnisse und überzogene Erwartungen prallen in der Raumplanung aufeinander. Ihre Rolle muss überdacht werden: weg von der Gesamtplanung, hin zur Vermittlung und Sensibilisierung, lautete der Tenor an der CIPRA-Jahresfachtagung in Innsbruck.

„Raumplanung muss sich vom Anspruch der optimalen Gesamtgestaltung verabschieden“, postulierte Referent Friedrich Schindegger an der CIPRA-Jahresfachtagung „Alpine Raum-Sphären – natürliche Grenzen, unendliche Möglichkeiten“ in Innsbruck. Sie könne diesen Anspruch gar nicht erfüllen: Einzelinteressen von Landwirtschaft, Unternehmen, Investoren und politischen Körperschaften gäben heute vielfach den Ton an. Der österreichische Raumplaner zeigte sich überzeugt: „Die Landschaft ist der Fußabdruck der Wertvorstellungen und Machtverteilung der darin lebenden Gesellschaften.“ Die Raumplanung müsse sich neu orientieren, indem sie Verantwortung für das Gemeinwohl übernehme und mehrheitsfähige, generelle Prinzipien vermittele.

Reichhaltig war das Programm, das CIPRA Österreich und CIPRA International zusammen mit geladenen Referenten den rund 200 Teilnehmenden aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft boten. Auch Gianluca Ceparola stellte das vorherrschende Verständnis von Raumplanung in Frage: Das Bild des Menschen als über der Natur stehender Beherrscher sei veraltet. Heute werde der Mensch als Teil der Natur gesehen, und im Alpenraum wachse das Bewusstsein für Lebensräume, vor allem bei jüngeren Generationen. Dieses Verständnis müsse auch in die Raumplanung einfließen, so der Direktor der Schule für Raum- und Landschaftsordnung step in Trento/I.

Für Diskussionen auf dem Podium sorgte der Blick auf den „Zustand der Raumplanungs-Politik im Alpenraum“. Markus Reiterer, Generalsekretär der Alpenkonvention, kritisierte die inhaltliche Zersplitterung: „Auch Tourismus- oder Verkehrspolitik ist irgendwann Raumordnung.“ Sich

vermehrten offenen Diskussionen zu stellen statt Nabelschau zu betreiben, forderte Gerlind Weber von der Raumplanung, während Janez Fajfa, Bürgermeister von Bled/SI deutlich aufzeigte, welche Missstände fehlgeleitete Raumplanungen auf Gemeindeebene nach sich ziehen. Am Nachmittag boten Workshops Gelegenheit zum Austausch zu den Themen Talverdichtungen, Tourismuszentren sowie ländliche Räume zwischen Erschließungs- und Abwanderungsdruck. Peter Haßbacher, Präsident von CIPRA Österreich, betonte: „Die alpine Raumordnung wird durch das ungebremste Wachstum einiger Tourismuszentren unter Druck gesetzt.“

Katharina Conradin, Präsidentin von CIPRA International, hielt abschließend fest: „Wir haben eigentlich ein ganzes Instrumentarium, das wir in der Raumplanung anwenden können.“ Dieses werde aber oft wegen Einzelinteressen außer Kraft gesetzt. Sie forderte die Teilnehmenden aus allen Alpenländern auf: „Wir müssen uns den Raum wieder aneignen.“

Bereits 2016 forderte die CIPRA in einem Offenen Brief an die Ministerinnen und Minister für Raumplanung der Alpenländer neue Herangehensweisen zur Sicherung von Ökosystemleistungen. Neue Erkenntnisse aus Fachbereichen wie Psychologie, Soziologie oder Kulturwissenschaften können dazu beitragen, das Verständnis und die Akzeptanz für solche raumplanerischen Maßnahmen zu sichern. Damit nicht nur ExpertInnen teilhaben können, brauche es den Einbezug, die Befähigung und die Mitwirkung aller Betroffenen. Im Dialog mit Bürgern, Interessensvertretern und Fachleuten müssten politische EntscheidungsträgerInnen neue Kompetenzen wie Moderation oder Mediation entwickeln. □

Baulandpreise:

Größter Kostentreiber beim Wohnungsbau

Zwischen 2011 und 2016 sind die durchschnittlichen Baulandpreise für die Eigenheimbebauung deutschlandweit um 27 Prozent von 129 Euro pro Quadratmeter auf 164 Euro gestiegen. In den Großstädten verteuerte sich der Quadratmeter Bauland um 33 Prozent - von gut 250 Euro im Jahr 2011 auf knapp 350 Euro im Jahr 2016. Das verteuert nicht nur Wohnimmobilien deutlich, sondern brems auch den bezahlbaren Mietwohnungsbau. Dies geht aus einer Auswertung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) hervor.

Der Analyse liegen Kaufpreisdaten der amtlichen Gutachterausschüsse für Grundstückswerte für die letzten fünf Jahre zugrunde. In den städtischen und ländlichen Kreisen blieben demnach das Preisniveau und der -anstieg hinter den Großstädten zurück. Aber auch dort lag der Zuwachs deutlich über der allgemeinen Teuerungsrate.

In den städtischen Kreisen – häufig Umlandkreise der Großstädte – legten die Kaufpreise für unbebaute Grundstücke von 132 Euro pro Quadratmeter im Jahr 2011 auf 156 Euro pro Quadratmeter im Jahr 2016 zu (+19 Prozent), in den ländlichen Kreisen verteuerte sich der Quadratmeter Bauland von 64 Euro auf 78 Euro im Jahr 2016 (+20 Prozent).

Eigenheimbebauung

Auch der durchschnittliche Kaufpreis für ein Grundstück für Eigenheimbebauung zog deutlich an – um 27 Prozent auf 112.000 Euro im Jahr 2016. In den Großstädten lag der durchschnittliche Kaufpreis für ein Grundstück für Eigenheimbebauung bei knapp 200.000 Euro (+ 25 Prozent). Besonders stark sind die durchschnittlichen Kaufpreise in den teuren Großstädten gestiegen.

Wachstumsregionen vor allem betroffen

„Steigende Grundstückspreise bestimmen vor allem in den Wachstumsregionen zu einem erheblichen Anteil die Erwerbs- oder Erstellungskosten. Das verteuert Wohnimmobilien“, sagt BBSR-Experte Matthias Waltersbacher. „Hohe Baulandpreise treiben auf angespannten Märkten auch die Mieten im Neubau auf 14 bis 16 Euro pro Quadrat-

meter. Das lässt freifinanzierten Wohnungsbau zu bezahlbaren Mieten nicht mehr zu.“

Während in den städtischen Kreisen die Transaktionszahlen von Grundstücken für die Eigenheimbebauung zwischen 2011 und 2016 recht stabil blieben, gingen sie in den Großstädten um 30 Prozent zurück. Besonders stark sind die Transaktionen in teuren Großstädten wie Köln, Frankfurt am Main und Stuttgart zurückgegangen. Die ländlichen Kreise verzeichneten im selben Zeitraum einen Zuwachs von knapp 15 Prozent. „Die Grundstückspreise sind zuletzt so stark gestiegen, dass der Verwertungsdruck eine aufgelockerte Einzelhausbebauung häufig nicht mehr zulässt“, sagt Waltersbacher. „Immer mehr Käufer suchen nach Alternativen im Umland.“

Lückenlose Zeitreihe

Die Analyse beruht auf der Betrachtung der kreisfreien Städte und Landkreise, für die Transaktionsdaten von Grundstücken über die Kaufpreissammlungen der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte in einer lückenlosen Zeitreihe seit 2011 vorliegen. Dieser repräsentative Längsschnitt umfasst etwa ein Drittel aller Städte und Landkreise in Deutschland.

Eine umfassende Analyse des Grundstücks- und Immobilienmarktes für die Jahre 2015 und 2016 wird der Arbeitskreis der Oberen Gutachterausschüsse, Zentralen Geschäftsstellen und Gutachterausschüsse in der Bundesrepublik Deutschland (AK OGA) im Dezember 2017 mit dem Immobilienmarktbericht Deutschland vorlegen.

Download der Analyse: www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Home/Topthemen/Downloads/baulandpreise.html

Neue Publikation:

Planungswettbewerb und Mehrfachbeauftragung

Zwei Wege zu maßgeschneiderten Lösungen kommunaler Planungsaufgaben

Die Bayerische Ingenieurkammer-Bau und die Bayerische Architektenkammer haben gemeinsam eine Übersicht zu Planungswettbewerben und Mehrfachbeauftragung veröffentlicht. Die Publikation gibt einen Überblick über die wesentlichen Verfahrensarten für Wettbewerbe nach den Richtlinien für Planungswettbewerbe RPW 2013 und die Mehrfachbeauftragung nach HOAI für Gebäude und Freianlagen sowie Ingenieurleistungen.

Planungswettbewerbe bieten dem Auftraggeber die Möglichkeit in einem anonymisierten Verfahren aus einer mittleren bis großen Auswahl an Lösungsansätzen die für ihn optimale Planung und den geeigneten Auftragnehmer zu finden. Unterstützt wird er dabei von einem kompetenten Preisgericht. Planungswettbewerbe können auch auf die Findung konzeptioneller Lösungen ausgerichtet sein (Ideenwettbewerbe), oder in zwei Phasen mit zunehmendem Ausarbeitungsgrad durchgeführt werden. Dazu gibt die Publikation einen Überblick über die wesentlichen Verfahrensarten, das Leistungspaket Planungswettbewerb und Kostenbeispiele.

Bei Aufgabenstellungen von überschaubarer Komplexität kann die Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen im Rahmen der Beauftragung mehrerer Teilnehmer erfolgen, bei der die von jedem Teilnehmer erbrachten Leistungen nach der HOAI zu vergüten sind. Für das Verfahren wird die Beauftragung von mindestens 3 und maximal 7 Teilnehmern – bei ange-

messener Beteiligung junger Büros - empfohlen. Der Auftraggeber ist dabei nicht zur Weiterbeauftragung verpflichtet. Die Architektenkammer empfiehlt die professionelle Beratung durch die ByAK und einen Wettbewerbsbetreuer bei der Formulierung einer eindeutigen und präzisen Aufgabenstellung und der Auswertung der Ergebnisse. Die Beteiligung einer kleinen Fachjury zur Optimierung der Aufgabenstellung und zur Entscheidungsfindung ist ebenfalls anzuraten.

Mehrfachbeauftragung nach HOAI – Ingenieurleistungen

Hier stellt die Publikation beispielhaft vor, welche Leistungen beauftragt werden können, wenn der Auftraggeber inner- oder außerhalb von VgV-Verfahren die Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen für die Planungsaufgabe in Form von Entwürfen, Plänen, Zeichnungen, Berechnungen oder anderen Unterlagen (§ 76 Abs. 2 VgV) verlangt. □

Museum der Bayerischen Geschichte in Regensburg:

Fortgang der Bautätigkeiten hat hohe Priorität

In der Kabinettsitzung erklärte Innenminister Joachim Herrmann: „Der Ansatz des Museums der Bayerischen Geschichte mit der Bavariathek als Museum von und mit Bürgern ist einzigartig. Der Brand in der Bavariathek Anfang Juli 2017 verursachte einen erheblichen Sachschaden, dessen konkrete negative Auswirkungen auf den Baufortschritt wir erst im Zuge der noch laufenden Untersuchungen werden abschätzen können. Für die Staatsregierung steht dennoch fest: Gemeinsam mit den Baufirmen wollen wir einen Weg gehen, der den Fortgang des Baus garantiert und zugleich nicht zulässt, dass beteiligte Betriebe unverschuldet in Mitleidenschaft gezogen werden.“

Kunstminister Dr. Ludwig Spaenle informierte den Ministerrat über den aktuellen Sachstand zu den Feierlichkeiten im Rahmen des Jubiläumjahrs WIR FEIERN BAYERN auf dem Gelände des Museums im Juni 2018. Er zog in

seinem Bericht trotz der baulichen Verzögerung eine positive Bilanz: „Im Museum selbst wurden keine Bauteile durch den Brand zerstört oder beschädigt, so dass die Bauarbeiten nun wieder aufgenommen wurden. Nach dem derzeitigen Stand können wir davon ausgehen, dass die Besucher der Jubiläumsveranstaltung im Juni 2018 erste Einblicke in Teile des Museumsbaus gewinnen können.“

Die Veranstaltung wird mit der Präsentation des Museums gemeinsam vom Kulturreferat der Stadt Regensburg und vom Haus der Bayerischen Geschichte durchgeführt. Minister Spaenle: „Insgesamt wird eine Kultur- und Festmeile entstehen, die die Steinbrücke als ältestes mit dem Museum der Bayerischen Geschichte als jüngstes, prägendes Bauwerk der Stadt verbindet.“ Die laufenden Sanierungsarbeiten in der Bavariathek werden mindestens das Jahr 2018 in Anspruch nehmen. □

Neue BBIV-Publikation

„Wir bauen alles außer Luftschlösser. Wir bauen die Zukunft“: So heißt die neue Publikation des Bayerischen Bauindustrieverbandes, die anhand von Geschichten von Menschen der Bauindustrie Einblick in die spannende, innovative und attraktive Branche geben möchte: <https://www.bauindustrie-bayern.de/download.html>

„Die Baubranche beeindruckt mit vielfältigen Projekten und sympathischen Menschen. Mit unserer Sonderausgabe wollen wir genau diese Aspekte griffig darstellen und so die Welt des Bauens näherbringen. Dass Studien die Botschaft unserer Publikation bestätigen, freut uns natürlich. Wir sind eine bodenständige Branche, die es aber versteht sich zukunftsfähig aufzustellen, das merken auch die Arbeitnehmer.“, fasst BBIV-Hauptgeschäftsführer Thomas Schmid zusammen.

Die kürzlich veröffentlichte EY-Jobstudie1, für die rund 1.400 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland befragt wurden, kam in den beiden Schlüsselkategorien zu folgendem Ergebnis:

- Motivation: 1. Platz für die Bauwirtschaft. Die Menschen am Bau sind am motiviertesten von allen.
- Zufriedenheit: 2. Platz für die Bauwirtschaft. Die Beschäftigten der Bauwirtschaft landen im Branchenvergleich bei der Zufriedenheitsumfrage auf dem zweiten Rang.

Die entscheidenden Faktoren für die Arbeitsmotivation sind ein gutes Verhältnis zu den Kollegen sowie eine spannende Tätigkeit. Da kann die Baubranche punkten. Auch wenn Geld allein nicht glücklich macht, kommt ein verhältnismäßig hohes Gehalt als positiver Effekt hinzu.

Die Studienergebnisse sprechen dafür, dass die Baubranche früh erkannt hat, wie wichtig es ist, die Bedürfnisse der Arbeitnehmer ernst zu nehmen. Gleichzeitig ist es ihr ein großes Anliegen, die Jugend zu begeistern und zu überzeugen, dass ein Beruf in der Baubranche beste Perspektiven für das Leben eröffnet: www.bauindustrie-bayern.de/traumberufe □

GAB-Altlastensymposium in Nürnberg:

Sanierungsverfahren und PFC-Thematik

Beim diesjährigen Altlastensymposium der GAB in Nürnberg mit rund 300 Teilnehmern wurden aktuelle Entwicklungen zu rechtlichen Grundlagen der Altlastenbearbeitung präsentiert, innovative Sanierungsverfahren erläutert und der Umgang mit PFC-Belastungen diskutiert. Ein weiterer Themenschwerpunkt war die Altlastensanierung in der Praxis.

Nach Begrüßungen und einleitenden Worten durch GAB-Geschäftsführer Michael Kremer, dem berufsmäßigen Stadtrat und Referenten für Umwelt und Gesundheit der Stadt Nürnberg, Dr. Peter Pluschke sowie Dr. Juliane Thimet, Direktorin beim Bayerischen Gemeindetag und stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der GAB, berichtete Prof. Dr. Jens Utermann, Ministerium für Klima, Umwelt, Landwirtschaft, Naturschutz und Verbraucherschutz NRW, über den

Stand der Novellierung der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung im Rahmen einer Mantelverordnung.

Rechtsanwalt Volker Hoffmann, Hoffmann Liebs Fritsch & Partner Rechtsanwälte mbB, referierte in seinem Vortrag über die Altlastenbearbeitung und Insolvenz. Er stellte zusammenfassend fest, dass die Rolle des Insolvenzverwalters im Rahmen der Altlastenbearbeitung von erheblicher Bedeutung sein könne. Die zuständigen Behörden sollten sich insbeson-

dere auch seiner haftungsrechtlichen Stellung bewusst sein und die rechtzeitige Inanspruchnahme des Insolvenzverwalters könne aus verschiedenen Gründen sinnvoll sein.

Johannes Köppler, Deutsche Bahn AG, referierte über das Vorgehen der Deutschen Bahn bezüglich der Ausgleichsansprüche nach § 24 Abs. 2 BBodSchG. Die Deutsche Bahn habe, so der Vortragende, ein umfangreiches Portfolio an Grundstücken, das nicht nur zu eigenen Betriebszwecken, sondern auch zur Nutzung durch Dritte vermietet und verpachtet wurde. Aufgrund der langjährigen Nutzungen der Bahnflächen zum Beispiel als Werkstätten, Imprägnierwerke, Gaswerke, Schrott-

plätze, Tanklager, Tankstellen, Chemikalienlager, Umfüllstationen oder den Betrieb von chemischen Reinigungen seien vielerorts Altlasten entstanden, die federführend im Konzern vom Sanierungsmanagement der DB Immobilien stufenweise erkundet und saniert werden.

DB Sanierungsmanagement

Nachdem mit der höchstgerichtlichen Entscheidung des BGH zu den Verjährungsvorschriften ausreichende Zeiträume geschaffen worden seien, entsprechende Rückerstattungs-fälle und vergleichbare Regressansprüche systematisch verfolgen zu können, habe 2005 das Sanierungsmanagement der DB damit begonnen, alle potenziellen Rückerstattungs-fälle systematisch zu erfassen und aufzubereiten. Mittels eines Checklistenverfahrens wurde für jeden Fall entschieden, ob eine weitere Verfolgung sinnvoll sei.

Erfolgsgeschichte

In Summe, so Johannes Köppler, sei der Ausgleichsanspruch für die DB AG eine Erfolgsgeschichte. Neben der Erstattung von hohen Beträgen für Sanierungsmaßnahmen der Vergangenheit hätten auf diesem Weg insbesondere geplante Kosten für zukünftige Sanierungsmaßnahmen im dreistelligen Millionenbereich abgewendet und damit eingespart werden können.

Dr. Klaus Köppler, Umweltamt der Stadt Nürnberg, gab einen anschaulichen Überblick über Altlasten und Flächenrecycling in Nürnberg. Er zog am Ende seines Vortrags folgendes Fazit: Seit über 30 Jahren werden Altlasten- und Schadenfall-

bearbeitungen in Nürnberg systematisch durchgeführt. War anfangs die Erkundung und Sanierung von Belastungen durch LHKW der Arbeitsschwerpunkt, so gewann die Flächenkonversion zunehmend an Bedeutung.

Auf diese Weise gelang es in den vergangenen 20 Jahren, rund zwei Drittel des Bauflächenbedarfs in Nürnberg durch Flächenrecycling zu decken und gleichzeitig Belastungen von Boden und Grundwasser zu beseitigen. Damit konnten auch wichtige Impulse für die Innenentwicklung und den gesetzlich geforderten sparsamen Umgang mit Grund und Boden gesetzt werden. Angesichts der hohen Baulandnachfrage werden aktuell altlastenrelevante Flächen einer Bebauung zugeführt, die bislang für eine städtebauliche Entwicklung eher nicht interessant waren.

Alexander Heinel, Umweltamt der Stadt Nürnberg, stellte das Sicherungs- und Sanierungskonzept des PFC-Schadenfalls am Flughafen Nürnberg vor. Auf dem Gelände des Flughafens ist es durch den jahrzehntelangen Einsatz von zugelassenen, PFC-haltigen Löschschäumen an fünf bekannten Standorten zu erheblichen Verunreinigungen von Boden, Grundwasser und Oberflächengewässern gekommen. Zur Reduzierung des PFC-Schadstoffpotenzials ist eine Kombination aus hydraulischen Sanierungsmaßnahmen, Bodenaushubmaßnahmen und Sicherungsmaßnahmen vorgesehen. Die komplette Umsetzung der genannten Maßnahmen inklusive aller erforderlichen Bauarbeiten wird bis zum Ende des Jahres 2018 erwartet.

In einem gemeinsamen Vor-

trag berichteten Stephan Brun, IN-Campus GmbH AUDI AG, Dr. Alexander Poser, R & H Umwelt GmbH und Dr. Oliver Kemmesies, HPC AG, über die Sanierung eines ehemaligen Raffineriegeländes in Ingolstadt. Die IN-Campus GmbH plant, auf dem Nordteil des ehemaligen Raffineriegeländes in Ingolstadt den IN-Campus mit einer Gesamtfläche von 75 ha stufenweise zu errichten. Der IN-Campus soll das Herzstück einer innovativen und zukunftsweisenden Technologieentwicklung sein.

Bei der Bebauungsfläche handelt es sich um das größte Teilstück des ehemaligen Raffineriegeländes. Über die Dauer des Raffineriebetriebs wurden der Boden und somit auch das Grundwasser mit raffineriespezifischen Schadstoffen LHKW, MKW und BTEX verunreinigt. Darüber hinaus liegt im Boden und Grundwasser eine Kontamination mit poly- und perfluorierten Tensiden (PFT/PFC) vor, die durch den Einsatz von Löschmitteln verursacht wurde. Die o. g. Kontaminationen werden nun in den nächsten Jahren saniert.

Die BTEX-Sanierung soll mittels Air Sparging erfolgen, die Sanierung der PFC-Schadensbereiche über offenen, trockenen Aushub bis in den Bereich des Grundwasserspiegels. Für die auskartierten MKW-Schäden mit Konzentrationen > 1000 mg/kg ist eine Quellensanierung mittels Aushub vorgesehen (vereinbart in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag mit der Stadt Ingolstadt). Alle anderen im Boden verbleibenden MKW-Belastungen sollen dann durch gezielte ENA-Maßnahmen saniert werden. **DK**

bvse-Jahrestagung in Potsdam:

Recycling braucht den Mittelstand

Zentrales Thema der Jahrestagung des bvse-Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung war der rasante Konzentrationsprozess und die zunehmende Kommunalisierung der Kreislauf- und Entsorgungswirtschaft in Deutschland. bvse-Präsident Bernhard Reiling hieß in Potsdam mehr als 300 Vertreter der Recycling-Branche willkommen.

Der bvse hofft mit Blick auf die anstehenden Gespräche zur Bildung einer neuen Regierung „auf stabile politische und demokratische Verhältnisse“. Nach Reiling Worten „wünschen wir uns außerdem eine seriöse Wirtschaftspolitik, die nicht nur in Worten, sondern auch mit Taten die mittelständischen Unternehmen und deren Mitarbeiter unterstützt und eine Umweltpolitik, die nicht gegen die Menschen, sondern mit ihnen realistische Ziele umsetzt.“

Die Unternehmen stellten fest, dass der Mittelstand in Deutschland erheblich unter Druck gerät, so der Präsident vor der Mitgliederversammlung. Dies sei keine gute Entwicklung, „weil dadurch die Stabilität und ein wichtiger volkswirtschaftlicher Faktor unseres Wirtschaftserfolges in Frage gestellt wird“, kritisierte Reiling.

Beispielhaft wies er darauf hin, dass sich die Konzentrationsspirale in der Branche immer schneller drehe. Kaum vergehe eine Woche, wo nicht ein kleines oder mittleres Unternehmen von Konzernen übernommen wird. „Wir begrüßen daher, dass das Kartellamt eine Sektoruntersuchung durchführt. Wir sehen aber in der Praxis, dass fast jeder angemeldete Zusammenschluss letztlich genehmigt wird. Offensichtlich reicht das Instrumentarium nicht aus. Hier muss etwas geschehen, damit der Mittelstand und damit Deutschland stark bleibt.“

Außerdem setzten sich Kommunalisierung und Rekommunalisierung fort. Reiling mahnte daher die Einsicht unter den politisch Verantwortlichen an, dass die Privatwirtschaft die Regel und Aktivitäten kommunaler oder staatlicher Unternehmen die Ausnahme in der marktwirtschaftlich geprägten Wirtschaftsordnung bleiben müsse.

Wie Reiling weiter ausführte, habe der bvse in letzter Zeit verstärkt dafür geworben, den Anteil der Sekundärrohstoffe im gewerblichen und industriellen Bereich zu erhöhen. Im nächsten Schritt müssten die Recyclingprodukte verstärkt im Markt aufgenommen werden. Hier habe die öffentliche Hand Vorbildfunktion, aber auch großen Nachholbedarf.

Auch die Monopolkommission sorgt sich um den Wettbewerb, wie Chef-Analyst Dr. Marc Bataille deutlich machte. „Wir sehen zwei bedeutende Probleme. Zum einen die Ausweitung des kommunalen Engagements. Das andere

Kernproblem, das wir sehen, ist, dass sich auf der privaten Seite eine zunehmende Konzentration zeigt.“

Der Wettbewerbshüter verwies hierbei auf die Sektoruntersuchung des Bundeskartellamtes. Je nachdem wie das Ergebnis ausfalle, müsse man sich überlegen, ob nicht strukturelle Eingriffe erforderlich sind. Dies könnte beispielsweise in der Art geschehen, dass die Möglichkeit der kommunalen Inhouse-Vergabe eingeschränkt werde. Eine andere Möglichkeit könnte sein, strengere Fusionskontrollmaßnahmen durchzuführen.

Perspektiven und Fallstricke

Auf der Jahrestagung beschäftigte die Branchenexperten auch die Frage: Wie sind die Zukunftsperspektiven und wo liegen die Fallstricke? Das Bundesumweltministerium ist zwar mit der Bilanz der vergangenen vier Jahre zufrieden, doch Dr. Thomas Rummler sieht ebenfalls noch enormes Potenzial für mehr Recycling der Abfälle, die im Gewerbe, der Industrie, aber auch bei den Privathaushalten anfallen. Hier nannte er die Umsetzung und den Vollzug der neuen Gewerbeabfallverordnung und des Verpackungsgesetzes. Auch spreche viel dafür, als Aufgabe für die nächste Legislaturperiode die Altholzverordnung zu novellieren. Zudem geht Rummler davon aus, dass das EU-Kreislaufwirtschaftspaket, das gegenwärtig in Brüssel intensiv beraten werde, die Branche in Deutschland beschäftigen werde.

Auslandsmärkte im Visier

Mit Spannung blicken die Branchenexperten aber auch auf die Entwicklung der Auslandsmärkte, wie bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock am Rande der Tagung betonte. Er verwies darauf, dass die Sekundärrohstoff-Branche auf den internationalen Handel angewiesen sei.

Momentan beschäftigten die Branche vor allem die restriktiven Importbestimmungen für China und dessen Ankündigung, ab dem nächsten Jahr auf den Import von Sekundärrohstoffen verzichten zu wollen. Dazu vertrat Rehbock folgende klare Meinung: „Es wäre falsch, wenn China die Tür endgültig zuschlägt. Ich kann aber verstehen, dass sie unseren Müll nicht haben wollen. Allerdings müssen Sekundärrohstoffe in ver-

einbarten Qualitäten auch in Zukunft exportiert werden können. Alle Industrienationen sind letztlich auf gute Handelsbeziehungen angewiesen.“

Wie der stellvertretende Vorsitzende des Fachverbandes Altholz, Ersatzbrennstoffe und biogene Abfälle, Bernd Jörg, auf der Mitgliederversammlung seiner Organisation im Rahmen der Jahrestagung hervorhob, erwarte der bvse, dass erste Schritte zur Überprüfung der Altholzverordnung noch in diesem Jahr vom Umweltbundesamt eingeleitet werden.

In seinem Rechenschaftsbericht betonte Jörg, dass die aktuelle Altholzverordnung aus dem Jahr 2002 zwar eine hervorragende Basis sei, es allerdings in Fragen der Qualitätssicherung oder der Anpassung von Grenzwerten teilweise erheblichen Überarbeitungsbedarf gebe.

Mit der Veröffentlichung der Studie „Differenzierung der energetischen Verwertung am Kriterium der Energieeffizienz“ hat der bvse-Fachverband Mitte des Jahres eine Diskussion über die unterschiedliche Effizienz bei der Verbrennung von Abfällen in Gang gesetzt. Die Studie zeigt, dass auch bei der energetischen Verwertung die Anwendung einer Kaskadennutzung innerhalb der möglichen Verfahren sinnvoll erscheint.

Ressourcenpolitisch betrachtet, sollten von den nicht recycelbaren Abfällen vorrangig die heizwertreichen Fraktionen abgeschieden und als Ersatz für primäre Energieträger einer hochwertigen energetischen Verwertung zugeführt werden. Dabei stellte sich im Ergebnis der Studie die Mitverbrennung im Zementherstellungsprozess mit gleichzeitiger rohstofflicher Nutzung des Ascheanteils als besonders vorteilhaft dar.

Die dafür nicht geeigneten mittel- und niederkalorischen Abfälle sollten ihren Einsatz zur energetischen Verwertung in Kraftwerken mit möglichst hohen Nettowirkungsgraden finden. Somit werden insgesamt in den einzelnen Anlagen möglichst hohe Einsparungen mit einer maximalen CO₂-Einsparung realisiert.

„Die Anrechnung des verwertbaren Ascheanteils im Zementherstellungsprozess kann sogar helfen, die ambitionierte Recyclingquote der Gewerbeabfallverordnung zu erfüllen. Deren Anerkennung wäre ein weiterer und wichtiger Schritt“, unterstrich Jörg. Das Bewusstsein dafür sei allerdings noch nicht vorhanden, so dass bei den Entscheidungsträgern von Bund und Ländern entsprechend weiter dafür geworben werden müsse. **□**



Willkommen in Halle 9 am Stand 336 Kommunale 2017 in Nürnberg 18.-19.10.2017

Mit 0 % Zinsen energetisch sanieren und energieeffizient bauen

Jetzt aktiv werden mit dem Energiekredit Kommunal Bayern.

Auf dem Weg zur Energiewende unterstützen wir die Finanzierung von Investitionen in die energetische Sanierung sowie den energieeffizienten Neubau von Gebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur. Und das zum Teil zinslos für die ersten zehn Jahre mit optionalen Tilgungszuschüssen (Stand 12.09.2017). Informieren Sie sich unter ► www.bayernlabo.de oder über die Hotline für Kommunen +49 89 2171-22004.

Das Förderinstitut der BayernLB



Landkreis Regensburg:

Vorreiter in Sachen Energie und Klimaschutz

Startschuss zur Zertifizierung „European Energy Award - eea“

Regensburg (RL). Der Landkreis Regensburg möchte seine Vorbildfunktion in punkto „Energie und Klimaschutz“ aktiv wahrnehmen und nimmt deshalb an der Zertifizierung „European Energy Award – eea“ teil. Der eea, der von der Bayerischen Staatsregierung mit 40 Prozent gefördert wird, ist ein Instrument zur fortlaufenden Steuerung und Kontrolle kommunaler Aufgaben, die Auswirkung auf das Klima und den Ressourcenverbrauch haben.

Im Rahmen des eea wird die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in sechs Handlungsfeldern (siehe unten) jährlich evaluiert. Über den Evaluierungszyklus und eine externe Begleitung werden Anreize für kontinuierliche Verbesserungen der eigenen Energie- und Klimaschutzarbeit und seiner weiteren Verankerung in den Fachabteilungen gesetzt. In dem zunächst auf drei Jahre angelegten Umsetzungsprozess wird der Landkreis von der Ener-

gieagentur Regensburg betreut. Die örtliche Energieagentur mit ihrem akkreditierten eea-Berater Sebastian Zirngibl setzte sich beim umfassenden Vergabeverfahren gegen mehrere Mitbewerber durch. Bei einem gemeinsamen Pressetermin haben Landrätin Tanja Schweiger und Ludwig Friedl, Geschäftsführer der Energieagentur Regensburg e.V., die Verträge unterzeichnet.

„Nachhaltiges Handeln in Sachen Umwelt- und Klimaschutz

sehe ich als wichtige gesellschaftliche Herausforderung. Im Hinblick auf unsere nachfolgenden Generationen müssen wir die Ausbaupotentiale der Strom- und Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien und die damit erreichbare CO2-Minderung fördern. Mit der eea-Teilnahme setzen wir die bisherigen energie- und klimarelevanten Anstrengungen des Landkreises in konsequenter Weise fort“, betont Landrätin Tanja Schweiger.

Sinnvolles Instrument

Für Ludwig Friedl, Geschäftsführer der Energieagentur Regensburg e.V., ist die Teilnahme am eea ein sehr sinnvolles Instrument, um eine systematische Umsetzung der Energie- und Klimaschutzarbeit auf kommunaler Ebene zu stärken. Gleichzeitig sei die Zertifizierung ein ambitioniertes Vorhaben, das nach international festgelegten Standards erfolge. „Sie wird von einem externen Gutachter vorgenommen, macht Klimaschutzarbeit messbar und belohnt gute Arbeit in den relevanten Handlungsfeldern nach objektiven Kriterien.“ Der Landkreis Regensburg wäre bei einer Zertifizierung innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre der erste so ausgezeichnete Landkreis in Ostbayern, so Friedl. Deutschlandweit nehmen bereits über 300 Kommunen am eea teil, davon 45 Landkreise.

mathe Umsetzung der Energie- und Klimaschutzarbeit auf kommunaler Ebene zu stärken. Gleichzeitig sei die Zertifizierung ein ambitioniertes Vorhaben, das nach international festgelegten Standards erfolge. „Sie wird von einem externen Gutachter vorgenommen, macht Klimaschutzarbeit messbar und belohnt gute Arbeit in den relevanten Handlungsfeldern nach objektiven Kriterien.“ Der Landkreis Regensburg wäre bei einer Zertifizierung innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre der erste so ausgezeichnete Landkreis in Ostbayern, so Friedl. Deutschlandweit nehmen bereits über 300 Kommunen am eea teil, davon 45 Landkreise.

Zielsetzungen

Folgende Ziele sollen mit der eea-Teilnahme erreicht werden:

- regelmäßige interne und externe Kontrolle der Aktivitäten des Landkreises Regensburg in sechs Handlungsfeldern: Klimastrategie und Bilanz, landkreiseigene Liegenschaften, Versorgung / Entsorgung, Mobilität / nachhaltiger Verkehr, interne Organisation und öffentlichkeitsbezogene Aktivitäten für Energie und Klimaschutz
- Verankerung langfristiger Energie- und Klimaziele
- Identifizierung der effektivsten Projekte / Maßnahmen und deren Umsetzung
- Zertifizierung nach international anerkannten Standards. □

entwickler Oliver Partheymüller. Wie er ausführte, habe er die Fläche an einem Sonntagnachmittag beim Joggen entdeckt. Das Projekt sei in vielerlei Hinsicht außergewöhnlich - gerade auch, weil eine Bank als Anlagenbetreiber auftrete und die Bürgerschaft mit beteilige. „Sie sind die große Ausnahme - eine Vorzeigebank!“, meinte er in Richtung der beiden Vorstände. Auch der Marktgemeinde zollte er großen Respekt, sich für dieses in der Öffentlichkeit nicht konfliktfreie Vorhaben entschieden zu haben. „Küps hat vieles richtig gemacht“, würdigte er und verwies auf die komplett vor Ort verbleibende Wertschöpfung. Man freue sich sehr, diese auf den Weg weiterhin zu begleiten; werde doch IBC Solar die technische Betriebsführung der PV-Anlage für die kommenden 20 Jahre übernehmen.

Regionales Projekt mit Bürgerbeteiligung

Die Raiffeisenbank Küps-Mitwitz-Stockheim, in deren Auftrag das Unternehmen den Solarpark geplant hat, hatte den ortsansässigen Einwohnern eine Beteiligung in Form einer Solar-Anleihe angeboten. Von der überwältigenden Resonanz zeigten sich die beiden Vorstände der Raiffeisenbank überwältigt. Aufgrund der Niedrigzinsen habe man sich, so Hans Ulrich Fuchs, neue Geschäftsfelder überlegt und sich seit drei Jahren mit der Solarenergie beschäftigt. Wichtig sei der Bank dabei ein regionales Projekt mit Bürgerbeteiligung gewesen.

„Wir planten lediglich mit einer Investitionssumme von 20 Prozent als Bürgerbeteiligung“, erinnerte sich Fuchs. Da diese im Nu gezeichnet waren, habe man das Projekt bis 30. Juni laufen lassen - mit dem Ergebnis einer nunmehr 90-prozentigen Bürgerbeteiligung. Die Anleihe hat eine feste Laufzeit über zehn Jahre und bietet den Anlegern eine attraktive feste Rendite ohne finanzielles Risiko, da eine hundertprozentige Kapitalrückzahlung erfolgt. Die beiden Vorstände freuten sich sehr darüber, dass das nächste gemeinsame Projekt bereits in Planung ist. □

VKU-Stadtwerkekongress in Mainz:

Gestalter der Energiewende

Kurz vor der Bundestagswahl sendete der Verband Kommunaler Unternehmen VKU bei seinem diesjährigen Stadtwerkekongress in Mainz wichtige Botschaften an die nächste Bundesregierung und diskutierte Themen für die bundespolitische Agenda. Motto der Tagung: „Kommunale Teamplayer – Zusammenarbeit als Erfolgsfaktor“. Mit hochkarätigen Referenten wurde erörtert, wie vorteilhafte Kooperationen funktionieren, beispielsweise beim sicheren Datenaustausch oder effizienten Ausgleich von regionaler Energieerzeugung und -verbrauch.

Kommunale Unternehmen sichern deutschlandweit Arbeitsplätze für insgesamt 734.000 Menschen. Auf jeden Vollzeitbeschäftigten eines Mitgliedsunternehmens des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) entfallen nahezu zwei weitere Beschäftigte, wie aus einem jüngst veröffentlichten Positionspapier hervorgeht. Wie Michael Ebling, Präsident des VKU und Mainzer Oberbürgermeister hervorhob, sorgten kommunale Unternehmen für messbare wirtschaftliche Effekte. Neben vielen Arbeitsplätzen generiere die Kommunalwirtschaft ein Steueraufkommen in Höhe von 23,7 Milliarden Euro. Vom kommunalen Engagement profitierten auch in hohem Maße Handwerksbetriebe und Dienstleister vor Ort.

Als Teil der Bürgergesellschaft sind nach Eblings Worten kommunale Unternehmen „ein wichtiger Baustein unseres Gemeinwesens“. Sie ermöglichten Teilhabe, soziale Gerechtigkeit und förderten das demokratische Miteinander. Dies belohnten die Bürger mit hohen Vertrauenswerten. So hätten 78 Prozent bei einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes forsas großes oder sehr großes Vertrauen gegenüber kommunalen Unternehmen angegeben.

Verlässlicher Arbeitgeber

Mit ihrem Engagement beschränkten sich die kommunalen Unternehmen nicht nur auf die Ballungszentren. „Unsere Mitglieder sind ein verlässlicher und sicherer Arbeitgeber quer durch die ganze Republik: ob vom Deich bis zur Alm oder von der polnischen bis zur holländischen Grenze“, erläuterte Ebling. Nach einer Phase der Zurückhaltung steigen die Investitionen der Stadtwerke in den eigenen Kraftwerkspark wieder an. Das ergab die jährlich vom Verband kommunaler Unternehmen unter seinen Mitgliedern durchgeführte Erzeugungsumfrage.

2016 haben die Stadtwerke 6,33 Milliarden Euro in ihren Kraftwerkspark investiert, eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 30 Prozent. Das ist die höchste Investitionstätigkeit seit 2011 (8,6 Mrd. Euro). Wie VKU-Hauptgeschäftsführerin Katherina Reiche hierzu feststellte, „zeigen die Investitionen, dass sich der Trend zu Energiewendeanlagen bei den Stadtwerken verstetigt. Insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien sehen wir weiter eine deutliche Dynamik.“

Der Anteil der erneuerbaren Energien an der installierten Leistung der Stadtwerke konnte um fast 20 Prozent, von 15,5 Prozent im Jahr 2015 auf 17,5 Prozent im Jahr 2016, gesteigert werden. Dabei nahm die installierte Leistung im Vergleich zu 2015 um fast 800 Megawatt auf rund 5.000 Megawatt zu.

Der Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) am kommunalen Kraftwerkspark stieg ebenfalls an. 2016 lag er bei 41,1 Prozent (Vorjahr: 39,9 Prozent). Die Kapazität liegt knapp unter 12.000 Megawatt. Damit bleibt die Klimaschutztechnologie KWK der Schwerpunkt kommunaler Kraftwerke.

Reiche zufolge muss die näch-

ste Bundesregierung dafür sorgen, „dass wir verlässliche Rahmenbedingungen für die Energieerzeugung haben. Die Kraft-Wärme-Kopplung, die hoch effizient und nachhaltig Strom und Wärme erzeugt, muss weiter wirtschaftlich betrieben werden können.“

Im Bereich der erneuerbaren Energien würden verlässliche Ausschreibungsbedingungen benötigt, damit der Markt funktioniert. Die Belastungen zwischen den Sektoren Strom, Wärme und Verkehr müssten so verteilt werden, dass hier ein echter Wettbewerb stattfinden kann. Dann könnte auch Erdgas seine Potenziale für die Energiewende ausspielen.

Wichtiger Programmpunkt des VKU-Kongresses war auch dieses Jahr die Verleihung des Stadtwerke Award 2017. Als Sieger gingen die Stadtwerke Emden hervor, Platz 2 erreichten die Stadtwerke Crailsheim vor den Stadtwerken Schweinfurt. Deren Geschäftsführer Thomas Kästner nahm die Auszeichnung entgegen.

Laut Jury ist insbesondere im Hinblick auf die übergreifende Zusammenarbeit zwischen Stadt und Stadtwerken Schweinfurt das Engagement bei der Entwicklung der Konversionsfläche „Askren Manor“ preiswürdig. In dem Projekt würden Nachhaltigkeit, Wirtschaftlichkeit und Umsetzbarkeit vorbildlich vereint. „Der Gewinner des dritten Platzes zeigt, wie man die Herausforderungen bei der Entwicklung von Konversionsflächen meistert und schon heute Sektorkopplung erfolgreich umsetzt“, lobte Sven Becker, Sprecher der Geschäftsführung der Stadtwerke-Kooperation Trianel und Initiator des Stadtwerke Award, die Arbeit der Stadtwerke Schweinfurt.

In der Hafenstadt am Main entsteht auf der Konversionsfläche der früheren US-Militärbasis „Askren Manor“ eine neue Kleinstadt mit rund 650 Wohneinheiten. Hier geht es um mehr als die energetische Sanierung von alten Kasernengebäuden. Neben einer sozial und demografisch ausgewogenen Stadteilsanierung werden auf der Konversionsfläche eine moderne Glasfaserversorgung aufgebaut, intelligente Messsysteme implementiert sowie eine öffentliche und private Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge aufgebaut. Abgerundet wird das Konzept durch eine Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, WLAN-Hotspots sowie eine energieeffiziente Beleuchtung.

„In enger Kooperation mit der Stadt Schweinfurt entsteht in „Askren Manor“ ein demografisch und energetisch ausgeglichener Stadtteil. Die Auszeichnung ist dabei eine schöne Bestätigung, dass wir in Schweinfurt innovative Antworten auf die Herausforderungen der modernen Versorgungswirtschaft haben“, unterstrich Geschäftsführer Kästner.

Auch der Aufsichtsratsvorsitzende der Stadtwerke Schweinfurt, Oberbürgermeister Sebastian Remelé, zeigte sich voll des Lobes: „Unsere Stadtwerke haben gemeinsam mit den städtischen Vertretern in den vergangenen Monaten erstklassige Arbeit geleistet. Wir freuen uns, dass dieses Engagement deutschlandweit gewürdigt wird.“ **DK**

Solarpark Küps ging offiziell in Betrieb

Der 3,5-Megawatt-Solarpark in Küps wurde jüngst symbolisch eingeweiht. Die Anlage wurde im Rahmen eines bundesweiten Ausschreibungsverfahrens für Solarparks auf sogenannten „110-m-Randstreifen entlang von Schienenwegen“ errichtet.

Der Solarpark Küps liegt direkt an der Bahnstrecke Lichtenfels-Kronach und produziert jährlich etwa 3.605.000 Kilowattstunden Solarstrom, der für die Versorgung von über 900 regionalen Haushalten ausreicht. Baubeginn war Mitte April, der Anschluss an das öffentliche Stromnetz Anfang August. Bürger des Marktes Küps und der umliegenden Gemeinden haben sich über die örtliche Raiffeisenbank finanziell an diesem Solarpark an der Ortsverbindungsstraße von Küps nach Johannisthal beteiligt.

Idealer Standort

Dem Küpsener Bürgermeister Bernd Rebhan und dem stellvertretenden Landrat Bernd Steger oblag die ehrenvolle Aufgabe, das Band für die symbolische Einweihung zu durchschneiden. Zur Schere griffen auch die Hauptprotagonisten Hans Ulrich Fuchs und Andy Schindhelm von der Raiffeisenbank Küps-Mitwitz-Stockheim sowie Udo Möhrstedt und Oliver Partheymüller von der IBC Solar AG. Ein Lächeln auf die Lippen zauberte diesen die bisher erbrachte Leistung von bereits 540.000 Kilowattstunden Solarstrom. Der Strom wird regional verbraucht und sichert

dem Markt Küps sowie den benachbarten Orten eine grüne Energieversorgung für rund 900 Haushalte pro Jahr. Ausschlaggebend für den Erfolg des Gebots im Ausschreibungsverfahren der Bundesnetzagentur war die ideale Lage des rund sechs Hektar großen Standorts in der Nähe eines Netzverknüpfungspunktes. Dadurch kann der Solarstrom zu sehr günstigen Kosten erzeugt und direkt in das Versorgungsnetz des Bayernwerks eingespeist werden.

win-win-Situation

Rebhan zeigte sich sowohl der Raiffeisenbank als Auftraggeber als auch der Firma IBC Solar AG als Planer und Betreiber gegenüber sehr dankbar. Bei dem Park handle es sich um eine Bürger-Solaranlage, das diese von den Zinsen in Höhe von 2,017 % profitierten. In Küps werde die Energiewende in verschiedenen Projekten vorangetrieben. „Die Entwicklung ist spannend - und wir sind gerne ein Teil davon“, verdeutlichte der Rathauschef. Er dankte allen an der Maßnahme Beteiligten, die eine win-win-Situation für alle darstellte. Einerseits ermögliche sie eine umweltfreundliche Energieversorgung.

Andererseits lasse sie die Bürger von einer sichereren und nachhaltigen Anlagemöglichkeit profitieren - mit einer festen Rendite, weit über dem derzeitigen Zinssatz. „Der Landkreis Kronach begrüßt diese Initiative“, bekundete Landrat Steger. Das Projekt habe Vorbildcharakter für die Energiewende in Bürgerhand. Der Einsatz von Kapital der Bürger in erneuerbarer Energie sei letztendlich eine wertvolle Investition für alle.

Vorbildcharakter

Dem schloss sich Udo Möhrstedt, Gründer und Vorstandsvorsitzender von IBC Solar, an. Mit der nachhaltigen Investition in PV-Anlagen wie den Solarpark in Küps zeigten die Einwohner der Gemeinden bewusst Verantwortung und leisteten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und der dezentralen Energieerzeugung. Nach dem Spatenstich am 17. April konnte die Anlage bereits am 31. Juli ans Netz gehen. Im Gegensatz zur Windenergie könne man Solarenergie gut berechnen.

Ein großes Thema, mit dem sich sein Unternehmen seit sechs Jahren beschäftige, seien Batteriespeichersysteme. Dabei zeigte er sich sicher, dass insbesondere Lithium-Batterie-Systeme die Zukunft seien.

Die technischen Details der Anlage erläuterte der Projekt-



Von links: Die Raiba-Vorstände Andy Schindhelm und Hans Ulrich Fuchs, stellvertretender Landrat Bernd Steger, Bürgermeister Bernd Rebhan, Vorstandsvorsitzender Udo Möhrstedt und Projektentwickler Oliver Partheymüller bei der symbolischen Inbetriebnahme. □



erdgas schwaben versorgt mit seiner 100-prozentigen Netztochter schwaben netz in Zukunft die im Landkreis Unterallgäu liegende Gemeinde Stetten mit klimaschonendem Erdgas. Bürgermeister Richard Linzing (rechts) und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz (links), unterzeichneten offiziell den neuen Wegenutzungsvertrag. Damit ist der Energiedienstleister erdgas schwaben mit seiner Tochter schwaben netz in Zukunft für Planung, Bau und Betrieb des neuen Erdgas-Netzes in Stetten und dem Ortsteil Erisried verantwortlich. Bei der Vertragsunterzeichnung war Marko Melev dabei, Abteilungsleiter Energieberater schwaben netz.

Bild: erdgas schwaben



In Ehekirchen ist die klimaschonende Energieversorgung bis 2038 gesichert. Erster Bürgermeister Günter Gamisch (rechts) und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz (links) unterzeichneten den neuen Wegenutzungsvertrag offiziell im Rathaus der Gemeinde. Mit dabei: Andreas Wignanek, Energieberater schwaben netz.

Bild: erdgas schwaben



Auch in Zukunft ist der Energiedienstleister erdgas schwaben mit seiner 100-prozentigen Tochter schwaben netz für die Planung und den Bau des Erdgas-Netzes in Ungerhausen verantwortlich. Josef Fickler, Erster Bürgermeister in Ungerhausen (links), und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz, unterzeichneten den neuen Konzessionsvertrag offiziell im Rathaus der Gemeinde.

Bild: erdgas schwaben

Kaufbeuren voller Energie:

erdgas schwaben arena leuchtet

Die Kaufbeurer erdgas schwaben arena wird von weitem erkennbar sein. Meterhohe, beleuchtete Logos mit dem Stadionnamen an der Süd- und der Ostseite setzen optische Akzente und machen die erdgas schwaben arena zum sportlichen Mittelpunkt der Stadt. Der Namenszug – eine Spezialanfertigung – wurde jetzt mit einer Stahlkonstruktion so auf dem Dach der erdgas schwaben arena angebracht, dass er die Profilglas-Fassade nicht berührt.

Die beiden Namenszüge an der Süd- und Ostseite des Stadions sind Spezialanfertigungen der Firma Sauerheimer Lichtgestalt aus Nürnberg, ein Familienunternehmen, das auf Großlichtwerbung spezialisiert ist. Zwei neunteilige Stahlkonstruktionen auf dem Dach der Arena halten jeweils die dreidimensionalen Einzelbuchstaben, die mit hochmodernen und energiesparenden LEDs beleuchtet werden und die Profilglas-Fassade nicht berühren. Für Wartungsarbeiten an der Fassade können die Logos nach oben weggeklappt werden. Der Schriftzug erdgas schwaben arena ist mehr als 8,50 Meter breit und knapp 1,30 Meter hoch. Er besteht aus dreidimensionalen Einzelbuchstaben, die als Speziallösung ausgeführt wurden. Der Buchstabe „a“ aus dem Wort „arena“ zum Beispiel wiegt rund fünf Kilogramm. Jeder Namenszug wiegt allein etwa 73 kg, zusammen mit der Aufhängung aus Stahl und den unterlegten Betonplatten fast zwei Tonnen.

Herzenswunsch der Bürger

„Mit diesem wunderschönen Stadion erfüllt die Stadt Kaufbeuren ihren Bürgerinnen und Bürgern einen Herzenswunsch. Auch der ESVK wird in der profitauglichen Arena eine Heimat finden. Ob Breiten- oder Profisport, die neue erdgas schwaben arena wird eine Arena für alle sein“, so Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben. „erdgas schwaben als Gasversorger seit über 150 Jahren in Kaufbeuren unterstützt die Stadt sehr gerne bei diesem herausragenden Projekt.“

Bereits im November 2016 hatte erdgas schwaben das strukturierte Bieterverfahren der Stadt Kaufbeuren gewonnen und hat damit das Recht, den Stadionnamen für eine Vertragslaufzeit von zehn Jahren festzulegen.

Für die nachhaltige und klimaschonende Versorgung hat schwa-

ben netz, Netzbetreiber in Kaufbeuren, die 380 Meter lange Erdgasleitung im Bereich des Stadions neu gebaut und deren Kapazitäten gleich erhöht. erdgas schwaben investiert fast 60.000 Euro für den Neubau der Erdgasleitung.

ben netz, Netzbetreiber in Kaufbeuren, die 380 Meter lange Erdgasleitung im Bereich des Stadions neu gebaut und deren Kapazitäten gleich erhöht. erdgas schwaben investiert fast 60.000 Euro für den Neubau der Erdgasleitung.



Stefan Bosse, Oberbürgermeister in Kaufbeuren (links) und Dr. Christian Blümm, Marketingleiter erdgas schwaben.

Studie belegt:

Deutliche Kosteneinsparung durch Nutzung der Gasnetze

Die Nutzung der bestehenden Gasinfrastruktur in Deutschland in Kombination mit klimaneutral erzeugtem grünem Gas macht das Erreichen der Klimaziele der Bundesregierung für 2050 deutlich wahrscheinlicher. Und deutlich günstiger: Rund 12 Mrd. Euro können um 2050 jährlich eingespart werden. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie „Der Wert der Gasinfrastruktur für die Energiewende in Deutschland“, die von Wissenschaftlern und Experten mehrerer Consulting-Unternehmen unter Leitung der renommierten Wirtschaftsberatungsgesellschaft Frontier Economics erstellt wurde.

Grünes Gas ist insbesondere Gas, das in Power-to-Gas-Anlagen durch die Nutzung von Windstrom klimaneutral erzeugt wird. In Kombination mit der Gasinfrastruktur steht zum einen eine effiziente Speichermöglichkeit für klimaneutrale Energie zur Verfügung, zum anderen wird die Energiewende im Wärmesektor entscheidend vorangebracht. „Mit den Ergebnissen der Studie wollen wir Bundesregierung, Parlament und Ministerien belastbare Ergebnisse für die Gestaltung der zukünftigen Energiepolitik an die Hand geben. Die Studie belegt den Wert der vorhandenen Gasinfrastruktur für die Erreichung des von der Bundesregierung für 2050 festgelegten maximalen CO₂-Reduktionszieles von 95-Prozent“, sagt Inga Posch, Geschäftsführerin der Vereinigung der Fernleitungsnetzbetreiber, FNB Gas e.V., in deren Auftrag die Studie erstellt wurde.

Eine weitere bedeutende Auswirkung, wenn auf die bestehenden Gasnetze gesetzt wird: Der über den bisher ermittelten Stromnetzausbaubedarf für das Übertragungsnetz bis 2035 hinausgehende sowie der notwendige Ausbaubedarf für das Verteilnetz können signifikant reduziert werden. „Das reduziert nicht nur die Kosten der Energiewende, sondern erhöht zugleich die gesellschaftliche Akzeptanz“, betont Ralph Bahke, Vorsitzender der FNB Gas e.V.

Die Einbeziehung der Gasnetze in Kombination mit grünem Gas in die Energiewende ist zudem eine konsequente Fortführung der bereits begonnenen intelligenten Sektorkopplung. Die Sektorkopplung bezeichnet die Vernetzung aller Sektoren – Verkehr, Wärme, Strom und Industrie – über die Energieinfrastrukturen.

Elektromobilität:

München investiert weitere 30 Mio. Euro

Die Landeshauptstadt München wird von 2018 bis 2020 zusätzliche 30 Millionen Euro in die Elektromobilität investieren. Bereits mit Beschluss aus dem Jahr 2015 werden 30 Millionen Euro für den Ausbau dieser Zukunftstechnologie verwendet.

„Wir sind von der Elektromobilität überzeugt und nehmen als Stadt München erneut rund 30 Millionen Euro in die Hand, um mit dann insgesamt 60 Millionen Euro für 2015 bis 2020 die notwendige Verkehrswende zu befördern. Wir wollen weg von emissionsstarken Fahrzeugen und hin zu sauberer und leiser Elektromobilität. Wir setzen ein deutliches Zeichen für moderne urbane Mobilität. Jeder Cent für die Elektromobilität ist gut investiertes Geld für die Luftreinhaltung und die Gesundheit der Münchnerinnen und Münchner“, so Münchens Referentin für Gesundheit und Umwelt Stephanie Jacobs.

Schwerpunkt des neuen integrierten Handlungsprogramms zur Förderung der Elektromobilität in München (IHFEM 2018) ist zum einen der weitere verstärkte Aus-

bau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur mit dem Ziel, bis zum Jahr 2020 500 Ladesäulen mit insgesamt 1.000 einzelnen Ladepunkten zu errichten. Weiterhin soll die Umrüstung der Busflotte der MVG sowie des Fuhrparks der Landeshauptstadt München auf E-Fahrzeuge beschleunigt werden. Das bestehende Förderprogramm „München emobil“ wird selbstverständlich fortgeführt. Gefördert werden zum Beispiel Fahrzeuge wie Lastenpedelecs und E-Roller sowie Ladeinfrastruktur und Beratungsleistungen für Münchner Unternehmen, Gewerbetreibende und gemeinnützige Organisationen.

Neu ist ein Förderprogramm für E-Taxis. Dafür stehen nun zwei Millionen Euro zur Verfügung. Jeder gefahrene Fahrgast-Kilometer mit einem E-Taxi wird mit bis zu

Der stärkste Energiemix



Erdgas // Bio-Erdgas
Strom // Bio-Strom

Geld sparen, Klima schonen –
unser Mix macht's möglich

erdgas schwaben

Wir sind da, wo unsere Kunden sind



www.erdgas-schwaben.de

Thüga-Pressekonferenz 2017:

Stadtwerke müssen Zukunft proaktiv gestalten

Zusammenarbeit im Verbund der Thüga schafft Mehrwert für die Partner

Im Jahr ihres 150-jährigen Jubiläums hat die Thüga Aktiengesellschaft mit ihrem Beteiligungsergebnis entscheidend zum stabilen Jahresergebnis ihrer Muttergesellschaft Thüga Holding GmbH & Co. KGaA beigetragen. „Der Bilanzgewinn der Thüga Holding in Höhe von 292,9 Millionen Euro ermöglicht neben einer Rücklagendotierung die Ausschüttung einer Bardividende in Höhe von 27,36 Euro (2015: 26,05 Euro) je Stückaktie“, umreißt Dr. Christof Schulte, Mitglied des Vorstandes der Thüga Aktiengesellschaft, die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft.

„Dieses Jahresergebnis ist Ausdruck der nachhaltigen Leistungsstärke der Unternehmen der Thüga-Gruppe“, zeigt sich Michael Riechel, Vorsitzender des Vorstandes der Thüga Aktiengesellschaft, erfreut. „Die fortlaufenden Anstrengungen der Unternehmen der Thüga-Gruppe zur Verbesserung ihrer Kosten- und Prozesseffizienz – auch durch die intensive Zusammenarbeit in der Thüga-Gruppe – haben wesentlich zu diesem Ergebnis beigetragen“, so Riechel, der ergänzend auf die langfristig ausgerichtete umsichtige Investitionspolitik der zurückliegenden Jahre verweist. „Alle 17.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unternehmen der Thüga-Gruppe haben mit großem Engagement und Verantwortung dazu beigetragen“, drückt Riechel gegenüber den Beteiligten den Respekt und Dank der Thüga aus.

Langfristige Transformationsprozesse verändern die Branche

Gleichwohl sind Stadtwerke

nach Ansicht der Thüga großen Herausforderungen ausgesetzt. „Dekarbonisierung, Dezentralisierung, Digitalisierung und Liberalisierung ändern die Energiebranche tiefgreifend“, beschreibt Riechel aus Sicht der Thüga die Transformation. „Wir bauen unsere Unterstützungsleistungen weiter aus, um auf die dynamischen Entwicklungen des Energiemarktes zu reagieren“, skizziert Riechel die Aufgabe der Thüga. Schließlich sei Anspruch und Selbstverständnis der Thüga, gemeinsam mit den Partnern die Zukunft der kommunalen Energie- und Wasserversorgung zu gestalten.

Dekarbonisierung als Teil der strategischen Ausrichtung

„Klimaschutz proaktiv gestalten“, beschreibt Dr. Gerhard Holtmeier, Mitglied des Vorstandes, die grundlegende Ausrichtung der Gruppe. Wichtig sei, die langfristige unternehmerische Ausrichtung im Abgleich mit den energiepolitischen Leitplanken zu bestimmen. Im Rahmen des aktu-

ellen Projektes „Let's go green“ werden dazu alle in der Gruppe gemachten Studien- und Projektergebnisse im Kontext der Energiewende zusammengetragen und verdichtet. Projektziel ist es, tragfähige Szenarien einer Marktentwicklung bis 2030 zu beschreiben, um nachhaltige Investitionsentscheidungen treffen zu können.

Kosteneffizienz

„Nationale und internationale CO2-Ziele werden erhebliche Auswirkungen auf unsere Geschäftstätigkeit haben“, beschreibt Holtmeier den Rahmen. Nach Ansicht der Thüga steht jetzt aber schon fest, dass die energiepolitische Ausrichtung stärker die Kosteneffizienz als zentrales Element der Energiewende und langfristig erfolgreichen Klimaschutz verankern sollte. Dazu gehören auch, CO2-arme und erneuerbare Energien sowie die bestehenden Infrastrukturen des Strom- und Gasbereiches sinnvoll zu nutzen.

„Wir brauchen langfristige und intelligente Entwicklungspfade, besonders was die Wärmeversorgung betrifft. Ideologische Vorfestlegungen helfen uns nicht. Gleichzeitig müssen wir deutlich machen, welchen Wertbeitrag die Unternehmen der Gruppe im Strom-, Wärme- und Mobilitätsmarkt leisten und welche Rahmenbedingungen dafür notwen-

dig sind“, unterstreicht Holtmeier.

„Allein mit Ladesäulen gewinnt man nachhaltig keine Kunden“, fasst Dr. Matthias Cord, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Thüga, die Einschätzung der Thüga zur Elektromobilität zusammen. Thüga ist davon überzeugt, dass Stadtwerke sich als führende Lösungsanbieter für Elektromobilität positionieren sollten. Dazu sei ein sofortiger Einstieg beziehungsweise Ausbau der Geschäftstätigkeiten erforderlich, da das Marktumfeld noch nicht ausdifferenziert sei. Dies unterstützt Thüga durch ein breites Beratungs- und Unterstützungsangebot entlang des gesamten Kundenprozesses.

„Wichtig ist, dass Elektromobilitätslösungen nicht nur als kundenspezifische, sondern insbesondere auch als kommunale Mobilitätskonzepte verstanden werden“, so Cord. Dazu führt Thüga derzeit mit einem Partner aus der Gruppe ein entsprechendes Mobilitätskonzept durch, um dabei Erfahrungen für einen wichtigen Baustein von Smart Cities zu generieren.

Smart City als Entwicklungschance für Stadtwerke

„Für die Unternehmen der Thüga-Gruppe sehen wir die Chance, sich als Treiber und Mitgestalter von Smart Cities zu positionieren und entsprechende Geschäftsfelder zu entwickeln“, so Cord. „Wichtig ist, die bestehenden Ansätze und Visionen aus den sogenannten Megacities auf die konkreten kommunalen Besonderheiten unserer Partner zu übertragen.“ Dieses will Thüga mit dem Projekt „Smart City“ erreichen. Hier werden die Ideen und Erfahrungen aus der Gruppe gesammelt, weiterentwickelt und standardisiert. Ziel ist es, gemeinsam mit den Partnerunternehmen einen Baukasten zu entwickeln. Derzeit stehen Anwendungen wie Umwelt- und Verkehrsmonitoring-Systeme sowie intelligente Parkraumbewirtschaftungs- und Straßenbeleuchtungslösungen im Mittelpunkt der Aktivitäten.

Digitalisierung bietet Chance, Dezentralität und Skaleneffekte zu vereinen

Smart Cities sind nach Auffassung der Thüga ohne digitale Lösungen nicht realisierbar. Das ist auch ein Grund, warum Thüga der Digitalisierung große Aufmerksamkeit widmet. „Die Digitalisierung der Energiebranche nimmt deutlich an Fahrt auf“, analysiert Cord. Entlang der gesamten Wertschöpfungskette der Branche ändere sich das Marktumfeld. Besonders an der Schnittstelle zum Kunden würden derzeit viele neue Wettbewerber ansetzen. „Wir unterstützen die Unternehmen der Gruppe bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer Digitalisierungsstrategien“, beschreibt Cord die Aktivitäten der Thüga hierzu.

Im Rahmen des Projektes werden die einzelnen Entwicklungsbedarfe der Unternehmen untereinander abgeglichen und dort, wo Überschneidungen bestehen, gemeinsame Lösungen entwickelt. Grundsätzlich sieht Thüga die Digitalisierung als Chance für Stadtwerke, die Kundenbindung zu erhöhen, neue Geschäftsmodelle und Produkte zu entwickeln, aber auch die Kostenseite zu optimieren. Dazu gehören auch, die eingeschränkten Skalierungsoptionen je Stadtwerk durch Plattformen zu überwinden.

Plattformstrategie als Chance

Steigende Komplexität und Margendruck führen nach Ansicht der Thüga dazu, dass in Zukunft nicht alle Funktionen und Prozesse von jedem einzelnen Unternehmen aufgebaut beziehungsweise vorgehalten werden können. Zudem biete die Plattformstrategie die Chance, dass die Partner sich auf ihre operativen Aufgaben konzentrieren können.



ENplus sichert die Qualität moderner Holzbrennstoffe.

Bild: Deutsches Pelletinstitut GmbH

Kommunale Wärmewende mit moderner Holzenergie

Deutsches Pelletinstitut informiert auf Kommunale über Brennstoffqualität

Als nahezu CO2-neutraler Energieträger ist heimisches Holz heute schon ein Pfeiler der Energiewende. Moderne Holzbrennstoffe wie Holzpellets und Hackschnitzel sind für den Einsatz in kommunal und gewerblich geführten Anlagen bestens geeignet. Über das Heizen mit modernen Holzbrennstoffen informiert das Deutsche Pelletinstitut (DEPI) am 18. und 19. Oktober in Nürnberg auf der Kommunale (Halle 9, Stand 9 – 623). Dort werden die Zertifizierungsprogramme ENplus für Holzpellets und Hackschnitzel vorgestellt.

Durch deren Qualitätssicherungsmaßnahmen werden hochwertige Holzbrennstoffe bereitgestellt, die für einen optimalen Heizbetrieb sorgen. Darüber hinaus geben Experten des DEPI Informationen zur Anlagenplanung, zum Lagerbau und zur Lagersicherheit sowie zu Ausschreibungsvorlagen von Holzbrennstoffen.

Kommunen sind Vorreiter in der Wärmewende

In der Energiewende im Wärmesektor nehmen Städte, Gemeinde und Landkreise eine Vorreiterrolle ein. Eine klimafreundliche Wärmeversorgung von öffentlichen Gebäuden lässt sich mit modernen Holzfeuerungen einfach umsetzen. Bei der Verbrennung von Holz wird nur so viel CO2 freigesetzt, wie der Baum im Laufe seines Wachstums aufgenommen hat. Pellets und Hackschnitzel verbrennen daher nahezu CO2-neutral. Ihr hohes Klimaschutzpotenzial ermöglicht eine kostengünstige Reduzierung von CO2-Emissionen, die in diesem Maße mit keiner anderen energetischen Maßnahme erzielbar ist. Der vollautomatische Betrieb der Heizanlagen sichert zudem einen komfortablen und effizienten Heizbetrieb, der fossilen Heizsystemen in nichts nachsteht.

Stabile Preise

Daneben ist die Wirtschaftlichkeit von modernen Holzheizanlagen ein großer Vorteil. Die Preise für Pellets und Hackschnitzel sind dauerhaft auf niedrigem Niveau und stabil. In den letzten zehn Jahren waren Pellets im Schnitt rund 30 Pro-

zent günstiger als Heizöl und Erdgas. Die Investition in eine Pellet- oder Hackschnitzelanlage amortisiert sich daher bei hohem Wärmebedarf besonders schnell. Zusätzlich werden moderne Holzfeuerungen staatlich bezuschusst.

Bayern führend bei Produktion von Pellets und Hackschnitzeln

Mit modernen Holzbrennstoffen wird außerdem die regionale Wirtschaft unterstützt. So sind die Energieträger Pellets und Hackschnitzel vor allem in Bayern breit verfügbar. Im Freistaat werden mit ca. 30 Prozent die meisten Pellets in Deutschland produziert. Eine große Auswahl zertifizierter Händler liefert sie per Tankwagen direkt zum Verbraucher. Dort werden sie mit Druckluft in das Lager eingeblasen oder bei größeren Mengen abgeschüttelt.

ENplus für optimalen Heizbetrieb

Für einen störungsfreien, emissionsarmen und effizienten Heizbetrieb sind neben hochwertiger Anlagentechnik vor allem qualitätsgesicherte Brennstoffe notwendig. Die ENplus-Zertifizierung für Pellets, Hackschnitzel und Holzbricks sichert die Qualität von der Produktion bis zur Anlieferung. Um sicherzustellen, dass es sich auch bei Ausschreibungen um ENplus-zertifizierte Brennstoffe handelt, stellt das DEPI unter www.depi.de eine Ausschreibungsvorlage zur Verfügung.

Martin Bentele, Geschäftsführer Deutsches Pelletinstitut GmbH □

„Die bestehenden Plattformen wie Conergos, E-MAKS und e.dat haben sich im vergangenen Jahr gut behauptet. Durch die innovativen Beteiligungen am dritten High-Tech Gründerfonds, an der smartlab Innovationsgesellschaft mbH sowie der homeandsmart GmbH wurde der Plattformansatz weiter vorange-

Gestärkte Kompetenz

trieben“, unterlegt Dr. Holtmeier die Plattformstrategie der Thüga. Durch die Zusammenführung der Plattformen MeteringService und Energieeffizienz zur Thüga SmartService GmbH wurde nach Aussage der Thüga die Digitalisierungskompetenz verstärkt. SmartService ist heute einer der Marktführer im Bereich der Gateway-Administration und bietet ein Lösungsportfolio von der Bewirtschaftung von Messdaten bis hin zum Breitbandausbau für Stadtwerke. Weitere Plattformansätze werden zur Zeit für die Thüga-Gruppe entwickelt. □

Heizen mit modernen Holzbrennstoffen im kommunalen Bereich:

- störungsfrei + komfortabel
- effizient + emissionsarm
- klimafreundlich + wirtschaftlich

Nur mit ENplus-Zertifikat:



www.ENplus-Pellets.de



www.ENplus-Hackschnitzel.de

Besuchen Sie das Deutsche Pelletinstitut auf der Kommunale in Halle 9, Stand 9 – 623.

DEPI DEUTSCHES PELLETINSTITUT



„Eine echte Investition in den Klimaschutz“: Mönchbergs Bürgermeister Thomas Zöller (l.) und Bayernwerk-Kommunalbetreuer Frank Schneider freuen sich über die erfolgreiche LED-Umrüstung der Straßenbeleuchtung. Etwa 72.500 Kilowattstunden werden pro Jahr eingespart. Insgesamt 248 Straßenleuchten strahlen jetzt in neuem, energiesparendem LED-Licht. Rund 120.000 Euro hat der Markt in die umweltfreundliche Technologie investiert. □

Regionaler Netzausbauplan

Bayernwerk veröffentlicht Übersicht zu Projekten und Planungen im Hochspannungsnetz

Regensburg. Energienetze sind die Lebensader der Energieversorgung. Sie müssen Strom sicher transportieren und die nötigen Kapazitäten für den Energiebedarf wie für die weiter wachsende dezentrale Einspeisung bereitstellen. Wie das Straßennetz, muss auch das Energienetz ständig erneuert und entwickelt werden. Ein transparentes Bild über den Baubedarf im Hochspannungsnetz bietet das Bayernwerk mit einem Netzausbauplan, der Projekte und Planungen für die nächsten zehn Jahre beinhaltet. Den Netzausbauplan hat das Unternehmen im Internet veröffentlicht.

Einen perspektivischen Blick auf Erweiterungs- und Ausbaumaßnahmen der nächsten zehn Jahre liefert die Bayernwerk Netz GmbH mit einem Netzausbauplan für das 110 kV-Hochspannungsnetz. Das deutsche Stromnetz gliedert sich in vier Netzebenen. Dazu zählt die Höchstspannung (380 kV), die in Bayern überwiegend durch den Übertragungsnetzbetreiber Tennet betrieben wird.

Dieser unterlagert sind die sogenannten Verteilnetzebenen Hoch-, Mittel- und Niederspannung. Auf diesen Ebenen betreibt das Bayernwerk sein Energienetz zur regionalen Verteilung und Aufnahme von Strom.

Verglichen mit einem Bild aus dem Straßenverkehr gleichen das Höchstspannungsnetz der Autobahn, die Hochspannung der Bundesstraße, die Mittelspannung der Landstraße und die Niederspannung der Gemeindestraße.

Hoher Ausbaubedarf

Seit vielen Jahren treibt das Bayernwerk die Erneuerung und den Ausbau des Stromnetzes auf allen drei Ebenen des Verteilnetzes massiv voran. Rund eine halbe Milliarde Euro steckt das Bayernwerk jährlich in seine Netzinfrastruktur. Der Ausbaubedarf ist insbesondere auf die hohe Einspeisung aus regenerativer Erzeu-



Helle Freude auch beim Ortstermin in Rösau: Schon in sechseinhalb Jahren soll sich die LED-Umrüstung der Straßenbeleuchtung für die Gemeinde dank der Energieeinsparung gerechnet haben. Rund 154.000 Euro hat die Gemeinde in die umweltfreundliche Technologie investiert; „verbraucht aber 70 Prozent weniger Energie“, erklärt Bayernwerk-Kommunalbetreuer Burkhard Butz. □

gung zurückzuführen. Mit einer Leistung von bis zu zehn Großkraftwerken speisen 270.000 Anlagen – Photovoltaik, Wasser, Wind oder Bioenergie – in das Bayernwerk-Netz ein. Der größte Anteil beruht auf Photovoltaik. Die stark schwankende PV-Erzeugung stellt besondere Anforderungen an die Netzkapazitäten.

Netzlücken schließen

Der Schwerpunkt der Bayernwerk-Maßnahmen im Hochspannungsbereich liegt auf der Ertüchtigung, Modernisierung und Netzverstärkung auf bestehenden Hochspannungsstraßen. Dabei geht es in der Regel um den Austausch von Masten, Masthöhen oder einen Seiltausch. Neue kurze Leitungen sind in der Regel dort erforderlich, wo neue Umspannwerke als Bindeglied zwischen den Netzebenen mit dem bestehenden Hochspannungsnetz verbunden und Netzlücken geschlossen werden müssen. Diese werden in der Regel verkabelt. Im Internet unter www.bayernwerk-netz.de/netzausbauplan listet das Bayernwerk anstehende und geplante Projekte der nächsten zehn Jahre auf. Aufgrund dieser Zeitachse beruhen die vorgesehenen Projekte teilweise auf Prognosen für die Last- und Einspeiseentwicklung. □

nen eigene Einsparmöglichkeiten erkennen und Verbesserungen mit fachlicher Unterstützung umsetzen. „Im Netzwerk findet ein ehrlicher Dialog statt und durch den Erfahrungsaustausch können alle Teilnehmer auch von den Ideen und Maßnahmen anderer Kommunen profitieren“, sagte Ursula Jekelius. Ein zusätzlicher Vorteil für die Netzwerk-Teilnehmer ist es, hinsichtlich aller Fördermöglichkeiten und Gesetzesänderungen immer aktuell informiert zu sein.

Begleitung durch Experten

Als unabhängige energietechnische Berater begleiten Experten des Instituts für Energietechnik IfE GmbH an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden die Arbeit im Energieeffizienznetzwerk. „Die Arbeitsschwerpunkte des IfE mit seinen 30 Mitarbeitern liegen bei der Beratung von Politik, Kommunen, Energieversorgungs- und Industrieunternehmen in den Bereichen Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung“, erklärte Professor Markus Brautsch.

Im Fokus stehe die Analyse von Energieverbrauchsstrukturen, die Herausarbeitung von Potentialen zur Effizienzsteigerung und dezentralen Energieerzeugung und die Entwicklung effizienter Energieversorgungslösungen sowie deren technische, ökonomische und ökologische Bewertung. □



Surfen unter der Laterne: (v. l.) Rudolf Wittmann und Daniel Pangerl von der Bayernwerk Netz GmbH zusammen mit dem IT-Beauftragten der Stadt Maxhütte-Haidhof, Christoph Stangl und Bürgermeisterin Dr. Susanne Plank. □

Innovatives Multitalent für Maxhütte-Haidhof

Straßenleuchte mit WLAN-Hot Spot

Der Platz ist bestens gewählt: Vor dem Rathaus in Maxhütte-Haidhof steht das neue Multitalent des Bayernwerks. Normalerweise für eine effiziente und hochmoderne Beleuchtung des Rathausplatzes zuständig, bietet die Straßenleuchte ab sofort im Umkreis von rund 60 Metern einen freien WLAN-Zugang.

Die Straßenleuchte ist ein weiteres Beispiel, wie digitale Energiekomponenten mehr Service und Komfort bieten. Gemeinsam mit Bürgermeisterin Dr. Susanne Plank nahm das Bayernwerk den neuen WLAN-Hotspot der Stadt nun offiziell in Betrieb.

Rund 630.000 Straßenleuchten betreibt das Bayernwerk. Das Regensburger Energieunternehmen

zählt damit bundesweit zu den größten Betreibern von Straßenbeleuchtungssystemen. Rund 1.200 bayerische Kommunen vertrauen dem Bayernwerk die Beleuchtung ihrer örtlichen Verkehrswege und öffentlicher Räume an. Beim Betrieb der Straßenbeleuchtungssysteme setzt das Bayernwerk auf nachhaltige LED-Systeme. Allerdings sieht das Un-

ternehmen viele weitere Nutzungsmöglichkeiten der umfangreichen Leuchten-Infrastruktur. „Auf der Suche nach zweckmäßigen Kundenlösungen haben wir unsere Straßenleuchten als potentielles Multitalent erkannt. Wir testen die Kombination von Straßenleuchten mit Lademöglichkeiten für E-Fahrzeuge ebenso wie die Ausstattung mit WLAN-Hotspots“, erläutert Daniel Pangerl, Kommunalbetreuer des Bayernwerks. Der Einsatz von WLAN-Hotspots bietet sich insbesondere an, wenn die Leuchten in der Nähe öffentlicher Plätze stehen. Ein Piloteinsatz steht nun in Maxhütte-Haidhof an.

„Die notwendige WLAN-Technik wurde im Inneren des Laternenmastes verbaut“, erläuterte Rudolf Wittmann von der Bayernwerk Netz GmbH. □



Impuls für Südbayern

Acht Städte und Gemeinden gründen neues kommunales Energieeffizienznetzwerk

München. Auf Initiative der Bayernwerk AG haben sich in München acht südbayerische Kommunen in einem Energieeffizienznetzwerk zusammengeschlossen. Die Ziele der überregionalen Kooperation sind, über einen Zeitraum von drei Jahren verschiedene Energieeffizienzprojekte zu prüfen und umzusetzen und gegenseitig von den Erfahrungen zu profitieren. Die Netzwerkteilnehmer kommen aus den Landkreisen Aichach-Friedberg, München, Dachau und Neuburg-Schrobenhausen.

„Das Netzwerk bietet den teilnehmenden Kommunen die Chance, individuelle Optimierungen zu identifizieren und die eigene Energieeffizienz zu steigern. So gewinnen die Städte und Kommunen nachhaltig mehr Unabhängigkeit vom Energiemarkt, was einen Beitrag zum Umweltschutz leistet und ihnen langfristig auch finanzielle Vorteile bringt“, betonte Peter Basche, Leiter Energiedienstleistungen Bayernwerk Natur, zum Auftakt die Stärken des Energieeffizienznetzwerks. Das auf Initiative vom Bayernwerk gegründete Netzwerk bringt südbayerische Städte und Gemeinden aus verschiedenen Regionen zusammen. Die Treffen und die Beratungsleistungen werden vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) finanziell gefördert.

Diese neun Städte und Gemeinden bilden das kommunale Energieeffizienznetzwerk Südbayern:

- Aichach, Landkreis Aichach-Friedberg
- Brunnthal, Landkreis München

- Markt Indersdorf, Landkreis Dachau
- Neubiberg, Landkreis München
- Petershausen, Landkreis Dachau
- Schrobenhausen, Landkreis Neuburg-Schrobenhausen
- Straßlach-Dingharting, Landkreis München
- Unterhaching, Landkreis München

Wissenstransfer im Dialog

„Das Netzwerk soll in den kommenden drei Jahren dazu dienen, konkrete Einsparpotenziale in den teilnehmenden Kommunen zu erkennen, diese schneller realisieren zu können sowie den Wissenstransfer im Dialog voranzubringen“, erklärte Ursula Jekelius, Leiterin Kommunalmanagement Oberbayern Bayernwerk Netz.

Durch die regelmäßigen Treffen im Netzwerk und die kontinuierliche Betreuung in allen energietechnischen Fragestellungen können die Städte und Kommu-

Wir machen Bayern ...

e-mobil

Damit auch Bayerns Regionen Fahrt aufnehmen können, braucht es eine flächendeckende Ladeinfrastruktur. Für Kommunen sind wir der fachkundige Partner: von der Ladesäule über die Wartung bis zur Abrechnung. Sprechen Sie uns bitte an.

www.bayernwerk.de/elektromobilitaet

bayernwerk

Hohe Wertschätzung für die Wasserkraft

Jahrestagung und Mitgliederversammlung der
Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern

Auf die enorme Leistungsfähigkeit der kleinen Wasserkraft hat der 1. Vorsitzende der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V. (VWB), Fritz Schweiger, anlässlich der Jahrestagung der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V. (VWB) in München hingewiesen: „Wenn es insbesondere darum geht, bestmögliche Lösungen zur Umweltverträglichkeit bei der Wasserkraftnutzung zu finden, so leisten die Betreiber der kleinen Wasserkraftanlagen ihren Beitrag, um die Wasserkraft im Einklang mit gewässerökologischen und naturschutzfachlichen Anforderungen zu bringen“, stellte Schweiger fest.

Aus seiner Sicht trägt auch die Weiterentwicklung der Technik maßgeblich zu ökologischen Verbesserungsmaßnahmen an Wasserkraftanlagen bei. Viele Mitglieder der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V. hätten bereits einen Fischpass und zeigten sich für notwendige ökologische Verbesserungen sowie die Leistung ihres Beitrages zur Ökologie aufgeschlossen.

Auch die Bayerische Staatsregierung stehe zur Wasserkraft und deren bestmöglicher Umweltverträglichkeit. Hierzu habe die Staatsregierung bereits 2012 einen 10-Punkte-Fahrplan beschlossen, der Schritte aufzeigt, wie die Wasserkraftnutzung in Einklang mit gewässerökologischen und naturschutzfachlichen Anforderungen gebracht werden kann.

Schweiger zufolge verfügen

Wasserkraftanlagen über einen hohen sozio-ökonomischen Zusatznutzen mit folgenden Kriterien: heimische Energienutzung, lokale Wertschöpfung im eigenen Land (z.B. Mühlen, Sägewerke), lokaler Hochwasserschutz, Sohl-, Ufer- und Wehrstabilisierung sowie Reinigung der Gewässer von Wohlstandsmüll. „Gerade bei der Neuregelung des Restwasserleitfadens kommt es im Ansatz vor allem auf das richtige Augenmaß an, damit die Struktur der kleinen und mittleren Betriebe, kurze Wege, kooperative Zusammenarbeit sowie das Energiemixangebot insgesamt zu einer erfolgreichen Energiewende beitragen können“, erläuterte der VWB-Vorsitzende.

Nach seinen Ausführungen ist Bayern mit 144.000 Hektar Wasserfläche das wasserreichste Bundesland. 73 Prozent aller deut-

schen Teichbetriebe befinden sich hier, viele Teiche sind über 500 Jahre alt und trieben einst Lohmühlen, Pulvermühlen oder Hammerwerke an.

Nutzungskonflikt

Heutzutage gebe es vor allem bei Fließgewässern eine Konkurrenzsituation mit äußerst komplexem Nutzungskonflikt. Während Naturschutz und Fischerei möglichst viel Restwasser forderten, verhält es sich in der Teichwirtschaft und der Wasserkraft eher umgekehrt. Eine weitere Herausforderung ergibt sich laut Schweiger aus der geforderten Durchgängigkeit der Fließgewässer. Hier habe die EU anhand der Wasserrahmen-Richtlinie klare Vorgaben gegeben. Allerdings könnten die notwendigen Maßnahmen von den betroffenen Akteuren zum Gelingen des Gesamtkonzepts der Energiewende am besten nur gemeinschaftlich erarbeitet werden.

In Bayern tragen aktuell 4.200 Wasserkraftwerke zu etwa einem Drittel zur bayerischen Stromversorgung mit Erneuerbaren Energien bei. Nach den Worten von

Landwirtschaftsminister Helmut Brunner leisteten insbesondere auch kleine Wasserkraftanlagen, die unter anderem Sägewerke und Getreidemühlen antreiben, einen wichtigen Beitrag zur regenerativen Stromerzeugung und zu regionalen Wertschöpfungskreisläufen.

Aber auch bei der Getreideverarbeitung bestehe ein direkter Zusammenhang zur Wasserkraft. Zum Beispiel wird knapp ein Fünftel des deutschen Getreides, d.h. rund 9 Mio. Tonnen jährlich, von 150 bayerischen bzw. 500 deutschen Mühlen vermahlen, betonte Brunner und brachte damit seine große Wertschätzung für die Wasserkraft zum Ausdruck.

Kräfte bündeln

Mit Blick auf die vielschichtigen Konflikte zwischen Wasserkraft und Fischerei – z. B. in der Frage des Restwassers oder der Durchgängigkeit der Fließgewässer – meinte Brunner: „Mit Wegschauen oder gar ideologischen Grabenkämpfen werden wir die vielschichtigen Konflikte nicht lösen. Fakt ist: Die Bayerische Staatsregierung steht auch in Zukunft zur Wasserkraft und will diese so umweltverträglich wie möglich gestalten.“ Letztlich gehe es darum, miteinander zu reden, gemeinsam nach Lösungen zu suchen und Kräfte zu bündeln, erklärte der Minister. Diesen Grundsatz verfolgte er auch beim landwirtschaftlichen Gewässerschutz.

Neben 2. VWB-Vorsitzendem Dipl.-Ing. Michael Müller, der die Auswirkungen eines neuen geplanten Mindestwasserleitfadens auf die Wasserkraft darlegte und über den Stand der derzeitigen Diskussion informierte, stellte Rechtsanwalt Leopold Thum, Beirat der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern, die Neuerungen des EEG 2017 in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Otto Mitterfelner (SRW Mitterfelner, Forstinning) wiederum berichtete anschaulich über seine praktischen Erfahrungen zur Sicherheit und Wirtschaftlichkeit von Wartungsmaßnahmen an Wasserkraftwerken.

Energiedreieck

„Ziele benötigen Hierarchien“, machte Traunsteins Altlandrat und MdL a.D., Dipl.-Ing. Hermann Steinmaß deutlich. Beim Aufeinanderfinden von Zielen sei abzuwägen, welchen man den Vorzug gibt. Politik müsse hier Entscheidungen treffen, sonst berufe sich jeder auf ein ihm genehmes Ziel als das wichtigste. Im vielzitierten Energiedreieck gilt aus seiner Sicht folgende Reihenfolge: Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit.

Tatsache sei, dass durch den volatilen Strom aus Wind und Sonne die Versorgungssicherheit schlechter geworden ist, bemerkte Steinmaß. Zudem seien durch den hohen Anteil von EEG und

EEG-Umlage, die mit 6,88 Cent/kWh einen Rekordwert erreicht hat, muss nach Escheus Ansicht vermieden werden. Die Belastbarkeit von Unternehmen und Haushalten durch die Energiepreise sei an ihre Grenzen gekommen. Die Umstellung auf Ausschreibungen für Windenergie und Photovoltaik (und zum 1. September 2017 erstmals Biomasse) sei ein Schritt in die richtige Richtung und trage erfolgreich zur Kostendämpfung bei.

Notwendig ist laut Escheu allerdings „ein Gesamtkonzept, das den Stromkostenanstieg bremst und gleichzeitig zu einer besseren Markt- und Systemintegration insbesondere von volatilen Wind- und PV-Strom führt“. Hierzu habe das bayerische Wirtschafts- und Energieministerium ein Gesamtkonzept für eine Strompreissbremse entwickelt, das sich aus den Komponenten Senkung der Stromsteuer, Streckungsfonds und Systemwechsel bei der Förderung erneuerbarer Energien hin zu mehr marktorientiertem Verhalten zusammensetze.

Systemwechsel

Ein solcher Systemwechsel würde aus Sicht des Ministerialdirigenten auch dazu beitragen, den Börsenstrompreis zu stabilisieren und damit der nicht EEG-geförderten Stromerzeugung indirekt nutzen. Diese drei Stufen könnten aufeinander aufbauen, aber auch jede Stufe unabhängig von der Realisierung der Vorstufe umgesetzt werden.

Um aus der Stromwende auch in den Sektoren Wärme und Mobilität eine Energiewende zu machen, müsse mittel- und langfristig auch die unterschiedliche Beheizung der verschiedenen Energieträger auf die Tagesordnung gesetzt werden. Sektorkopplung könne nicht funktionieren, solange Strom durch die hohe EEG-Umlage einen eklatanten Wettbewerbsnachteil hat.

Wie Escheu hervorhob, „ist die Wasserkraft die wichtigste Säule der erneuerbaren Stromerzeugung in Bayern, die es zu bewah-



Von links: Fritz Schweiger, Michael Müller, Stefan Pastötter, Helmut Brunner, Hermann Steinmaß, Dr. Josef Rampl, Ulrich Freiherr von Ribaupierre. □

Netzentgelten die Kosten ständig gestiegen. Man habe es hier mit einer Wettbewerbsverzerrung zu tun, die die wirtschaftlichen Energien benachteilige. Mit Verweis auf die Nachhaltigkeit wies Steinmaß darauf hin, dass durch die Abschaltung der Kernkraftwerke der CO₂-Ausstoß in Bayern ab 2022 erheblich zunehmen werde, wenn der Strom von der Braunkohle importiert werden muss.

„Die Ziele bleiben, die Herausforderungen aber steigen mit dem Abschalten der Kernkraftwerke, dem Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen und dem Einstieg in die Elektromobilität“, hob Steinmaß hervor. Gefordert sei ein „konzeptionelles und consequentes Handeln“, das den Zielen inhaltlich wie zeitlich gerecht wird.

Konzeptionell handeln

Konzepte zur Eindämmung der Strompreise sehen laut einem Gutachten des Bayerischen Wirtschaftsministeriums eine flexible Stromsteuer, die Einführung eines Streckungsfonds, einen Systemwechsel sowie eine verbesserte Kopplung der Sektoren Strom, Wärme und Verkehr vor. Der Streckungsfonds sieht vor, die EEG-Umlage auf 6,5 Cent/kWh einzufrieren. Der kreditfinanzierte, staatliche Streckungsfonds soll dann Fehlbeträge finanzieren.

Wie Steinmaß darlegte, „wird das EEG in irgendeiner Form bleiben, aber perspektivisch einen Systemwechsel bekommen. Zudem gilt der Bestandsschutz bestehender Anlagen und die Ausschreibung wird zur Regel.“ Zur Diskussion über einen Systemwechsel gehöre auch, „dass man vermutlich wegkommen wird

von der Bezahlung der eingespeisten Kilowattstunden“. Stattdessen tendiere die Politik wohl dahin, die installierte Leistung künftig zu vergüten. Für die Wasserkraft wäre dies aus Steinmaßs Sicht freilich eine „fatale Geschichte“. Ebenso in der Diskussion sei die Einspeisung nach Börsenpreis, d.h. dem Erzeuger bleibe es überlassen, wann er einspeist.

Bayerische Lobby

Wasserkraft als preiswerteste erneuerbare Energie erfülle alle Kriterien der Energiewende, weshalb sie eine Lobby, vor allem aus Bayern, benötige, unterstrich Steinmaß. Die Wasserkraft habe viele Vorteile: Sie sei kontinuierlich verfügbar und damit grundlastfähig, gut regelbar, speicherfähig, schadstoff- und CO₂-frei. Wasserkraft sei die effizienteste Art, regenerative Energie rund um die Uhr, wetterunabhängig und in größerer Menge bereitzustellen. Zudem habe sie als Ausgleich zur schwankenden Einspeisung von Sonnen- und Windstrom das Potenzial, einen Beitrag zur Stabilisierung des Stromversorgungssnetzes und damit zur Versorgungssicherheit zu leisten.

„Wir müssen prüfen, was in einer Region technisch auch über Grenzen hinweg möglich ist. Erst dann sollten - im Gegensatz zum EEG - Gesetze und Marktdesigns entwickelt werden, die eine gewollte Entwicklung unterstützen“, betonte Steinmaß und forderte eine „Lobby aus Bayern für die Wasserkraft“. Es gelte, die Stärken der Heimat zu schützen. „Und Wasserkraft ist eine Energie unserer Heimat.“ **DK**

Starkes Bündnis für die Wasserkraft

Trotz all ihrer Vorteile stand die Wasserkraft in den vergangenen Jahren häufig im Kreuzfeuer zwischen Ökologie und Energieversorgung. Bei Medien, NGOs und Politik gibt es immer wieder kritische Stimmen, so dass der Ruf der Wasserkraft ihren Vorteilen längst nicht gerecht wird. Um die vielfältigen Qualitäten der Wasserkraft hervorzuheben und damit ihr Image zu stärken, haben sich anlässlich der RENEXPO INTERHYDRO am 29. und 30. November in der Messe Salzburg renommierte Verbände zu einem Bündnis zusammengeschlossen.

Ziel der Kampagne „(K)Eine Welt ohne Wasserkraft?!“ ist es, sowohl die Vorteile der Wasserkraft als auch die mit ihrer Nutzung einhergehenden Herausforderungen zu kommunizieren und einen Dialog anzustoßen. Dabei sollen auch die lösungsorientierte Mitwirkung der Wasserkraftunternehmen im ökologischen Bereich sowie ein konstruktiver Umgang mit Konflikten thematisiert werden.

Mit dabei sind der Bundesverband deutscher Wasserkraftwerke, der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBew), die Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V., der Landesverband bayerischer Wasserkraftwerke eG, die Initiative „Wasserkraft? Ja, bitte!“, die IGW Interessengemeinschaft Wasserkraft Baden-Württemberg e.V., die Arbeitsgemein-

schaft Wasserkraftwerke Baden-Württemberg, der Verband für Energie- und Wasserwirtschaft (VfEW), Kleinwasserkraft Österreich, die Swiss Small Hydro, die European Renewable Energies Federation (EREF) sowie der Verein für Ökologie und Umweltforschung.

„Wir wollen zeigen, was die Wasserkraft kann - und damit ein konstruktives Miteinander anstoßen, um eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende voranzubringen. Der Beitrag, den die Wasserkraft hier leisten kann, wird aus unserer Sicht deutlich unterschätzt - deshalb nutzen wir die RENEXPO INTERHYDRO als öffentlichkeitswirksame Plattform für Austausch und Diskussion“, so die mitwirkenden Verbandsvertreter.

Weitere Informationen unter www.renexpo-hydro.eu. □

LVBW-Generalversammlung in Regensburg:

Wasserkraft stärken!

„Klimaschutz und wirtschaftliche Entwicklung dürfen nicht länger gegeneinander ausgespielt werden. Der Umstieg auf saubere Energie ist entscheidend, um zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen und den Wirtschaftsstandort Deutschland fit für die Zukunft zu machen“, betonte der Vorstandsvorsitzende des Landesverbandes Bayerischer Wasserkraftwerke (LVBW), Hans-Peter Lang, bei der Generalversammlung in Regensburg. Nahezu 220 Gäste hatten den Weg ins Kolpinghaus gefunden.

Lang zufolge gibt es einen 10-Punkte-Plan, wonach die Wasserkraft als stärkste erneuerbare Energie in Bayern ausgebaut werden soll. „Ich habe aber das Gefühl, dass sich die Bayerische Staatsregierung davon verabschiedet hat. Ich sehe jedenfalls keine Bemühungen, die Wasserkraft zu stärken“, monierte der wiedergewählte Vorsitzende. Spreche man mit führenden Landespolitikern, so sei für sie die Wasserkraft ein schwieriges Thema.

„Die Wasserkraft hat in Bayern die längste Tradition von allen Energien. Rund 50 % der deutschen Wasserkraftanlagen werden in Bayern betrieben. Um die Wasserkraftanlagen haben sich regional wertvolle Wertschöpfungsketten von Mühlen, Sägewerken und Handwerksbetrieben gebildet, die unseren ländlichen Raum geprägt, aber auch stabilisiert haben. Offensichtlich zählt dies aber nicht“, so Lang.

Für die Behörden sei immer nur der gute ökologische Zustand maßgeblich. Dieser werde allein daran gemessen, ob die gewünschte Fischfauna vorhanden ist oder nicht. „Auch ich bin für einen guten ökologischen Zustand. Es kann jedoch nicht sein, dass der Wasserkraft die Schuld für den Rückgang der Fischpopulation gegeben wird“, urteilte der Vorsitzende.

Aus einer Sicht müssen alle Gründe für den Rückgang beleuchtet und untersucht werden. Die Ergebnisse seien sodann in einem objektiven Prozess miteinander abzuwägen, um zu einem fairen Ergebnis für alle Beteiligten zu gelangen. Es gelte, folgende Punkte vorrangig zu untersuchen: Beseitigung der organischen Belastungen durch Abwassereinleitung und diffuse Einträge aus der Landwirt-

schaft; Beseitigung der Beeinträchtigung der Gewässerstruktur; Bejagung von fischfressenden Räubern, wie z. B. Kormoran, Mink, Fischotter, etc. und fehlendes Makrozoobenthos.

„Sofern man diese Punkte nicht in den Griff bekommt, ist es völlig müßig, höheres Restwasser abzugeben. Es wird sich nämlich dann auch nichts ändern, falls wir unsere Wasserkraftwerke komplett abschalten“, erklärte Lang und bilanzierte: „Sie sehen, dass es bei der Wasserkraft noch viel zu tun gibt und immer wieder Neuerungen anstehen. Gerade deshalb ist der Zusammenschluss in den Verbänden bis hin zum Bundesverband Deutscher Wasserkraftwerke und zum Bundesverband Erneuerbare Energie notwendig.“

Unverzichtbarer Beitrag zur Energiewende

Ministerialdirigent Rudolf Escheu, Leiter der Abteilung Erneuerbare Energien, Energieeffizienz im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie unterstrich in Vertretung von Staatssekretär Franz Josef Pschierer, MdL, dass das gesamte Ministerium an der Seite der Wasserkraft und für eine Fortführung des EEG steht. „Das EEG ist maßgeblich für den starken Ausbau der erneuerbaren Energien in den letzten Jahren verantwortlich. Es leistet damit einen unverzichtbaren Beitrag zur Energiewende. Für einen stabilen weiteren Zubau ist das EEG nicht wegzudenken. Es stellt sich daher weniger die Frage, ob das EEG fortgeführt werden soll, entscheidend ist vielmehr, wie die Förderung fortgeführt wird.“

Ein weiteres Ansteigen der

Renaturiertes Niedermoor auf 110 Hektar

Lechwerke (LEW) schaffen mit ihrem Projekt „Ökokonto Nord“ Ausgleichflächen auf Vorrat

Feuchtmulden und artenreiche Wiesen, die als renaturiertes Niedermoor heimischen Tier- und Pflanzenarten geschützten Lebensraum bieten – das ist Ziel des Projekts „Ökokonto Nord“. Mit dem Projekt haben die Lechwerke und die Regierung von Schwaben ein neues Konzept entwickelt, um große, zusammenhängende Ausgleichflächen zu schaffen. Auf einer Fläche von insgesamt 110 Hektar in der Nähe von Buttenwiesen im Landkreis Dillingen an der Donau setzt LEW derzeit mit einem Landschaftsarchitekten das umfangreiche Maßnahmenpaket um. Mit dem Konzept des Ökokontos geht LEW neue Wege bei naturschutzrechtlichen Ausgleichsverpflichtungen.

Möglich wurde die Einrichtung des Ökokontos durch die Flurneuordnung von insgesamt 4.200 Hektar, von denen 400 Hektar als Ausgleichsflächen renaturiert werden. Von diesen 400 Hektar wiederum verantwortet die LEW 110 Hektar. Der Buttenwiesener Bürgermeister Hans Kaltner

spricht begeistert von diesem Projekt, das „europaweit seines Gleichen sucht“. Kaltner war, als Mitglied im Arbeitskreis, bereits vor seiner Bürgermeisteramtzeit maßgeblich in die Flurneuordnung involviert und kennt die Konflikte, die die intensive Landwirtschaft mit vielen kleinen Aus-

gleichsflächen hat. Auf den nun zusammenhängenden Flächen wird eine Landwirtschaft möglich, wie sie vor noch nicht allzu langer Zeit in dieser Gegend üblich war. Besonders Wert wurde auf die Einbindung der Landwirte gelegt. Die neuen Weiden und Wiesen werden an hiesige Landwirte zur Pflege übergeben. Kaltner sieht auch eine Übertragbarkeit auf andere Gemeinden.

Ökologischer Ausgleich

Bei Eingriffen in die Natur und das Landschaftsbild, etwa durch den Bau von Strommasten oder die Erneuerung von Leitungen, sind die Lechwerke, so wie ande-

re Vorhabenträger auch, laut dem Bayerischen Naturschutzgesetz zu ökologischem Ausgleich verpflichtet. Oft lässt sich der Ausgleichsbedarf jedoch nicht vor Ort umsetzen, weil dafür geeignete Flächen fehlen. Zudem bringen einzelne isolierte Maßnahmen nur wenig für die Natur. Hier setzt das neue Konzept an: Anstatt wie bisher viele einzelne und kleinteilige Ausgleichsflächen zu schaffen, wird im Projekt „Ökokonto Nord“ in den nächsten Monaten ein großes zusammenhängendes Gebiet nach einem zusammen mit den Naturschutzbehörden erarbeiteten Konzept renaturiert.

Win-Win-Win-Situation

„Bei unserem Ökokontokonzept schaffen wir Ausgleichsflächen auf Vorrat und können dann Wertpunkte abbuchen, wenn aufgrund einer Baumaßnahme ökologischer Ausgleich geschaffen werden muss.“ Stefan Huggenberger, Projektleiter bei der LEW Verteilnetz, spricht von einer „Win-Win-Win-Situation“: Erstens profitiert die Landwirtschaft, indem sie als Ackerland unattraktive Moorflächen durch die Flurneuordnung eintauschen konnte und die Moorflächen für eine Bewirtschaftung als Weide oder Wiese renaturiert werden.

Minimierter Pflegeaufwand

Als zweites WIN führt Huggenberger an, dass die LEW Verteilnetze ihren Ausgleichsbedarf gleich über viele Jahre sichert und aufgrund der zusammenhängenden Fläche den bürokratischen Aufwand genauso wie den Pflegeaufwand minimiert. Und zuletzt ist der naturschutzfachliche Nutzen bei zusammenhängenden Flächen



Von links: Georg Dinger, Landschaftsarchitekt (Eger&Partner), Anton Burnhauser, Höhere Naturschutzbehörde, Regierung von Schwaben und Stefan Huggenberger, Projektleiter LEW Verteilnetz vor einer neu angelegten Feuchtmulde. □

größer: Es entsteht großflächig renaturierter Lebensraum für die heimische Flora und Fauna. Die Wiedervernässung des Moores dient dem Klimaschutz.

Lebensräume für zahlreiche Tierarten

„Durch spezielle Aussaatverfahren, wie z.B. Heudrusch oder Heumulch, sollen wieder artenreiche Wiesen entstehen“, erklärt Landschaftsarchitekt Georg Dinger. „Damit schaffen wir auch Lebensräume für eine Vielzahl an Tierarten. Als Indikatorengruppe dienen hier wiesenbrütende Vogelarten, die nur mit den passenden Habitatstrukturen erfolgreich brüten können.“ Brachvogel und Kibitz, die es im Donau Ried noch gibt, sollen eine gesunde Population erreichen, durch die sie vor Fressfeinden geschützt sind.

Anton Burnhauser, Vertreter der Höheren Naturschutzbehörde bei der Regierung von Schwaben, schätzt, dass es noch drei bis fünf Jahre dauern wird, bis im Unterthürheimer Ried Wiesenbrüterschutz, Moorschutz und die Wiederherstellung von artenreichen Wiesen in einem vernünftigen Zielzustand erreicht werden. Das Maßnahmenkonzept für die Lauterbacher Ruten ist noch nicht abschließend festgelegt. Die Umsetzung hierfür ist im Zeitraum 2018 und 2019 geplant.

Als Pilotprojekt hat LEW dieses Konzept bereits von 2010 bis 2012 mit dem Ökokonto Süd bei Apfeldorf im Landkreis Landsberg erprobt. Dort wurde auf einer knapp zehn Hektar großen Fläche ein zusammenhängendes Maßnahmenpaket umgesetzt, um das beeinträchtigte Hochmoos zu renaturieren. □

Energie sparen und Tilgungszuschuss sichern

Neues LfA-Förderprogramm für energieeffiziente Firmengebäude

Mit dem neuen Förderangebot Energiekredit Gebäude unterstützt die LfA Förderbank Bayern kleine und mittlere Unternehmen sowie Freiberufler, die in die Energieeffizienz ihrer Firmengebäude investieren. Gefördert werden der energieeffiziente Neubau oder die energetische Sanierung von gewerblich genutzten Gebäuden. Darüber hinaus können Energieeffizienzmaßnahmen an der Gebäudehülle bzw. der Gebäudetechnik finanziert werden (zum Beispiel an Wänden, Dachflächen, Fenstern, Beleuchtung).

Das neue Förderprogramm bietet zinsverbilligte Kredite sowie Tilgungszuschüsse von bis zu 18,5 Prozent des Darlehensbetrags. Das Darlehen muss also nicht vollständig zurückgezahlt werden. Der maximale Kreditbetrag beläuft sich auf 10 Millionen Euro. Investitionsvorhaben können bis zu 100 Prozent finanziert werden. Der Zinssatz startet aktuell bei 1,0 Prozent p.a. effektiv

und kann bis zu 10 Jahre festgeschrieben werden.

Attraktive Konditionen

Bayerns Wirtschaftsministerin und LfA-Verwaltungsratsvorsitzende Ilse Aigner erklärt: „Die sparsame und effiziente Nutzung von Energie ist ein wesentlicher Baustein für eine erfolgreiche Energiewende. Viele Firmenge-

bäude wurden zu einer Zeit errichtet, als Energieeffizienz eine geringere Bedeutung hatte. Die Einsparpotenziale sind daher beachtlich. Mit dem neuen Angebot für energieeffizienten Neubau und energetische Sanierungen hilft die LfA dem bayerischen Mittelstand, entsprechende Maßnahmen an ihren Gebäuden zu attraktiven Konditionen durchzuführen. Die Betriebe können so Kosten sparen und gleichzeitig die Umwelt schonen. Das stärkt den Mittelstand und den Wirtschaftsstandort Bayern und ist gleichzeitig ein effektiver Beitrag zur CO₂-Einsparung.“

Dauerhafte Senkung der Kosten

„Mit unserem neuen Förderangebot Energiekredit Gebäude schonen mittelständische Unternehmen ihren Geldbeutel gleich doppelt: Sie verringern ihren Energieverbrauch, senken so dauerhaft ihre Kosten und erhalten dafür einen Tilgungszuschuss, was wiederum die zurückzuzahlende Darlehenssumme und die Zinsbelastung reduziert. Die Förderung ist umso attraktiver, je höher die Energieeffizienz des gewerblichen Gebäudes ist. Denn die beste Energie ist immer noch die, die gar nicht erst verbraucht wird“, so Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA.

Der Energiekredit Gebäude wird zinsgünstig aus dem KfW-Energieeffizienzprogramm - Energieeffizient Bauen und Sanieren der KfW Bankengruppe refinanziert. □

ins einzelne Gebäude. Mit Übertragungsgeschwindigkeiten im Gigabitbereich decken solche Glasfaserdirektanschlüsse nachhaltig den weiter rasant steigenden Bedarf an Bandbreite.“

Vom digitalen Feldweg auf die digitale Autobahn

„Mit unseren Highspeed-Internetzugängen wechseln nochmals fast 200 Betriebe und Haushalte in Reichling vom digitalen Feldweg auf die digitale Autobahn“, so Gabi Emmerling, Regionalbeauftragte Breitbandausbau Schwaben bei M-net. „Schnelles Internet ist heute unverzichtbar – für das Wachstum von Unternehmen wie für den Komfort im Privatleben. Mit den Highspeed-Internetzugängen von M-net können unsere Kunden Video-Streaming oder professionelle Heimarbeitsplätze einfach und komfortabel nutzen.“ □

Grundstein für das Zukunftsnetz gelegt

„Reichling investiert in seine Zukunft: Der Ausbau der Glasfaserinfrastruktur bis in die Gemeindeteile hinein sichert den Betrieben und Haushalten nicht nur deutlich höhere Bandbreiten“, betonte LEW-TelNet-Geschäftsführer Johannes Stepperger. „Gleichzeitig legt Reichling damit den Grundstein für das Zukunftsnetz mit Glasfaser bis

Reichling baut Breitbandnetz weiter aus

LEW TelNet und M-net setzen das Projekt gemeinsam um

Weitere fast 200 Privathaushalte und Gewerbetreibende in der Gemeinde Reichling verfügen künftig über einen schnellen Zugang zum Internet mit Bandbreiten von 50 Mbit/s und mehr. Möglich wird das durch ein gemeinsames Breitbandprojekt von LEW TelNet, einem Tochterunternehmen der Lechwerke AG, und M-net: LEW TelNet verlängert dafür sein Glasfasernetz, das es bereits 2011 in Reichling aufgebaut hat.

Der regionale Telefon- und Internetanbieter M-net nutzt diese neuen „Auffahrten auf die Datenautobahn“, um die Haushalte und Unternehmen in der Siedlung Erbstal im Süden der Kerngemeinde sowie in Reichlingsried und im südlichen Teil der Hauptstraße in Ludenhausen mit Hochgeschwindigkeits-Internet zu versorgen.

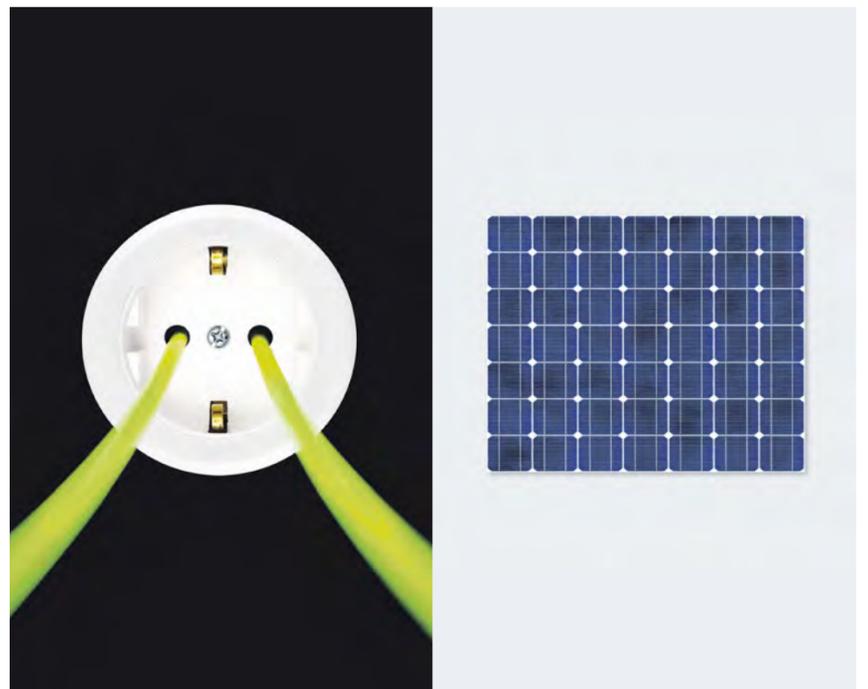
Breitbandturbo

Im Rahmen des ersten Breitbandförderprogramms hatte LEW TelNet seine Glasfaserkabel bereits im Gemeindegebiet von Reichling verlegt. Seither kann der Großteil der Kerngemeinde Reichling und des Ortsteils Ludenhausen Übertragungsgeschwindigkeiten von bis zu 50 Mbit/s nutzen. Der weitere Ausbau ermöglicht schnelles Internet nun auch in den bislang schlechter angebundenen Gemeindeteilen in Reichling, Ludenhausen und Reichlingsried.

Bürgermeisterin Margit Horner-Spindler unterzeichnete im Rathaus von Reichling den Kooperationsvertrag mit LEW TelNet-Geschäftsführer Johannes Stepperger und Gabi Emmerling, Regionalbeauftragte Breitband-

ausbau Schwaben bei M-net. Das Breitbandprojekt wird von den beiden Unternehmen mit Unterstützung des laufenden bayerischen Breitbandförderprogramms und der Gemeinde finanziert.

„Mit dem weiteren Ausbau des Glasfasernetzes schalten wir nun auch im Süden von Reichling und Ludenhausen sowie in Reichlingsried den Breitbandturbo ein“, sagte Margit Horner-Spindler, Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Reichling. „Dank der Unterstützung des Bayerischen Breitbandförderprogramms und dem Engagement von LEW TelNet und M-net können wir unseren Bürgern und Unternehmen den Anschluss an die digitale Zukunft sichern.“



WIR FÖRDERN RUND UND ECKIG

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir klassische kommunale Projekte genauso wie Investitionen in regenerative Energien und höhere Energieeffizienz. Gerne beraten wir Sie, wie Sie mit unseren zinsgünstigen Darlehen Ihre Region fit für die Zukunft machen. Tel. 0800 21 24 24 0

www.lfa.de

LfA FÖRDERBANK BAYERN
Beratung. Finanzierung. Erfolg.

Geothermiekongress 2017 in München:

Aus Forschung und Praxis

Die Region München ist mit ihren vielen, erfolgreichen Projekten bundesweit der aktuelle Hotspot der Tiefen Geothermie. Rund die Hälfte der tiefeingetragenen Anlagen befindet sich in dieser Region. Zudem arbeiten die Stadtwerke München daran, als erste Großstadt ihre Fernwärme bis 2040 vollständig aus umweltfreundlichen Quellen wie der Tiefen Geothermie bereitzustellen. Über oberflächennahe Geothermieanlagen verfügen zudem beispielsweise die Neue Pinakothek und das Deutsche Marken- und Patentamt. Ausreichend Gründe also, um in der Landeshauptstadt den Geothermiekongress 2017 zu veranstalten.

An zwei Kongresstagen wurde in der BMW Welt ein umfangreiches Programm für Wissenschaftler, Kommunalvertreter und Unternehmer dargeboten. Dabei war das gestiegene Interesse an der deutschlandweit zentralen und auch europaweit beachteten Wis-

enschaftsplattform deutlich spürbar. Der zentrale Branchentreffpunkt bot an einem Workshop und zwei Kongresstagen über 150 Vorträge zu aktuellen Themen der Oberflächennahen und Tiefen Geothermie. Veranstaltet wurde der DGK 2017 vom Bundesver-

band Geothermie gemeinsam mit Bayern Innovativ.

Konkret ging es um Praxiserfahrungen und Forschungsarbeiten aus dem Bereich der oberflächennahen Erdwärmenutzung ebenso wie der Tiefen Geothermie. Zusätzlich fanden am Auftakttag Workshops zu aktuellen Themen wie „Mikroseismizität im Molassebecken“, „Erfahrungsaustausch EEG“, „Statistik“, und „Innovative Anlagen“ statt.

Bei der offiziellen Kongresseröffnung wies SWM Geschäftsführer Dr. Florian Bieberbach auf die Vorreiterrolle Münchens bei der Umstellung auf Fernwärmenetze, die mit Erdwärme versorgt werden, hin. Die Stadtwerke München (SWM) sehen in der Geothermie die Ressource, die Landeshauptstadt langfristig mit erneuerbarer, CO₂-freier Wärme zu versorgen. „Durch die langfristige Umstellung der Fernwärmeversorgung auf Geothermie in München wollen wir ganz Europa zeigen, dass die Wärmewende in Großstädten möglich ist“, erklärte Bieberbach.

Patricius Medaille

Im Rahmen der Eröffnungsfeier wurden Dr. Christian Pletl und posthum Dr. Christian Hecht von den Stadtwerken München mit der Patricius Medaille geehrt. Sie erhielten die höchste Auszeichnung des Bundesverbandes Geothermie für ihren engagierten Einsatz für die Erdwärmenutzung, besonders für den Umbau der Münchner Fernwärmeversorgung auf Geothermie. „Mit wegweisenden Großprojekten wie GRAME, mit dem der gesamte südliche Untergrund der Stadt München mittels 3D-Seismik erfasst wurde, haben sie die Geothermie in Deutschland maßgeblich mitgeprägt“, betonte Laudator Prof. Dr. Rüdiger Schulz, emeritierter Leiter des Leibniz-Instituts für Angewandte Geophysik.

Für die gesamte Bandbreite geothermischer Energieversorgung will sich auch in Zukunft der auf der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Geothermie (BVG) einstimmig wiedergewählte Präsident Dr. Erwin Knappek einsetzen. „Unseren Verband zeichnet die Kombination von

Wissenschaft und Wirtschaft aus, um die junge Technologie Geothermie erfolgreich im Markt zu verankern“, unterstrich Knappek. Er freute sich besonders darüber, dass inzwischen die Geothermie-Allianz Bayern (GAB) gegründet wurde – ein Zusammenschluss kompetenter Institute der Technischen Universität München, Universität Erlangen und Universität Bayreuth mit Sitz an der Munich School of Engineering am Campus Garching.

Die GAB ist damit Ansprech- und Kooperationspartner für das gesamte Spektrum der Geothermie in Bayern. „Wir haben bereits jetzt hervorragende Forschungseinrichtungen für geothermische Wärme im gesamten Bundesgebiet, wie das Geothermie Zentrum an der Hochschule Bochum, das Karlsruher Institut für Technologie oder das Geoforschungszentrum Potsdam. Nun ist im Molassebecken die Geothermie-Allianz Bayern entstanden.“

Sinnlose Benachteiligung

Besonders das Standortwahlgesetz (StandAG), die Neufassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) sowie die Verbesserung der Bedingungen für den Ausbau oberflächennaher Geothermieanlagen sind aus Knappeks Sicht die Herausforderungen für die Zukunft. „Die sinnlose Benachteiligung der Geothermie durch das Standortwahlgesetz muss beseitigt werden. Besonders Bohrungen bis zu einer Tiefe von 200 Metern sind ohne nachteiligen Einfluss auf die Sicherheit eines atomaren Endlagers umsetzbar. Es ist unser Anliegen, die Genehmigungsbehörden dafür zu sensibilisieren, dass die Prüfungen zumindest zügig erfolgen. Schließlich gibt es genügend Daten, um zu identifizieren, welche Standorte für Geothermie freigegeben werden können. Das Prinzip der weißen Landkarte ist widersinnig“, erläuterte der BVG-Präsident.

Außerdem müsse das EEG den Degressionsmechanismus für Tiefe Geothermie deutlich verändern, da insbesondere durch das StandAG wieder signifikante Zeitverzögerungen für die Umsetzung anstehender Projekte hervorgerufen werden, so Knappek weiter. Die Degression solle sich am Ausbau orientieren, beispielsweise 5 % pro 200 Megawatt installierter elektrischer Leistung. **DK**

Gemeinschaftskraftwerk Irsching:

Antrag zur vorläufigen Stilllegung

Der zweiten Stilllegungsanzeige, die das Betreiberkonsortium Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH (GKI) mit Wirkung zum 1. April 2018 gestellt hatte, wurde vom Übertragungsnetzbetreiber TenneT widersprochen. Die GKI wurde angewiesen, die Betriebsbereitschaft der Kraftwerksanlage bis zum 30. April 2019 weiterhin sicherzustellen. Somit fällt das hoch-effiziente Kraftwerk Irsching 5 für weitere 13 Monate unter die Regelung der Netzreserververordnung. Bereits seit 1. April 2016 müssen die Betreiber das Kraftwerk Irsching 5, an dem die N-ERGIE mit 25,2 Prozent beteiligt ist, in der Netzreserve betriebsbereit halten.

„Durch die Anweisung von TenneT werden wir gezwungen, das Kraftwerk Irsching 5 weiterhin defizitär zu betreiben. Da es nach wie vor keine Regelungen zu einer angemessenen Vergütung gibt, entstehen uns dabei jährliche Verluste in zweistelliger Millionenhöhe. Dafür, dass unser Eigentum im Allgemeininteresse einer sicheren Stromversorgung in Anspruch genommen wird, wäre mindestens die Erstattung sämtlicher Kosten gerechtfertigt“, betont Josef Hasler, Vorstandsvorsitzender der N-ERGIE Aktiengesellschaft in Nürnberg.

Während die GKI ihr Kraftwerk nicht wirtschaftlich betreiben kann, planen die Übertragungsnetzbetreiber parallel den

Zubau weiterer eigener Gaskraftwerke zur Sicherung der Netzstabilität.

Ungleichbehandlung

Hasler: „Für die geplanten Gaskraftwerke erhalten die Übertragungsnetzbetreiber die volle Erstattung sämtlicher Kosten mit attraktiver Verzinsung. Während also das Kraftwerk Irsching 5, das für die Netzstabilisierung anektiert wurde, unzulänglich vergütet wird, können die Übertragungsnetzbetreiber ohne unternehmerisches Risiko investieren – bezahlt von den Stromkunden über die Netzentgelte. Diese Ungleichbehandlung muss beendet werden.“ **DK**



Der Schornstein spielt bei der Wärmeversorgung die Schlüsselrolle. Der Kamin- oder Kachelofen benötigt ihn genauso wie die Zentralheizung. **DK**

Erlus AG:

Behagliche Wärmeversorgung mit Zukunft

Wer heute ein Haus baut oder saniert, trifft Entscheidungen für die Zukunft – besonders im Hinblick auf die Wärmeversorgung. Welches Wärmekonzept auf Dauer effizient für Wärme sorgt, bleibt schwierig vorherzusagen. Deshalb gilt es auf maximale Flexibilität und Versorgungssicherheit zu achten – auch beim Schornsteinsystem.

Nach Berechnung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft fallen im Durchschnitt gut 45 Prozent des Energieverbrauchs in deutschen Haushalten auf die Gebäudeheizung. Ein großes Potenzial also, um Kosten zu sparen. Mit dem richtigen Heizkonzept lassen sich im Neubau oder bei der Sanierung bis zu 30 Prozent der laufenden Heizenergiekosten einsparen. Und auch die Wohnraumlüftung spielt eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Auch wenn Gebäude über immer bessere Dämmwerte verfügen, bleiben Schornsteinsysteme ein wichtiger Bestandteil der Haustechnik. Sogar ein Passivhaus kommt an kalten Wintertagen nicht ohne zusätzliche Wärmequelle aus, auch wenn der Wärmebedarf gering und daher keine Zentralheizung notwendig ist. Da unmöglich vorherzusagen ist, welches Heizkonzept auf Dauer die besten Bedingungen bietet, empfiehlt es sich, auf Flexibilität zu setzen. Dabei spielt der Schornstein die Schlüsselrolle.

Brennstoffe kombinieren

„Für ein modernes Wärmekonzept bietet es sich an, verschiedene Brennstoffe zu kombinieren“, empfiehlt Jürgen Böhm, Produktmanager Schornsteinsysteme der Erlus AG. „Moderne Schornsteine sind dazu problemlos in der Lage.“ So können etwa eine Solaranlage sowie ein Kamin- oder Kachelofen ein Zentralheizungssystem sinnvoll ergänzen. Zudem ist ein Brennstoffwechsel jederzeit möglich – ohne teuer und aufwändig umbauen oder nachrüsten zu müssen.

Aktuell liegt in Sachen Wärmequellen die Zentralheizung im Trend, typischerweise ein Gas-Brennwertgerät mit Solaranlage oder ein Pelletkessel. Bei Passivhäusern kommt oftmals ein Elektroheizregister in der Lüftungsanlage zum Einsatz. „Was zunächst logisch erscheint, hat weitreichende Folgen: Man macht sich zu 100 Prozent von der teuersten und – im Hinblick auf den Primärenergieaufwand – schlechtesten Wärme-

quelle Strom abhängig“, erklärt Böhm. „Die Stromrechnung kann für die Bewohner so zur bösen Überraschung werden.“ Ein Kamin- oder Kachelofen sorgt dagegen bei Bedarf für eine schnelle und behagliche Wärme und ist zudem kostengünstig. Dank des Lüftungsnetzwerks kann sich die Wärme des Ofens sogar im ganzen Haus verteilen.

Eine zentrale Wohnraumlüftung mit Wärmerückgewinnung kommt bei Passivhäusern standardmäßig zum Einsatz. Nach der DIN 1946 Teil 6 muss eine ausreichende Luftwechselrate in jedem Gebäude nutzerunabhängig gewährleistet sein. Damit ist die Erstellung eines Lüftungskonzepts bei Neubauten Pflicht.

Das Gleiche gilt für die Altbau-sanierung, wenn man mehr als ein Drittel der vorhandenen Fenster oder der Dachfläche erneuert. „Gerade bei gut gedämmten Gebäuden können Hausbewohner kaum für ausreichend Frischluft durch regelmäßiges Lüften über die Fenster oder über Öffnungen in der Wand die in der Raumluft enthaltene Wärme ungenutzt nach draußen. Gleichzeitig gelangt kalte Frischluft nach innen. Eine Komfortwohnraumlüftung reduziert solche Lüftungsverluste. Mit einem integrierten Wärmetauscher holt sie einen Großteil an Energie aus der Abluft zurück und führt diese der Frischluft wieder zu.“

Mit dem Lüftungsnetzwerk Via Vento S von Erlus ist der baustellengerechte Einbau in Betondecken ohne Verlust von Wohnfläche möglich. Die Schächte des Via Vento S passen in jede 17,5 cm starke Wand. Anschlüsse und Schächte lassen sich flexibel anordnen. Das Netzwerk ist mit jedem gängigen Lüftungszentralgerät mit Wärmerückgewinnung kompatibel. So senkt die Lüftung dauerhaft den Energiebedarf eines Hauses. Sie beugt Schäden vor und macht ein präzises, bedarfsgerechtes Lüften möglich, während Kälte, Pollen und Lärm draußen bleiben. **DK**



Von links: Staatsministerin Ilse Aigner, Erste Bürgermeisterin Elke Zehetner, Altbürgermeister Hans Mummert, EWO-Vorstandsvorsitzender Josef Kellner. **DK**

Penzberg als Energiewendekommune ausgezeichnet

Im Oktober 2016 ist die Stadt Penzberg von der Bürgerstiftung „Energiewende Oberland“ als „Energiewende-Kommune 2016“ ausgezeichnet worden. Mit einem offiziellen Festakt im Penzberger Rathaus wurde diese besondere Auszeichnung nun auch gebührend gefeiert.

Staatsministerin Ilse Aigner, Schirmherrin des Energiewende Preises, enthüllte gemeinsam mit Bürgermeisterin Elke Zehetner, dem Vorstandsvorsitzenden der EWO Josef Kellner und dem EWO-Vorstandsmitglied und Altbürgermeister Hans Mummert am Rathauseingang eine entsprechende Tafel.

Bei der anschließenden Feierstunde im großen Sitzungssaal des Rathauses bezeichnete die Staatsministerin die Stadt Penzberg als würdige Preisträgerin. Penzberg sei ein Pionier der Energiewende, so Ilse Aigner.

Elke Zehetner zählte in ihrer Ansprache die zahlreichen Klimaschutzprojekte auf, die die Stadt Penzberg in den vergangenen Jahren umgesetzt hat. „Wir haben gemeinsam schon viel erreicht, es bleibt aber noch viel zu tun“, betonte das Stadtoberhaupt und verwies dabei auf das durch Hackschnitzel und Erdgas gespeiste Fernwärmenetz, das am 1. Oktober in Betrieb geht.

EWO-Chef Kellner bezeichnete Penzberg seinerseits als Leuchtturm und als Vorbild für andere Kommunen. **DK**

vbw fordert Neuorientierung der Energiepolitik

Eine neue Studie der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., erstellt durch die Prognos AG, bewertet die Auswirkungen der geltenden energie- und klimaschutzpolitischen Maßnahmen und Instrumente auf die Energieversorgung und die Wirtschaft in Deutschland bis 2050. Die Ergebnisse sind ernüchternd.

Die Untersuchung zeigt, dass die Energiepolitik der Bundesregierung ein viel zu dichtes Regelungsgeflecht hervorgebracht hat. „Zahlreiche Fördermaßnahmen überlappen sich. Dieses Vorgehen nach dem Prinzip ‚viel hilft viel‘ ist nicht zielführend und ordnungspolitisch falsch. Die teure und ineffiziente Überregulierung gefährdet sowohl die Wettbewerbsfähigkeit unserer global aufgestellten Unternehmen als auch das Ziel einer klimaschonenden Energiepolitik. Die neue Bundesregierung muss den Schalter in der Energiepolitik dringend auf Wettbewerb umlegen“, warnt vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt.

Ohne eine Neuorientierung werden Kernziele der Energiewende verfehlt. Statt wie geplant

um bis zu 95 Prozent verringern sich die CO₂-Emissionen bis 2050 voraussichtlich nur um 61 Prozent. Der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch liegt 2050 nur bei 35 Prozent statt bei 60 Prozent.

Die Verbesserung der Energieeffizienz erfolgt ebenfalls nicht nach Plan: Die Steigerung der Endenergieproduktivität, also die Relation zwischen Wertschöpfung und Energieaufwand, liegt zum Ende des Betrachtungszeitraumes 15 Prozent unter dem Soll. „Allein bis 2025 verursacht die Energiewende Zusatzkosten von mehr als 500 Milliarden Euro. Angesichts dieser finanziellen Belastungen für unseren Wirtschaftsstandort und die Privathaushalte sind diese Misserfolge schlicht nicht hinnehmbar“, kritisiert Brossardt. **DK**



Zu einem ganztägigen Workshop trafen sich in Penzberg Mitglieder aller elf Bayerischen Energieagenturen. Dabei hieß es einmal mehr: „Volle Kraft voraus für Energiewende und Klimaschutz!“ **DK**

Neuheiten für die Fachwelt

Landschaftstagung der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen in Veitshöchheim

Mit den neuesten Entwicklungen, Tendenzen und Forschungsergebnissen des Umwelt- und Naturschutzes befassten sich rund 300 Fachleute im Rahmen der diesjährigen Landschaftstagung der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) in Veitshöchheim. Erneut präsentierte diese ihr breites fachliches Spektrum, das von „Asphaltstraßen“ über „Landschaftsgestaltung“ und „Postfossiler Verkehr“ bis zur „Zertifizierung von Sicherheitsauditorinnen und -auditoren“ reicht.

Das Fachprogramm bot aktuelle Beiträge und die neuesten Forschungsergebnisse, etwa zur Integration von Verkehrsprojekten zum neuen Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG), zur Wasserrahmenrichtlinie und zur Umweltbaubegleitung. Außerdem wurden die aktuellen Themen „Naturschutzgenetik“, „Tausalzgutachten“, „Bundesprogramm Wiedervernetzung“, „Barrierewirkung von künstlichem Licht“, „Risikomanagement und Monitoring“,

„Gebietseigenes Pflanz- und Saatgut“ sowie „Begleitgrün“ aufgegriffen.

Im Anschluss an die Landschaftstagung bestand die Möglichkeit zur Teilnahme an einer Fachexkursion, die zum sechsstreifigen Ausbau der BAB A 3 (Fledermausschutz und Grünbrücke Spessart) führte und über den Neubau und Trassen der B 26n informierte. Dabei wurde die Gelegenheit geboten, Beispiele der Praxis zu den theoretisch behandelten Themen in einem

Landschaftsraum zu besichtigen, der besondere Anforderungen an die Verkehrs-, Straßen- und Landschaftsplanung stellt.

Stichwort A 3: Wie der unterfränkische Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer feststellte, habe die Regierung auf dem 94 km langen Streckenabschnitt zwischen Aschaffenburg und Würzburg (Autobahnkreuz Biebelried) in 16 Verfahrensabschnitten die Planfeststellungsbeschlüsse erlassen und Baurecht mit einem Kostenvolumen von rund 1,3 Milliarden Euro geschaffen. In diesem Zusammenhang mussten eine Vielzahl von verwaltungsgerichtlichen Streitverfahren insbesondere im Würzburger Abschnitt behandelt werden. Inzwischen, so Beinhofer, sei der gesamte Abschnitt zwischen Aschaffenburg und Biebelried mit bestandskräftigem Baurecht versehen und solle bis Ende 2019 fertig gestellt werden.

Blick auf neuen BVWP

Laut Beinhofer enthält der neue Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 bei den Bundesfernstraßen erfreulicherweise viele Straßenbauprojekte, die für Unterfranken von besonderer Bedeutung sind. Neben dem Ausbau der A 3 nannte er den sechsstreifigen Ausbau der A 7 von Schweinfurt/Werneck bis Biebelried. In Unterfranken sind weitere 25 Bundesstraßenprojekte im BVWP enthalten. Insgesamt sind 12 Projekte mit einem Finanzvolumen von rund 231 Mio. Euro in den

weite von 312,0 Kilometern, für den Liniennahverkehr von 8,0 Kilometern. Die Fahrgäste des Gelegenheitsverkehrs führen im Durchschnitt 276,0 Kilometer weit.

Nach regionaler Gliederung lagen die oberbayerischen Unternehmen hinsichtlich der Fahrgastzahlen sowohl im Liniennahverkehr (737,59 Millionen Fahrgäste) als auch im Gelegenheitsverkehr (7,35 Millionen Fahrgäste) deutlich vor den Unternehmen mit Sitz in anderen Regierungsbezirken. Mittelfränkische Unternehmen verzeichneten 232,25 Millionen Fahrgäste im Liniennahverkehr, gefolgt von den schwäbischen mit 123,41 Millionen Fahrgästen.

Die längste durchschnittliche Reiseweite wurde für den Liniennahverkehr mit 24,4 Kilometern in Niederbayern registriert. Die kürzesten Strecken wurden von Fahrgästen mittelfränkischer Unternehmen (5,9 Kilometer) zurückgelegt. Im Gelegenheitsverkehr liegt Unterfranken mit 425,7 Kilometern an der Spitze, an zweiter Stelle Oberfranken mit 414,7 Kilometern. □

Bayerische Verkehrsunternehmen:

Im Jahr 2016 fast 1,4 Milliarden Fahrgäste

Im Jahr 2016 wurden knapp 1,4 Milliarden Fahrgäste von den Unternehmen im Schienenahverkehr und gewerblichen Straßenpersonenverkehr mit Sitz in Bayern befördert. Die Fahrleistung lag insgesamt bei 665 Millionen Kilometern. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik weiter mitteilt, fuhr jeder der rund 1,38 Milliarden Fahrgäste des Nahverkehrs im Durchschnitt 8,0 Kilometer.

Laut dem Bayerischen Landesamt für Statistik haben die hochgerechnet 1.143 bayerischen Unternehmen im Schienenahverkehr und im gewerblichen Straßenpersonenverkehr im Jahr 2016 bayernweit, aber auch über die bayerischen Grenzen hinaus, rund 1,4 Milliarden Fahrgäste befördert.

Mit 1,38 Milliarden Fahrgästen entfielen 98,7 Prozent auf den Liniennahverkehr mit Bussen und Bahnen (Entfernung bis etwa 50 km Fahrstrecke). Der Gelegenheitsverkehr (Ausflugsfahrten, Ferienzielreisen, Mietomnibusverkehr) verbuchte 18,5 Millionen Fahrgäste (1,3 Prozent) und 2,1 Millionen bzw. 0,2 Prozent der Liniennahverkehr mit Omnibussen.

Die Fahrleistung der bayerischen Unternehmen im Schienenahverkehr und im gewerblichen Straßenpersonenverkehr lag 2016 bei fast 665 Millionen Kilometern. Drei Viertel der Fahrzeugkilometer entfielen auf den Liniennah- und -fernverkehr und 24,6 Prozent auf den Gelegenheitsverkehr.

Für den Liniennahverkehr errechnet sich eine mittlere Reise-

IHK-Vizepräsident Heinz zum Erdinger Ringschluss:

„Qualitätssprung für Mobilität“

Mit der Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Freistaat und der Stadt Erding für eine untertunnelte Teilstrecke nimmt der Erdinger Ringschluss eine weitere Hürde in Richtung Realisierung. Bis voraussichtlich 2026 soll mit diesem Projekt die direkte Schienenanbindung des Flughafens an Erding erfolgen.

Otto Heinz, IHK-Vizepräsident und Vorsitzender des Regionalausschusses Erding-Freising, begrüßt deshalb das Übereinkommen: „Die Anbindung des Flughafens München an den Bahnverkehr in Richtung Osten ist überfällig und seit Jahren eine unserer Kernforderungen. Grundvoraussetzung für die Umsetzung ist der Erdinger Ringschluss, welcher mit der aktuellen Finanzierungsvereinbarung einen neuen Meilenstein erreicht hat.“

„Die zukünftige Bahnverbindung“, so der Moosburger Unternehmer, „bedeutet einen entscheidenden Qualitätssprung für die

Mobilität im gesamten Einzugsgebiet des Flughafens. Insbesondere Pendler werden von dieser Entwicklung in Form eines größeren ÖPNV-Angebotes und besserer Taktungen bei den Verbindungen profitieren“. Außerdem, erklärt Heinz, ermöglicht die Linie eine direkte Verknüpfung mit dem wirtschaftsstarke Chemiedreieck und an den Raum Salzburg über die Bahn-Ausbaustrecke 38.

Neben dem Ringschluss betont Heinz aber die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen für die Erreichbarkeit des Flughafens: „Mindestens genauso wichtig ist der bedarfsgerechte Ausbau des Straßennetzes. Die Wirtschaft in den Landkreisen Erding, Freising und Ebersberg hat sich dabei klar für eine Erweiterung der Flughafentangente Ost (FTO) auf drei bzw. vier Spuren ausgesprochen. Ebenso muss auch die Einführung einer Express-S-Bahn aus München endlich angegangen werden.“ □

„Vordringlichen Bedarf“ (VB) und 6 Projekte mit einem Finanzvolumen von rund 700 Mio. Euro in die Dringlichkeitsstufe „Weiterer Bedarf mit Planungsrecht“ (WB) eingestuft. Diese Vielzahl an Projekten stelle für die Straßenbauverwaltung, die ihr zuarbeitenden Planungsbüros, die betroffenen Träger öffentlicher Belange und anerkannten Verbände und nicht zuletzt auch für die Regierung von Unterfranken als Bündelungsbehörde und Planfeststellungsbehörde eine echte Herausforderung dar.

Im neuen BVWP enthalten ist in zwei Abschnitten auch die B 26n zwischen der A 7 und der A 3 bzw. A 81 (rund 172 Mio. Euro Kostenvolumen). Beinhofer zufolge hat die Regierung von Unterfranken für die B 26n im Jahr 2011 ein Raumordnungsverfahren mit integrierter Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt und mit landesplanerischer Beurteilung abgeschlossen. Im Ergebnis des Raumordnungsverfahrens sei es gelungen, sowohl die Auswirkungen auf die Umwelt als auch die Kosten zu reduzieren und gleichzeitig zu einer ausgewogenen Dimensionierung des Projektes zu kommen, so der Regierungspräsident.

Die vielen anstehenden Aufgaben im Straßenbau, sei es im Zusammenhang mit dem neuen BVWP, dem Finanzhochlauf des Bundes oder den vielen anstehenden Staatsstraßenprojekten, verlangten effektives Verwaltungshandeln und eine Prioritätensetzung. Die Regierung von Unterfranken in ihrer Funktion als Bündelungsbehörde werde dabei nach Beinhofers Worten auch künftig dazu beitragen, tragbare Lösungen zu finden. Dazu ist aber auch ganz entscheidend das Expertenwissen erforderlich. DK

Per Gondel durch den Landkreis München

Kreisräte diskutieren über alternatives Verkehrsmittel für den ÖPNV

Die Straßen in Stadt und Landkreis München sind oft dicht. Die zunehmende Anzahl an Elektro-Autos entlastet zwar die Umwelt, nicht aber den Verkehr auf den Straßen. Was also tun in einer Region, die immer weiter wächst? In seinem Impulsvortrag im Ausschuss für Mobilität und Infrastruktur plädierte Prof. Dr. Harry Wagner von der Technischen Hochschule Ingolstadt für die Erweiterung des Verkehrs in die 3. Dimension – genauer gesagt für Seilbahnen in urbanen Regionen.

Mit der Gondel über die Isar gleiten – was heute noch für viele nach einer fixen Zukunftsvision klingt, ist eine ernsthafte Überlegung wert; nicht nur im Hinblick auf die Finanzen. So fallen pro Kilometer Seilbahn lediglich acht Millionen Euro Investitionskosten an, während ein Kilometer Autobahn mit bis zu 150 Millionen Euro zu Buche schlägt. Zudem sei die Seilbahn eines der sichersten und leisesten Verkehrsmittel, die es gibt, so Prof. Dr. Wagner in seinem Vortrag.

Eine Seilbahn als Ergänzung zum bestehenden ÖPNV-Netz könnte aus Sicht von Landrat Christoph Göbel vor allem dazu dienen, die fehlenden Querverbindungen der radial hin zur Landeshauptstadt ausgerichteten Verkehrsstränge zu erschließen. „Wir sind in beständigen Überlegungen, wie wir die tangentialen Verbindungen verbessern können“, so Göbel. Vor allem die Verkehrsbelastung im Landkreis mit einem Staulevel von 30 Prozent (Tendenz steigend) erfordert ein Umdenken. Exemplarisch nannte Göbel fehlende Direktverbindungen zwischen benach-

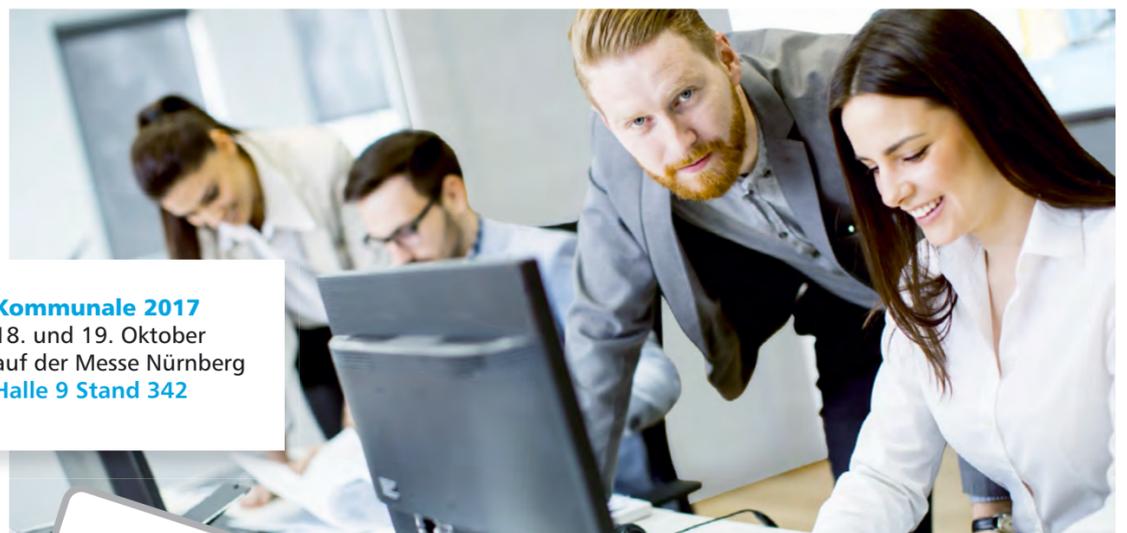
barten Gemeinden im Landkreis oder die Grünwalder Isarbrücke als einzige Querung des Isartals, über welche sich tagtäglich der komplette Verkehr zwischen Pullach und Grünwald quäle.

Auch die Kreisräte zeigten sich durch alle Fraktionen hinweg aufgeschlossen dem möglichen neuen Verkehrsmittel gegenüber. So wurde unter anderem die Idee geäußert, die Gondeln streckenweise auch unterirdisch fahren zu lassen, falls ein vorhandenes Wohngebiet auf der Strecke das Überfliegen unmöglich mache. Ein anderer Kreisrat attestierte einer Gondelbahn das ideale Image für die Region München.

Auf die Nachfrage, warum bislang so wenige Städte auf das Fortbewegungsmittel Seilbahn im klassischen ÖPNV setzen, konnte Prof. Dr. Wagner nur mutmaßen und führte die Skepsis Neuem gegenüber sowie eine möglicherweise fehlende Akzeptanz der Bürger ins Feld. Göbel zeigte sich jedoch aufgeschlossen: „Politik braucht manchmal Mut und Visionen, um Veränderungen anzustoßen und Perspektiven zu bieten.“ □

Besser gleich auf Synergien setzen!

Hand in Hand neu definiert.



Kommunale 2017
18. und 19. Oktober
auf der Messe Nürnberg
Halle 9 Stand 342



Zukunftssicher und auf dem neuesten Stand:
Fachverfahren der SYNERGO®-Generation

Die neuen Fachverfahren der SYNERGO®-Generation sind aus einem Guss: fortschrittlichste Technologie, einheitliche Oberflächen und übergreifende Komfortfunktionen in Anwendung und Administration. Kurzum: Kennen Sie eines, können Sie alle. Das schafft nicht nur produktive Synergien, sondern gibt Ihnen die Gewissheit, zukunftssicher in Ihre Verwaltung investiert zu haben.

www.akdb.de

Jetzt die neue SYNERGO®-
Produktgeneration entdecken!

AKDB
Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

erdgas schwaben:

Vorfahrt für Erdgasfahrzeuge!

GZ-Interview mit den Kommunalkundenbetreuern Helmut Kaumeier und Dr. Sylke Schlenker-Wambach

Spätestens seit über die Zukunft der Dieselfahrzeuge diskutiert wird, rücken alternative Antriebe hierzulande zunehmend ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Vor dem Hintergrund, dass der Durchbruch bei der Entwicklung von Elektroautos noch ausbleibt, drängt sich eine Variante nun geradezu auf: das Fahren mit dem Kraftstoff CNG aus Erdgas und Biomethan. „Längst hat die Gasindustrie ein langjährig erprobtes Konzept vorzuweisen. Erdgasautos sind eine echte Alternative“, stellten die Kommunalkundenbetreuer von erdgas schwaben, Helmut Kaumeier und Dr. Sylke Schlenker-Wambach im Gespräch mit GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel fest.

Oft werde Erdgas als Kraftstoff noch übersehen, betonten die erdgas schwaben-Repräsentanten. Dies sei umso verwunderlicher, als Erdgasautos bezahlbar und umweltschonend seien. So reduzieren Fahrzeuge, die CNG bzw. LNG (Flüssiggas) tanken, die CO₂-Belastung gegenüber Benzin um bis zu 25 Prozent und gegenüber Diesel um bis zu 15 Prozent, zeigte Kaumeier auf. Bei Kohlenwasserstoffen und den Stickstoffoxiden werde im Vergleich zu Benzin- und Dieselfahrzeugen eine Reduzierung um bis zu 90 Prozent verzeichnet. Feinstaub falle so gut wie gar nicht an und bei der Betankung entstünden fast keine Emissionen.

Ausgereifte Technik

Als bereits entwickelte marktfähige Technik mit zahlreichen Serienfahrzeugen namhafter Hersteller – aktuell wurde die CNG-Modellpalette um den Audi A4 Avant g-tron und A5 Sportback g-tron erweitert – ist das Fahren mit CNG eine sofort einsetzbare Alternative, die noch dazu auf die

bekanntem und weiter bestehenden Nachteile der E-Mobilität verzichtet: kurze Reichweiten, lange Ladezeiten, hohe Einstiegs-



Die Kommunalkundenbetreuer von erdgas schwaben Helmut Kaumeier und Dr. Sylke Schlenker-Wambach.

preise, wenige Modelle etc. Für jedes CNG-Fahrzeug gibt es zudem eine Steuervergünstigung.

Zur Zeit sind knapp 100.000 Erdgasfahrzeuge für den privaten, gewerblichen und öffentlichen

Verkehr auf deutschen Straßen unterwegs, für die deutschlandweit mehr als 900 Erdgastankstellen zur Verfügung stehen – Tendenz steigend. Allein in und um Schwaben gibt es momentan 60 CNG-Tankstellen. Seit Jahren bereits ist erdgas schwaben Anbieter und Betreiber öffentlicher CNG-Tankstationen.

Genügend Reichweite

Je nach Reichweite des Fahrzeugtyps kommt ein CNG-Fahr-

zeug mit einer Tankfüllung 300 bis 570 Kilometer weit. Bei allen gängigen Pkw-Modellen mit serienmäßigem CNG-Antrieb kann zusätzlich auf Benzin zurückgegriffen werden, da diese über

zwei Tanks verfügen. Damit erhöht sich die Reichweite deutlich.

Mobilitätskonzept für Bayerisch-Schwaben

Im Rahmen ihres nachhaltigen und klimaschonenden Mobilitätskonzepts für Bayerisch-Schwaben setzt erdgas schwaben Kaumeier zufolge schon lange auf einen umweltschonenden Fuhrpark: Mehr als 80 Prozent der firmeneigenen Fahrzeuge fahren mit Erdgas. Da die Bundesregierung erst kürzlich die Steuerbefreiung des klimaschonenden Treibstoffs bis 2026 verlängert hat, bieten CNG-Fahrzeuge jetzt noch mehr Planungssicherheit.

Wachsende Modellpalette

Auch die Modellpalette an Nutzfahrzeugen, Transportern, Bussen und Sonderfahrzeugen weitet sich laut Kaumeier ständig aus. Erst vor wenigen Monaten bekam erdgas schwaben im Rahmen einer Ausschreibung eine Anfrage, ob Interesse am Bau und Betrieb einer CNG-Tankstelle in Stuttgart bestehe. „Nachdem dieser Standort jedoch weit entfernt ist von unserem Heimatstandort, haben wir dieses Ansinnen dankend abgelehnt“, erklärte der Kundenbetreuer.

Als erfreulich aber wertete er den Umstand, dass auch im benachbarten Baden-Württemberg offensichtlich langsam eine Veränderung hin zu CNG-betriebenen Fahrzeugen stattfindet. In Stuttgart würden derzeit die Müllfahrzeuge auf CNG umgestellt und benötigten hierzu eben entsprechende Betankungsmöglichkeiten.

Regionale Wertschöpfung

In Bayerisch-Schwaben profitieren insgesamt tausende Arbeitsplätze von der CNG-Mobilität. Exemplarisch stehen dafür die Automobilzulieferer Hirschvogel in Denklingen, Grob in Mindelheim und Swoboda in Wiggensbach. „Mit der CNG-Mobilität können sowohl all diese Arbeitsplätze als auch die regionale Wertschöpfung und insbesondere die Steuerkraft erhalten werden“, machte Kaumeier deutlich.



So einfach geht Erdgas tanken! Unsere Aufnahme entstand an der Total-Tankstelle in Nördlingen, die erdgas schwaben mit Bio-Erdgas beliefert.

Kommunen sind in der Verantwortung

Neben der Landespolitik sind aus seiner Sicht auch und gerade die bayerischen Kommunen in der Verantwortung, wenn es darum geht, diesen Weg hin zu umweltschonender Mobilität mit zu ebnet. „Wenn über 2.000 Kommunen in Bayern beschließen würden, dass z. B. ihre Friedhofsfahrzeuge künftig nur noch mit Erdgas fahren, würde ein Hersteller wie VW innerhalb weniger Wochen garantiert ein passendes Fahrzeug anbieten“, zeigte sich der Kundenbetreuer überzeugt. Mit CNG sei es schließlich möglich, ebenso gleichwertig ökologisch unterwegs zu sein wie mit der Elektromobilität. Den Kommunen gab er mit auf den Weg, diese Botschaft gezielt zu kommunizieren. Schließlich hätten die Städte und Gemeinden Vorbildfunktion.

Erdgasfahrzeuge auf der KOMMUNALE

Bereits seit einigen Jahren setzt sich der „Landesinitiativkreis ErdgasMobilität Bayern“, ein Zusammenschluss von Autoherstellern und bayerischen Energieversorgern, u.a. erdgas schwaben, zum Ziel, Fahrzeuge mit CNG-Antrieb als klimaschonende, wirtschaftliche und zukunftsweisende Alternative bekannt zu machen, damit die Zahl der CNG-Fahrzeuge auf Bayerns Straßen weiter zunimmt.

Der LIK Bayern sieht seine Aufgabe in der aktiven Imagebildung und in der Förderung der regionalen Vermarktung von CNG aus Biomethan, Erdgas und Methan aus Ökostrom als Kraftstoff in Bayern. Auf der Fachmesse „Kommunale“ am 18. und 19. Oktober in Nürnberg wird der Initiativkreis mit einem eigenen Stand vertreten sein.

Bio-Erdgas für den Klimaschutz

Ein Zeichen für den Klimaschutz setzt erdgas schwaben auch mit dem Einsatz von Bio-Erdgas, einem „absoluten Zukunftsthema“, hoben Kaumeier und Schlenker-Wambach hervor. Die schwaben regenerativ, eine 100-prozentige Tochtergesellschaft von erdgas schwaben, verfügt bereits über vier laufende Bio-Erdgasanlagen. Eine Anlage produziert seit 2008 in Graben bei Augsburg Bio-Erdgas, eine weitere in Maihingen, in der Nähe von Nördlingen im Donauries. Eine Reinigungsanlage für Biogas ist seit 2009 in Albstadt/Schongau in Betrieb und seit Herbst 2010 speist eine Anlage in Arnschwang/Cham in das bestehende Erdgasnetz ein.

Eingespeist in das bestehende Leitungsnetz hat das Bio-Erdgas die gleichen Eigenschaften wie das gewohnte Erdgas. In punkto CO₂-Reduktion ist es im Verkehrssektor annähernd gleichwertig einsetzbar, wie Kaumeier abschließend erläuterte. **DK**

Leistungsstark zu jeder Jahreszeit.

BayWa



Kommunal- und Gewerbetechnik auf grünen, grauen und weißen Flächen.

Bei Ihrer täglichen Arbeit im Frühling, Sommer, Herbst oder Winter unterstützen wir Sie mit dem Vertrieb und nachgelagerten Service von:

- Traktoren
- Kommunalfahrzeugen
- Lastkraftwagen
- Anbaugeräten
- Anhängern

Ihr verlässlicher Partner für:

- Winterdiensttechnik
- Grünflächenpflege
- Kehren und Reinigen

BayWa AG
Technik

Arabellastraße 4
81925 München

www.baywa.de/kommunal

Kennen Sie schon unsere umfassenden Service-Leistungen?
www.baywa.de/service

GLC F-CELL startet in die Vorserie

Mercedes-Benz kombiniert Strom und Wasserstoff im Zeichen von EQ Power
Weltweit erstes Elektrofahrzeug mit Brennstoffzellen- und Batterieantrieb

Mercedes-Benz präsentierte auf der diesjährigen IAA in Frankfurt mit Vorserienmodellen des neuen Mercedes-Benz GLC FCELL den nächsten Meilenstein auf dem Weg zum emissionsfreien Fahren. Unter der Technologiebezeichnung EQ Power elektrisiert das neueste für die Serie vorgesehene Elektromodell der Mercedes-Benz Familie gleich zweifach, denn es soll weltweit erstmalig die innovative Brennstoffzellen- und Batterietechnik zu einem Plug-in-Hybrid kombinieren: Neben Wasserstoff wird die rein elektrische Variante des beliebten SUV auch Strom „tanken“.

Das intelligente Zusammenspiel zwischen Batterie und Brennstoffzelle sowie kurze Betankungszeiten sollen den GLC FCELL künftig zu einem alltagstauglichen elektrischen Begleiter für die Langstrecke machen. Mit 4,4 kg Wasserstoff an Bord produziert das Vorserienmodell genügend Energie für eine Reichweite von bis zu 437 km im NEFZ. Zusätzlich profitiert der FCELL Fahrer von einer Reichweite von bis zu 49 km im NEFZ aus der großen Lithium-Ionen-Batterie. Eine Leistung von 147 kW sorgt gleichzeitig für Dynamik und lokal emissionsfreien Fahrspaß. Mit der Vorstellung der Vorserienfahrzeuge des Mercedes-Benz GLC FCELL geht Daimler konsequent einen weiteren wichtigen Schritt im Rahmen der Unternehmensstrategie „CASE“.

Ola Källenius, Vorstandsmitglied der Daimler AG, verantwortlich für Konzernforschung & Mercedes-Benz Cars Entwicklung, betont: „Unsere langjährige Erfahrung bei der Brennstoffzellentechnologie zahlt sich beim

neuen GLC F-CELL voll aus: Die hohe elektrische Reichweite, kurze Betankungszeiten und die Alltagstauglichkeit eines SUVs werden ihn zum perfekten Begleiter machen. Möglich wird das erst durch die kompakte Bauweise unseres Brennstoffzellensystems. Ebenfalls eine echte Weltpremiere ist die Kombination mit einer großen zusätzlichen Lithium-Ionen-Batterie, die sich bequem per Plug-in-Technologie aufladen lässt.“

Die Brennstoffzellentechnologie ist fester Bestandteil der Daimler Antriebsstrategie. Unter der Produktmarke EQ bündelt das Unternehmen sein Know-how rund um die intelligente Elektromobilität und bietet ein umfassendes elektromobiles Ökosystem aus Produkten, Services, Technologien und Innovationen. EQ ist deshalb ein elementarer Bestandteil der Unternehmensstrategie für die Mobilität der Zukunft, die Daimler unter dem Begriff „CASE“ zusammenfasst. Die vier Buchstaben stehen für die strategischen Zukunftsfelder

Baden-Württemberg geht gegen Urteil zu Diesel-Fahrverbot vor

Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und sein Stellvertreter Innenminister Thomas Strobl (CDU) haben das Vorgehen zum Fahrverbotsurteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart abgesprochen: Das Land wird sich gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart wehren und Sprungrevision zum Bundesverwaltungsgericht einlegen.

Das Verwaltungsgericht Stuttgart hatte per Urteil im Juli 2017 im Rahmen der auferlegten Fortschreibung des Luftreinhalteplans Stuttgart Fahrverbote verlangt. Dieses Urteil wird damit nicht rechtskräftig und vom BVerwG neu verhandelt. Kretschmann erläuterte, dass er hoffe, dass das BVerwG die schwierigen Rechtsfragen und auch Rechtsunsicherheiten beseitigen kann. **□**



Gemeinsame Freude bei der Übergabe des ersten StreetScooter-Vorführfahrzeugs: Tim Obwald (links), operativer Geschäftsführer von Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge und Michal Fauser (rechts), Verkaufsleiter Süddeutschland StreetScooter GmbH.

Mobilität neu gedacht

Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge verstärkt Sparte E-Mobilität mit StreetScooter Elektro-Transporter

NEU-ULM – Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge ist der erste Vertrags-Stützpunkthändler der innovativen Elektro-Transporter von StreetScooter in Deutschland. Dadurch erweitert der Spezialist für Kommunal-, Lager- und Staplertechnik seine bisherige Angebotspalette im Bereich E-Fahrzeuge deutlich. Mit dem durchdachten Mietkonzept „MIET-e“ ist der Umstieg auf die clevere elektrische Alternative einfach wie nie.

Die wichtigsten Argumente für einen Umstieg auf E-Mobilität liegen auf der Hand: Kompakt, wendig, leise – und ohne Abgas. Insbesondere Kommunen können hier Vorreiter sein und durch die Vermeidung von Schadstoffen, Feinstaub und Lärm die Lebensqualität vor Ort steigern.

„Die StreetScooter ergänzen unser bestehendes E-Fahrzeug-Programm optimal, dadurch sind unsere Kunden nun für jeden Einsatzzweck gerüstet“, verspricht Tim Obwald, Geschäftsführer der Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge in Neu-Ulm. Das Einsatzspektrum der praktischen E-Mobile sieht er in der gewerblichen Nutzung sowie bei Kommunen, wobei die Fahrzeuge, die als Kastenwagen oder Pritschenfahrzeug erhältlich sind, vielfältig eingesetzt werden können.

Post-Tochter

Der Elektro-Fahrzeuge-Spezialist StreetScooter ist ein Tochterunternehmen der Deutschen Post, dort werden die Fahrzeuge seit 2015 erfolgreich im harten Post-Alltag eingesetzt. StreetScooter fertigt die Elektro-Transporter in hohen und wachsenden Stückzahlen in Aachen.

Kaufen oder mieten

Wer auf Nummer sicher gehen will, dem empfiehlt Obwald zunächst das Miet-Konzept „MIET-e“. Ein optionales Sorglos-Service-Paket sorgt dafür, dass auf die Kunden keine versteckten Kosten zukommen (siehe auch www.miet-e.com). „Im Anschluss an

die Mietzeit oder wenn Sie schon vorher während der Mietdauer überzeugt sind, können die Fahrzeuge durch die enthaltene Kaufoption jederzeit käuflich zu vorteilhaften Bedingungen übernommen werden“, erklärt der Geschäftsführer.

Einfach im Alltag

Alle StreetScooter-Fahrzeuge sind gut durchdacht, variabel im Aufbau und an jeder haushaltsüblichen 220V-Steckdose aufladbar. Die StreetScooter fahren mit gut 85 km/h zügig im fließenden Stadtverkehr mit – dank integriertem Ladegerät ist das Wiederaufladen des Lithium-Akkus an jeder Steckdose möglich, auch Zwischenladungen sind möglich, ohne dem Akku zu schaden.

Vielfältige Einsatzbereiche

Neben den Modellen Kastenwagen und Pritschenfahrzeug werden die StreetScooter auch als Fahrgestell für individuelle Aufbauten geliefert. Ausstattungen wie Rückfahrkamera, Navigationssystem oder Sitzheizung gehören zur umfangreichen Basisausstattung aller StreetScooter.

Sicherheit groß geschrieben

Auch Sicherheit wird mit ABS, ESC, Fahrer-Airbag und elektrohydraulischer Servolenkung bei StreetScooter groß geschrieben.

Vorführfahrzeuge stehen bei Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge als Stützpunkthändler für Probefahrten und Testeinsätze zur Verfügung. □



„Das ist Effizienz“, sagt GaLa-Bauer Stefan Schatz über seinen Unimog U 530. □

Profi für den Job im GaLa-Bau

„Am Ende des Tages erledigt den Job keiner besser“

„Schatzgarten“ nennt Stefan Schatz seinen Betrieb für Garten- und Landschaftsbau. Ein Schätzchen hat sich der kreative Gartenbaumeister mit seinem neuen U 530 zugelegt. Sein „blaues Wunder“ hat er mit Unimog Verkäufer Markus Förster so konfiguriert, dass er fast alles kann, was im GaLa-Bau anfällt.

Stefan Schatz betont gerne, dass er „nur ein einfacher Handwerker“ sei. Abgesehen davon, dass Handwerk nichts mit „einfach strukturiert“ zu tun hat, beweist der GaLa-Bau-Meister täglich, was ein kreativer Kopf für gute Ideen hat. Dabei geht es um tolle Pool-Außenanlagen, durchdachte Koi-Teiche oder exotische Ziergärten. Schatz wird aber auch – und vor allem – kreativ, wenn es um seinen Fuhrpark geht. Da stehen Universalität und Wirtschaftlichkeit im Vordergrund. Er hat ein plakatives Beispiel für seine Mentalität: „Nehmen Sie eine Panzerhaubitze. Die hat enorme Durchschlagskraft, viel mehr als ein Kampfpfänger. Aber in der Summe seiner Eigenschaften ist Letzterer das durchschlagskräftigere Fahrzeug, weil wendiger, schneller, variabler im Einsatz. Und da bin ich bei meinem Unimog: Es mag Fahrzeuge geben, die in einzelnen Punkten besser sind. Aber am Ende des Tages erledigt den Job keiner besser.“

Grünstreifen schneiden und Bäume roden

Was der findige Gartenbaumeister genau meint, zeigt er beim Einsatz seines U 530. Einer der heutigen Aufträge: den breiten Grünstreifen zwischen einem Waldweg und einer viel befahrenen Bundesstraße ausschneiden und einige windschiefe Bäume roden, die auf die Straße zu fallen drohen. Dazu kuppelt Schatz einen massigen Anhänger an den Unimog, der Hacker und Kurzholzkran samt Baumgreifer und Säge integriert. Die Trommel des Hackers braucht enorme Antriebsleistung, weil ihre Einzugswalze Stämme bis zu 50 Zentimeter Durchmesser frisst, die anschließend zu fingergroßen Schnitzeln verarbeitet werden. Ihre Kraft bezieht sie vom Unimog-Zapfwellenantrieb. Die Kranhydraulik funktioniert über die im U 530 verbaute Hydraulikanlage.

Zum Repertoire von Stefan Schatz gehört die Baumpflege in Städten ebenso wie Großhacksel-einsätze auf Autobahnen oder Seilklettertechnik auf engstem Raum. Dazu passt am besten sein wendiger und vielseitiger U 530.

Dank Fernbedienung sicher zu steuern

Weit außerhalb des Gefahrenbereichs steht Stefan Schatz mit seiner Fernbedienung. Geschickt klappt er den Kran aus und setzt mit dem Greifer kurz unterhalb der Krone an. Ein kurzer Tipp am Schalter der Fernbedienung, die Kettensäge klappt aus und trennt die Krone sauber vom Stamm. Schatz lässt das abgeschnittene Holz auspendeln und führt es gekonnt dem Förderband des Hackers zu. Spätestens jetzt wissen wir, warum uns der fürsorgliche Gartenbaumeister mit Gehörschutzstöpseln ausgestattet hat. Der Hacker ist so laut wie effektiv. Noch ein paar gekonnt ausgeführte Kranbewegungen, einige Lärmpeaks – und der gut 15 Meter hohe Baum ist Geschichte. In den Phasen, in denen es etwas ruhiger ist, meint Schatz: „Hören Sie, wie sauber der Load-Sensing-Regler die Kraftabnahme am Motor anpasst? Das begeistert mich jedes Mal aufs Neue, wie das Motor- und Nebenabtriebs-Management die Kraftabgabe regelt. Da rückt keine Hydraulik und die Drehzahl geht keine Umdrehung nach unten – selbst wenn der Hacker die ganz dicken Stämme verarbeitet.“ Das Thema Hydraulik ist Stefan

ter. „Mit keinem anderen Fahrzeug dieser Leistungs- und Gewichtsklasse käme ich hier durch. Aber der Unimog ist äußerst wendig. Der kurze Radstand in Verbindung mit dem hohen Lenkeinschlag ermöglicht es mir sogar unter solchen Bedingungen, mit dem Anhänger zu fahren. Feinfühlig zirkelt Schatz sein Schätzchen durch den Tann. Dank niedriger Gesamtübersetzung hat die Kupplung des automatisierten Getriebes kein Problem. Bis auf gefühlvolles Gas geben muss der Unimog-Pilot nichts machen.

Köner im Garten- und Landschaftsbau

Dass er nicht nur ein Köner im Garten- und Landschaftsbau ist, sondern viele weitere Talente hat, zeigt die Kipperbrücke. „Da gab's nichts, was mich zufrieden stellte“, erzählt Schatz. „Deshalb habe ich mir einen Grundbausatz geholt, die doppelten Aufsetzbordwände samt hydraulisch betätigter Laderaumabdeckung aber selbst konstruiert, geschweißt, lackiert und montiert.“ Die erhöhten Bordwände bringen Volumen. So braucht Stefan Schatz kein zweites Fahrzeug mitzunehmen, um die entstehenden Hackschnitzel abzutransportieren.

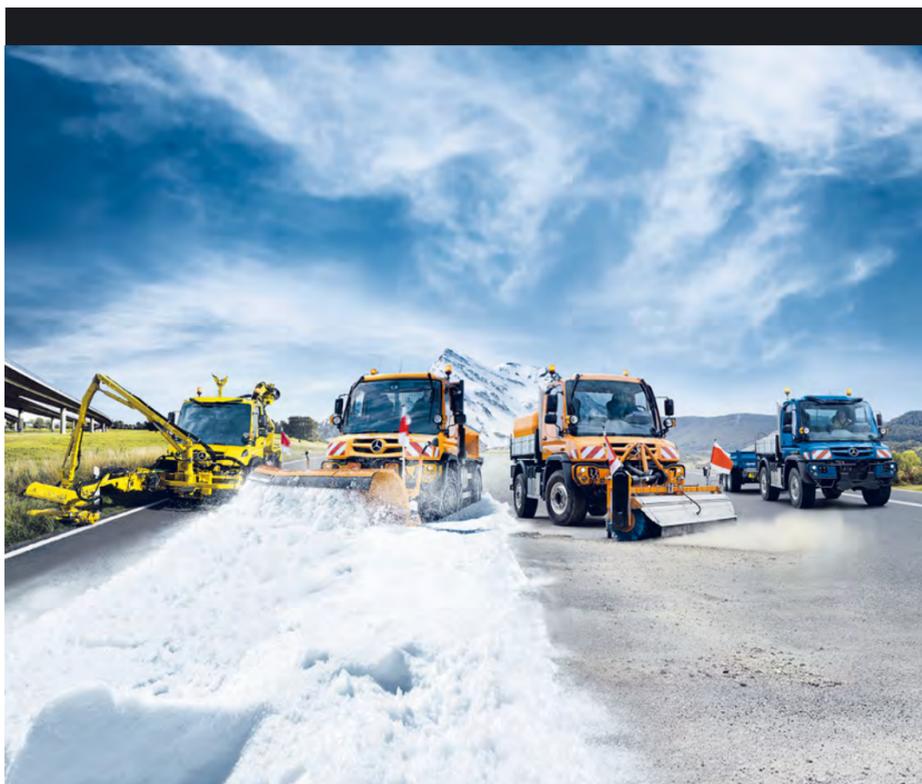
Der nächste Auftrag ruft: ein idyllischer kleiner Park, versteckte kleine Wege und es geht immer tiefer hinein. „Auch deshalb der Unimog“, lacht Schatz über das skeptische Gesicht seiner Beglei-

und hängt seinen großvolumigen Zentralachsanhänger an. Dem hat der Handwerksmeister vorne einen Kran mit großem Schalengreifer angebaut. Mit der Ladehilfe ist er ein wenig frontlastig. Unmerklich geben die Spiralfedern des Unimog nach. „Beladen liege ich damit bei knapp unter zwei Tonnen Stützlast“, hat Schatz ausgerechnet. „Damit erreiche ich genau den Bereich, in dem ich noch 80 km/h fahren darf.“ Theoretisch bietet der U 530 ein Zuggesamtwert von 40 Tonnen.

Staubig wird es, als Schatz am Hof seinen Anhänger vollbaggert. Sonor brummt der OM 936, treibt die Hydraulik für den Kran, als wäre es nichts. Immer wieder ein leises Paffen aus dem Motorraum. „Eine pfiffige Idee“, meint Schatz. „Eine von vielen. Der Wendelüfter, der mit Gegenblenden die Kühlleistung erhält und lästigen Staub wegbläst.“

Der GaLa-Bauer weiß, dass nicht nur der niedrige Verbrauch seines Unimog zu hoher Gesamtwirtschaftlichkeit beiträgt. „Ich muss mit dem U 530 nur alle 1.400 Betriebsstunden zum Service – also etwa einmal im Jahr. Das sichert mir lange Einsatzintervalle.“ Wer mit Stefan Schatz einen Tag lang unterwegs ist, merkt schnell, dass der Hüne seinen Unimog ansieht wie andere ihren Sportwagen oder ihre Luxuskarosse. „Für mich ist das ein ideales Fahrzeug“, amüsiert sich der Gartenbaumeister über einen entsprechenden Hinweis.

Quelle: Unimog Magazin 1/2017
Text: Gerhard Grüning
Fotos: Henrik Morlock



365 Tage voller Tatendrang.

Maximale Auslastung im Ganzjahreseinsatz mit dem Unimog Geräteträger. Kommunale Aufgaben sind niemals erledigt: Unzählige kleine und große Jobs möchten zuverlässig und schnell erledigt werden – allen voran Mähen, Mulchen und Gehölzpflege, Winterdienst, Kehren

und Reinigen sowie Laden und Transportieren. Hier bringt der Unimog seine Vielseitigkeit ins Spiel. Denn der Geräteträger kann dank seiner standardisierten hydraulischen, mechanischen und elektrischen Schnittstellen eine Vielzahl von Geräten antreiben.



Profitieren Sie unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de
Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de
Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de
KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Euregio Egreensis:

Resolution zur EU-Förderpolitik

Aktuell stehen wichtige Weichenstellungen für die EU-Förderprogramme im Zeitraum 2020 bis 2026 an. Daher verabschiedeten Vertreter der Euregio Egreensis in einer gemeinsamen Sitzung der drei Arbeitsgemeinschaften Bayern, Böhmen und Sachsen/Thüringen eine Resolution zur künftigen Förderpolitik der EU.

Wie die bayerische Euregio-Präsidentin Dr. Birgit Seelbinder bei dem Treffen im Landratsamt Wunsiedel betonte, „gilt es vor dem Hintergrund tiefgreifender Veränderungen in der Europäischen Union wie dem Brexit und den damit verbundenen Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinschaft,

rechtzeitig die Interessen der Grenzregionen zu artikulieren, um eine langfristige Beeinträchtigung der Förderpolitik für die territoriale Zusammenarbeit in Europa zu vermeiden.“

Die Euregio Egreensis ist seit den 1990er Jahren in die Umsetzung der verschiedenen INTERREG-Programme zwischen Bay-

ern, Sachsen und Tschechien bzw. in das PHARE-CBC-Programm auf tschechischer Seite eng eingebunden. In den Programmen INTERREG III A (2000-2006), Ziel 3 bzw. INTERREG IV (2007-2013) und Ziel ETZ Freistaat Bayern-Tschechische Republik 2014-2020 (INTERREG V) bzw. dem Kooperationsprogramm Freistaat Sachsen-Tschechische Republik 2014-2020 wurde die Position der Euregio durch die Übertragung bestimmter Aufgaben kontinuierlich und erheblich gestärkt.

„Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass auf der Ebene der Organisation ein umfangreiches Wissen und viel Erfahrung in der Arbeit angesammelt wurden“, heißt es in der Resolution. Gleichzeitig konnten in all den Jahren im Gebiet der Euregio zahlreiche große und einige grenzüberschreitende Projekte mit Unterstützung aus europäischen Mitteln geplant und umgesetzt werden. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit habe damit einen echten Mehrwert für die betroffenen Regionen erbracht.

Ungeachtet dieser positiven Entwicklung bleibe jedoch festzuhalten, dass die nachhaltigen Folgen der jahrzehntelangen und durchdringlichen Grenze zwischen Ost und West in den betroffenen peripheren und überwiegend ländlich strukturierten Teilregionen im Grenzgebiet Bayern-Sachsen/Thüringen-Böhmen noch lange nicht überwunden sind.

Gemeinsame regionale Identität schaffen

Eine abgestimmte Regionalentwicklung, das Überbrücken kultureller und sprachlicher Unterschiede, der Abbau regionaler, wirtschaftlicher und struktureller Disparitäten oder die Schaffung einer gemeinsamen regionalen Identität blieben weiterhin große Herausforderungen und Ziele für die Zukunft.

Kohäsion im Sinne eines wirtschaftlichen und sozialen

Landkreis Rosenheim:

Abfallwirtschaft als Erfolgsgeschichte

Im Rahmen der offiziellen Jubiläumsfeier „60 Jahre Landkreismüllabfuhr Rosenheim“ lobte Landrat Wolfgang Berthaler die Gründungsväter, die damals eine hygienisch einwandfreie Müllabfuhr verwirklicht hätten. Im September 1957 wurde der erste neue Müll-Lkw in Dienst gestellt. Auch wurden die Verantwortlichen, die das System der Landkreismüllabfuhr stetig weiterentwickelten und die Mitarbeiter, die täglich bei jedem Wetter die Restmülltonnen leeren, entsprechend gewürdigt.

Der Landkreis Rosenheim zählt zu den wenigen Kommunen in Bayern, die Müllentsorgung und Wertstoffsammlung durch einen landkreiseigenen Betrieb gewährleisten. Dass dies funktioniert, zeigte Berthaler anhand der Müllgebühren, die derzeit neu kalkuliert würden, auf. Tendenziell könnten diese weiter verringert werden. Vor fünf Jahren bereits waren die Müllgebühren um rund 20 Prozent gesenkt worden, nachdem sie zuvor 17 Jahre stabil geblieben waren.

Lob gab es vonseiten des Landrats auch für die Bürgerinnen und Bürger, die Wertstoffe sammeln und so die Restmüllmenge reduzierten. So sank in den vergangenen 20 Jahren die Restmüllmenge um über 8.000 Tonnen, obwohl im gleichen Zeitraum die Einwohnerzahl des Landkreises um etwa 20.000 anstieg.

Berthaler zeigte sich überzeugt davon, dass der moderne,

Zusammenhalts innerhalb der EU und territoriale Kooperation im Sinne von grenzüberschreitender Zusammenarbeit benötigten daher gerade an den ehemaligen EU-Außengrenzen zu den mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten auch über das Jahr 2020 hinaus entsprechende Hilfe bei der Bewältigung dieser Ausgangslage. Viele Aufgaben und Projekte, die in anderen europäischen Regionen bereits grenzüberschreitend gelöst oder erarbeitet werden, stünden hier noch ganz am Anfang oder seien noch überhaupt nicht aufgegriffen worden.

Kleinprojekte weiter fördern

Die kommunal und regional Verantwortlichen in der Euregio Egreensis appellieren deshalb an die Entscheidungsträger auf nationaler Ebene, vor allem aber auf europäischer Ebene, die Fördermöglichkeiten für territoriale Kooperation im Allgemeinen und für grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Besonderen ab 2020 im bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten und sogar auszuweiten. Zudem seien grenzüberschreitende Kleinprojekte und Begegnungsmaßnahmen (people-to-people-Projekte) auch in Zukunft in der Förderung zu belassen, da sich gezeigt habe, dass auf diese Weise der europäische Gedanke und das Wirken der Europäischen Union unmittelbar an der Basis bei vielen Menschen vor Ort wahrgenommen werden.

Darüber hinaus wird gefordert, die Kleinprojektförderung künftig direkt in den Strukturverordnungen zu verankern, diese weiterhin dezentral vor Ort zu verwalten und deren Administration zu vereinfachen. Auch sollten die Aufgaben der Euroregionen innerhalb der Förderprogramme erhalten und in den Strukturverordnungen verankert und gestärkt werden - zum Beispiel in der Mitwirkung in den Entscheidungsgremien für die Genehmigung von Großprojekten und in der Abwicklung der Kleinprojektförderung -, „da es sich gezeigt hat, dass die regionale Ebene die beste ist, um grenzübergreifende Programme und Projekte im Sinne der Europäischen Union umzusetzen.“ DK

Niederbayern rückt näher an die Region Pilsen

Die Regionen Pilsen und Niederbayern rücken näher zusammen. Das war das Ergebnis eines Kennenlernbesuchs von Dr. Olaf Heinrich, Präsident des Bezirkstags und der Europaregion Donau-Moldau (EDM), und Regierungspräsident Rainer Haselbeck beim Pilsener Regionspräsidenten Josef Bernard. Bernard, seit verganginem Jahr im Amt, bekräftigte dabei den Willen, mit Niederbayern zusammenzuarbeiten, gerade auch in Sachen EDM.

„Wir haben keine größeren Freunde als in Deutschland“, bekräftigte der Regionspräsident bei einem sehr offenen Gespräch. Gleichzeitig warb er um Unterstützung bei grenzüberschreitenden Infrastrukturprojekten.

Es gebe keine bessere wirtschaftliche Zusammenarbeit als mit Deutschland, erklärte Bernard den Besuchern aus Niederbayern. Gerade Bayern sei ein wichtiger Wirtschaftspartner. Die längste Grenze habe die Region Pilsen mit der Oberpfalz, dennoch seien die Beziehungen mit dem ebenfalls angrenzenden Niederbayern enorm wichtig. Auch Heinrich freute sich über die guten Kontakte: „Und wir sehen mit Bewunderung, wie sich die Region Pilsen entwickelt hat.“ Die Region Pilsen, so der Bezirkstagspräsident, sei für Niederbayern ein sehr wichtiger Partner: „Die gemeinsame Landesgrenze ist deutlich länger als die zu Südböhmen.“

Gerade aber aus diesem Grund sei eine weiterentwickelte Kooperation nötig, erklärte Heinrich. Denn: Ab 2020 beginnt bei der Europäischen Union die neue Förderperiode. Gab es dabei bislang Mittel in Grenzräumen, stehe dies beim nächsten Mal in den Sternen, da sich beide Regionen, Niederbayern und Pilsen, enorm entwickelt hätten und daher nur noch schwieriger an Förderungen gelangen werden. Dr. Heinrich sieht auf Anraten von EVP-Fraktionschef und Europaabgeordnetem Manfred Weber hier Chancen, wenn die EDM die Rechtsform eines Europäischen Verbandes Territorialer Zusammenarbeit (EDM) wählt, der förderfähig wäre und an neue Töpfe der EU andocken könnte.

Der Bezirkstagspräsident warb dafür, nach Jahren der intensiven Zusammenarbeit der EDM, die insgesamt sieben Regionen in Bayern, Tschechien und Öster-

reich vernetzt, nun zu entscheiden, ob die Kooperation intensiviert werden soll. Der Fokus solle auf einige wenige, aber aussagekräftige Projekte gelegt werden, die gefördert würden und die Region weiter nach vorne bringen würden. Auch der Regierungspräsident bekräftigte die Notwendigkeit, sich auf die neue Lage in der Europäischen Union einzustellen: „Nach dem Brexit fällt Großbritannien als einer der großen Nettozahler in der EU weg. Der Kuchen der Fördergelder wird somit kleiner.“

Dennoch, so Heinrich, gebe es in Sachen Gründung eines EVTZ noch viele offene Fragen. Bernard signalisierte die Bereitschaft, sich gemeinsam auf den Weg zu machen und diese Unklarheiten auszuräumen. Dazu wurde beschlossen, einen Besuch in Brüssel zu organisieren, um mit Manfred Weber und den tschechischen Europaabgeordneten Informationen über eine mögliche Gründung des EVTZ, aber auch die Möglichkeit, durch die Einrichtung Fördergelder zu bekommen, zu sammeln. □

Landkreis Miltenberg:

Trauer um Altlandrat Roland Schwing

Völlig unerwartet ist der ehemalige Landrat des Landkreises Miltenberg, Roland Schwing, während seines Urlaubs in Südtirol gestorben. Der 68-jährige CSU-Politiker hatte 28 Jahre lang - von 1986 bis 2014 - die Geschicke des Landkreises Miltenberg gelenkt und sich einen Ruf als unermüdlicher Macher und Motor erworben. Zudem wirkte der Verstorbene verantwortungsvoll für die Gemeinschaft als Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags und als Mitglied des Deutschen Landkreistags.

„Roland Schwing hat sich auf so vielen Feldern in einer Art und Weise um den Kreis Miltenberg verdient gemacht, dass ich das gar nicht in Worte fassen kann“, würdigte Landrat Jens Marco Scherf die Leistungen seines Vorgängers. Wie kein anderer habe er den unterfränkischen Landkreis geprägt. „Wir sind alle geschockt und entsetzt“, so der amtierende Landkreischef.

Der gebürtige Röllbacher und Diplom-Wirtschaftsingenieur führte von 1974 bis 1984 die Kreis-JU, 1984 zog er erstmals als Abgeordneter in den Miltenberger Kreistag ein. Für seine Verdienste wurde Roland Schwing unter anderem mit dem Bundesverdienstkreuz, der Kommunalen Verdienstmedaille und dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet.

Zu seinem 65. Geburtstag hatte Kommunalminister Joachim Herrmann Roland Schwing ein „herausragendes Engagement im Dienst der kommunalen Selbstverwaltung“ bescheinigt. Mit seiner richtungsweisenden Kommunalpolitik habe er sich einen hervorragenden Namen weit über die Landkreisgrenzen gemacht. Dynamisch und zielorientiert habe der Landrat die Weichen für die Entwicklung des Landkreises zu einem modernen Wirtschaftsstandort mit einer leistungsfähigen Verwaltung gestellt.

Herrmann hob die Umsetzung wichtiger Verkehrsprojekte wie den Bau der Mainbrücke zwischen Sulzbach und Niedernberg oder den Ausbau des Bildungsbereichs wie die Erweiterung und Sanierung des Schulzentrums in Elsenfeld als Beispiele erfolgreichen Wirkens des Landrats hervor. Auch die Sicherstellung einer wohnortnahen, leistungsfähigen Krankenhausversorgung oder die Neuordnung der Tourismusstrukturen hätten dazugehört. Seine Freude am Gestalten habe Roland Schwing auch in den Bayerischen Innovationsring eingebracht, den er seit seiner Gründung im Jahr 1997 viele Jahre betreut hatte. DK

Mainfranken Messe-Splitter:

Liveschalte nach Mwanza in Sachen nachhaltiger Tourismus

Die Bande zu Mwanza, Würzburgs tansanischer Partnerstadt am Victoria-See, festigten sich in den letzten Jahren durch zahlreiche Projekte und Förderprogramme in Sachen Klimaschutz und Wirtschaftsförderung. Nun hat man sich der nächsten großen Aufgabe verschrieben: Mwanza soll sein großes touristisches Potenzial besser nutzen. Würzburg unterstützt diesen Prozess und vermittelt Knowhow beispielsweise in den Bereichen Hotellerie, Kongresswesen, Marketing oder Ausbildung.

Auf der Mainfranken Messe gab Projektkoordinator Dr. Bernd M. Schmitt vom Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Standortmarketing bei einem einstündigen Bühnenprogramm einen tiefen Einblick in diesen Austausch.

Lebhaft wurde dieser Vortrag durch Videoeinspielungen, die alle maßgeblichen Akteure zu Wort kommen ließen. Zudem gab es via Skype eine Liveschaltung zu Delphine Kessy von der St. Augustine Universität (SAUT) in der Partnerstadt. Sie meldete sich direkt von einem Netzwerker-Treffen - zusammen mit vielen in Würzburg bekannten Weggefährten.

Gemeinsam berichteten Kessy und Dr. Schmitt den Messebesuchern von den bereits erfolgten Austauschprogrammen. Zuletzt

war im Sommer eine Delegation in Würzburg.

Geplante Akademie

Für die Zukunft plant man an der SAUT eine Akademie mit touristischer Ausrichtung. Für Mwanza und den nachhaltigen Erfolg dieses Projekts sprechen eine Reihe von Gründen: Die Partnerstadt liegt nur eine gute Stunde Autofahrt vom Besuchermagnet Serengeti entfernt, ein internationaler Flughafen und exklusive Hotels sind bereits vorhanden, weitere Sehenswürdigkeiten wie ein Museum über den Stamm der Sukuma oder das Gunzert House aus der Kolonialzeit stehen vor Sanierungen. Diese vielen Puzzle-Teile müssen nun nur noch geduldig zusammengesetzt werden. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 51 vom 01.01.2017

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Die Not wird immer drängender

Mehr als 300 Menschen leben in Würzburg in einer städtischen Verfügungswohnung

Würzburg. Viel Gepäck hatte der Mann nicht. Mit der wenigen Habe, die er besaß, zog er an Weihnachten 2015 in eine Gartenlaube. Keine gute Unterkunft im kalten Winter. Die städtische Wohnungsnotfallhilfe erfuhr, wie der Mann hauste, und vermittelte ihm ein Zimmer in der Obdachlosenunterkunft Sedanstraße – was er auch akzeptierte. Sechs Monate lebte er dort. „Vor einem Jahr gelang ihm der Umzug in eine eigene Wohnung“, so Kilian Bundschuh von der Wohnungsnotfallhilfe.

Der Fall dieses Seniors ist für Bundschuh gleichzeitig typisch und untypisch. Typisch daran sei, dass es in Würzburg immer mehr ältere Menschen gibt, die keine Wohnung mehr haben. Von den 89 Bewohnern der Sedanstraße sind derzeit 23 über 65 Jahre alt. Weniger typisch ist, dass es einem Wohnungslosen in vergleichsweise kurzer Zeit gelang, eine Sozialwohnung zu ergattern. „Andere suchen jahrelang“, sagt Bundschuh. Manche Bewohner der Sedanstraße hätten die Suche inzwischen aufgegeben. Sie glauben nicht mehr daran, dass jemals noch irgendein Vermieter Ja zu ihnen sagen würde.

Der 68-Jährige, der nun in einer Sozialwohnung der Stadtbau lebt, hatte zuletzt 2009 eine eigene Wohnung gehabt. „Die wurde ihm wegen Eigenbedarf gekündigt“, erklärt Bundschuh. Danach kam der Mann vier Jahre lang bei Bekannten unter. Doch das ging auf Dauer nicht gut. So entschloss er sich zum Umzug in die Gartenlaube.

Laut Bundschuh gibt es viele Gründe, weshalb Menschen ihre Wohnung verlieren. Kündigungen aufgrund von Eigenbedarf sind nicht selten. Auch zerbrochene Beziehungen können in Wohnungslosigkeit münden. So war es bei einer 67-jährigen Frau, die vor zwei Jahren in die Sedanstraße zog. Ihre Beziehung war zum Schluss so belastend gewesen, dass die Frau beschloss, sich zu trennen und ins „Nichts“ zu gehen. 2015 zog sie in das Dachgeschoss der Sedanstraße, wo es Zimmer für Frauen gibt. Seither

sucht sie nach einer Wohnung. Bisher vergeblich.

Wie viele Menschen in Würzburg wohnungslos sind, kann Bundschuh mangels Statistik nicht sagen. Fassbar bleibt einzig die Zahl jener Menschen, die in einer städtischen Verfügungswohnung oder in der Obdachlosenunterkunft leben. „Das sind momentan 301 Personen“, so der ehemalige Mitarbeiter der Bahnhofsmision. Der Anteil der Minderjährigen beträgt fast ein Drittel.

Die Zahlen steigen jedes Jahr. Vor vier Jahren registrierte die Wohnungsnotfallhilfe erst rund 250 Menschen ohne eigenes Dach über dem Kopf, darunter 68 Kinder. Vor allem wegen der kinderreichen Flüchtlingsfamilien stieg die Kinderzahl stark an. So wurden im vergangenen Jahr zwölf syrische Familien mit insgesamt 48 Personen in Verfügungswohnungen aufgenommen.

Die Stadt unterstützt Menschen, die in der Gefahr schweben, ihre Wohnung zu verlieren. In der Abteilung „Wohnungssicherung“ innerhalb der Fachstelle Wohnungsnotfallhilfe wird zum Beispiel geklärt, ob Mietschulden übernommen werden können. Auch vermitteln Bundschuhs Kollegen bei einer Kündigung oder Räumungsklage zwischen Mieter und Vermieter. In dieser Abteilung wurden im vergangenen Jahr insgesamt 179 Notfälle bekannt. 83 Mal war es zu einer Räumungsklage, 54 Mal zu einer fristlosen Kündigung gekommen.

Kilian Bundschuh versucht in der von ihm geleiteten Abteilung „Gefährdetenhilfe“, Menschen

bei der Suche nach neuen vier Wänden zu unterstützen. „Wir haben allerdings selbst keine Wohnung, in die wir vermitteln könnten“, betont er. Genau mit dieser Hoffnung kommen jedoch etliche Klienten zu ihm. Immer wieder muss Bundschuh erklären, dass er nur Unterstützung anbieten kann. Diese Unterstützung ist oft sehr intensiv. Mit einem Beratungsgespräch ist es selten getan. Oft kommen die Klienten immer wieder. 2.500 Mal wurde die Gefährdetenhilfe 2016 kontaktiert: „Das bedeutet eine Steigerung im Vergleich zum Vorjahr um 40 Prozent.“

Dass sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt entspannt, glaubt Bundschuh nicht. Im Moment verschlechtert sie sich eher. So reißt die Stadtbau in Grombühl zehn Häuser ab. Fast 150 günstige Wohnungen fallen weg. Auf dem Hubland sollen gerade einmal 90 Sozialwohnungen entstehen. In deren Genuss kommen vermutlich Familien mit geringen Einkommen. Und kaum Bundschuhs Klienten.

Mehr Unterstützung verspricht sich der Sozialarbeiter künftig vom Allgemeinen Sozialdienst der Stadt. Dort entsteht gerade ein neues Projekt der aufstrebenden Erwachsenenarbeit. Dadurch könnte es nach Bundschuhs Einschätzung gelingen, einem Wohnungsverlust sehr früh vorzubeugen.

Keine Lösung zeichnet sich für jene Menschen ab, die aus Osteuropa nach Würzburg kamen. Auch sie werden zwar in der Obdachlosenunterkunft untergebracht. Doch sie erhalten keinerlei Sozialleistungen. Bundschuh: „So wie es das EU-Recht.“ Fünf osteuropäische Männer leben gerade in der Sedanstraße von der Hand im Mund. Alle hoffen, eine Arbeit zu finden. Bundschuh hilft ihnen bei den Bewerbungen. Auf Wohnungssuche braucht er mit diesen Klienten gar nicht erst zu gehen. Wie auch. Ohne einen Euro in der Tasche.

Dass Menschen, die von Hartz IV leben oder nur sehr wenig verdienen, kaum Chancen auf dem Wohnungsmarkt haben, treibt auch den evangelischen Pfarrer Werner Schindelin um. Als Vorsitzender des Vereins „Ehrenamtlicher Sozialdienst“ wandte er sich unlängst mit einem ungewöhnlichen Vorschlag an Innenstaatssekretär Gerhard Eck. Schindelin fordert ein Sonderprogramm für Menschen in prekären Lebenslagen, damit auch sie sich Wohneigentum zulegen können.

„Alle Programme für Zuschüsse oder verbilligte Darlehen, die im Innenministerium aufgelegt wurden, setzen Eigenmittel voraus“, erläutert er. Doch Hartz IV-Empfänger haben keine Eigenmittel. Weshalb sie von der Möglichkeit ausgeschlossen sind, mit staatlicher Hilfe Wohneigentum zu kaufen. Schindelin fordert den Staat auf, Menschen in prekären Lebenslagen die nötigen Eigenmittel vorzustecken. Die vorgestreckte Summe könne in einem Zeitraum von 20 bis 30 Jahren abbezahlt werden. Die aktuelle finanzielle Situation des Freistaats erlaubt es nach Schindelins Einschätzung, ein solches Sonderprogramm aufzulegen. **pat**

die sich für das Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung engagieren. Wir freuen uns sehr, dass wir im barrierefreien ‚Fugger und Welscher Erlebnismuseum‘ einen solchen Partner gefunden haben“, so der Sozialstaatssekretär. **□**

GZ

Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Dieses Jahr gönne ich mir was. Ich fahre nach Frankfurt, in die Stadt der Messen für totgesagte Branchen, und werde mich mal so richtig beim Stöbern in den Buchneuerscheinungen verausgaben.“ Mein Chef, der Bürgermeister, ist halt ein Büchernarr und obendrein frankophil. Also zwei Gründe, zur Buchmesse zu fahren, denn Frankreich ist heuer das Partnerland der traditionellen Bücherschau.

Um alle Frankfurt-philien gleich zu beruhigen: Das mit den toten Branchen war Ironie. Der Chef bezog sich einerseits auf ein breites Unken in der Presse, wonach die IAA als Hochamt der sterbenden Verbrennungsmotoren gesehen wurde, weil Tesla auf der Messe 2017 nicht vertreten war. Da wusste die Welt aber noch nicht, dass Tesla schlicht die Mengenproduktion eines Mittelklassewagens nicht im Kreuz hat und deshalb

Der Lese-Herbst ist eingeläutet!

wohl von anderen Sorgen geplagt wird, als einen Messeauftritt im Autoland schlechthin zu planen. Und dann natürlich auf die Buchbranche, der seit Jahren angesichts von Social Media und elektronischen Angeboten der Garaus prophetisch wird und die dennoch putzmunter von Rekord zu Rekord eilt.

Zwar gibt es mit Leipzig im Frühjahr noch eine andere große Bücherschau in Deutschland, aber Frankfurt ist und bleibt das klassische Stelldichein aller, die an Publishing interessiert sind. Warum? Weil der Herbst einfach die Ich-rolle-mich-auf-dem-Sofa-zusammen-und-schmökere-Zeit schlechthin ist. Ob Pageturner, wie spannend und fesselnd geschriebene Bücher neudeutsch heißen, große Literatur oder Sachbuch – wenn es draußen ekelig und drinnen kuschelig ist, wenn der Tee in der Tasse dampft und die Lieblings-Playlist im Hintergrund läuft, dann greift man gerne zum Buch. Zum richtigen Buch. Denn so praktisch und mittlerweile unverzichtbar der E-Book-Reader am Strand, auf Reisen oder beim Pendeln in überfüllten Regionalzügen und S-Bahnen ist, im Wohnzimmer will man das haptische Gefühl und den Duft von Papier.

Eingeläutet wird der Lese-Herbst ja traditio-

nell von der Verleihung von Preisen. Nobelpreis, Friedenspreis des Buchhandels, Deutscher Buchpreis und viele andere renommierte und bemühte Preise mehr werden ab Oktober öffentlichkeitswirksam verliehen. Und ab und zu gelingt den Juroren eine besondere Ironie, etwa wenn in diesem Jahr, in dem Großbritannien im Brexit-Strudel langsam untergehend nur noch die Einwanderung be-

grenzen will, ein japanisch stämmiger Autor, Kazuro Ishiguro, als Chronist des alten Britanniens gefeiert wird.

Auch für die Buchmesse ist 2017 ein besonderes Jahr mit dem Partnerland Frankreich, in dem Literatur ja eine noch viel größere Rolle spielt als bei uns. So gehört es nicht nur zum guten Ton, sondern ist geradezu Zugangsvoraussetzung zu höheren Ämtern, dass Politiker Bücher schreiben und ihre Gedanken und Visionen in literarischer Form aufbereiten. Da würden die üblichen deutschen Politikerbücher – eine Sammlung von Reden, Interviews und Aufsätzen, von einem Ghostwriter mühevoll in einen Sinnzusammenhang gebracht – glatt durchfallen.

Damit will ich nicht sagen, dass in Frankreich bessere Politik gemacht wird oder die Politiker fähiger wären. Jedes Land muss nach seinen Bedingungen und Traditionen regiert werden und da hat der homme des lettres in Frankreich einfach eine andere kulturelle Funktion als unser Intellektueller. Aber sicherlich schadet es nie, wenn Menschen, die in Verantwortung stehen, oder eine solche anstreben, ab und zu in sich gehen und die Kraft des systematischen Niederschreibens zur Ordnung der Gedanken für sich nutzen würden.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist ein leidenschaftlicher Leser und kennt sich mit Literatur auch echt gut aus. Die Tage in Frankfurt werden ein wahrer Jungbrunnen für ihn sein. Nur auf meine unschuldige Frage, ob er demnächst auch ein Buch schreiben wolle, antwortete er mir spitz mit einer Bemerkung des neapolitanischen Schriftstellers Libero Bovio: „Gute Bücher vergrößern nur die Angst davor, schlechte zu schreiben.“

the
Sabriul

Landkreis Bamberg:

Bilanz zur „Internationalen Woche“

Sie ist seit kurzem vorbei, die erste „Internationale Woche“ des Landkreises Bamberg. Nun es ist an der Zeit, Bilanz zu ziehen. Die Veranstaltungsreihe bot vom 22. September bis 1. Oktober 39 Veranstaltungen an 18 Orten und forderte viel Engagement von allen Beteiligten. Doch das hat sich gelohnt, wie die durchwegs positive Resonanz auf das Projekt beweist. „Im Landkreis Bamberg wird Internationalität mit einer langen Tradition gelebt – die „Internationale Woche“ war davon ein Spiegelbild“, so Landrat Johann Kalb.

„Die Begegnung mit anderen Kulturen ist eine große Bereicherung. Und das daraus resultierende Verständnis für die Sicht des anderen kann sehr viel dazu beitragen, den Herausforderungen der Zukunft mit Zuversicht zu begegnen“. Aus diesen Gedanken heraus war für Landrat Kalb die Idee für die „Internationale Woche“ geboren. Vor dem Hintergrund, dass Kriege, Migration und Krisen die Nachrichten bestimmen, sei es wichtig, das Thema Internationalität einmal positiv zu beleuchten: Der Landkreis Bamberg wolle mit dem Projekt dazu beitragen, dass die Gesellschaft offen und tolerant bleibt, so Landrat Kalb.

Bunte Palette an Veranstaltungen

Die Inhalte und die Akteure der „IWO“, kurz genannt, waren bunt gemischt – von Unterhaltung über Musik, Ausstellungen, Politik bis hin zu Kultur reichte die Palette. Veranstalter waren der Landkreis, Gemeinden, Vereine, die Kirche, Schulen und die Universität. Auch das 10-jährige Partnerschaftsjubiläum zwischen den Landkreisen Jelenia Góra und Bamberg sowie die Partnerschaftsjubiläen der Gemeinden Stegaurach und Hallstadt waren Teil der „Internationalen

Woche“. Aber nicht nur die freundschaftlichen Verbindungen standen im Fokus der Veranstaltungsreihe, sondern auch politische Fragestellungen wie die Podiumsdiskussion „Deutschland nach den Wahlen – Was denken unsere europäischen Nachbarn?“, die mit professioneller Begleitung der Universität Bamberg stattgefunden hat. Weitere Höhepunkte der Woche waren die Eröffnung eines Mehrgenerationenspielplatzes, der im Rahmen eines Workcamps internationaler Jugendlicher entstanden ist, ein internationales Musikschulkonzert oder das Musikantentreffen „Aus Nachbarn werden Freunde“.

Positive Rückmeldungen

Nach zehn Tagen Internationaler Veranstaltungen wirft Landrat Johann Kalb einen Blick zurück: „Nicht nur die Besucherzahl von fast 9.000 kann sich sehen lassen. Mindestens genauso viel sagen die Rückmeldungen vonseiten der Besucher, der Akteure und der Organisatoren aus.“ Für ihn war es eine wahre Freude, zu sehen, wie insbesondere Kinder und Jugendliche offen und vorbehaltlos aufeinander zugegangen sind und gemeinsame Projekte auf die Beine gestellt haben. Viele Dankesbriefe flattern derzeit bei der Fachbereichsleiterin für Sport und Kultur, Renate Küh-

horn, auf den Schreibtisch, darunter beispielsweise „Der Gedanke einer ‚Internationalen Woche‘ ist einfach großartig – das ist die beste Methode, um sich mit anderen Kulturen und Nationen zu beschäftigen und anzufreunden; besser als jedes politische Integrationsprogramm.“

Auch Dieter Reinl, Referatsleiter am Auswärtigen Amt Berlin, der das Dialoggespräch zwischen Schülern und Bürgermeistern „Welches Europa wollen wir?“ im Rahmen der „IWO“ moderierte, gratulierte Landrat Johann Kalb zur „Initiative Internationale Woche“. Die Rückmeldung der einzelnen Akteure zur „Internationalen Woche“ waren ebenfalls sehr positiv. Und das Konzept steckt an: Weitere Treffen und Veranstaltungen sind bereits in Planung. Darüber hinaus wurden durch die Veranstaltungsreihe zahlreiche neue Kontakte geknüpft. So tauschte sich beispielsweise Landrat Johann Kalb mit Delegationsmitgliedern aus der Region Thiès im Senegal aus, die eine Partnerschaft mit dem Erzbistum Bamberg pflegt.

Die gute Stimmung und Aufgeschlossenheit der Beteiligten und Besucher, die während der „Internationalen Woche“ durchgängig zu spüren waren, wirken sicherlich noch lange nach. „Diesen offenen Austausch und die vielen freundschaftlichen Verbindungen wollen wir weiter pflegen und mit Leben füllen“, erklärte Landrat Kalb. **□**

Bayerische Geschichte barrierefrei erleben

Das ‚Fugger und Welscher Erlebnismuseum‘ in Augsburg ist offen für alle Besucher

Ausstellungsstücke anfassen ausdrücklich erlaubt! Diesen Satz hört man in Museen normalerweise nicht – eher im Gegenteil. Das ‚Fugger und Welscher Erlebnismuseum‘ in Augsburg will aber allen Besuchern einen Eindruck vom Leben der reichen Kaufmannsfamilien vermitteln.

„Gerade Menschen mit Sehbehinderungen können in diesem Museum ganz eigene Eindrücke sammeln: Hörstationen vermitteln Informationen, es gibt Gewürze, an denen die Besucher riechen können und Ausstellungsstücke, die angefasst werden dürfen. Dass hier Kultur auch für Menschen mit Sehbehinderung lebendig vermittelt wird, ist ein wirklich beachtlicher Beitrag zum Abbau von Barrieren in Bayern“, so Bayerns Sozialstaatssekretär Johannes Hintersberger heute anlässlich der Übergabe des Signets ‚Bayern barrierefrei – Wir sind dabei!‘ in Augsburg.

Moderne Vermittlung

Regelmäßige Blindenführungen sind nur ein Teil der Maßnahmen für Menschen mit Behinderung. Das Museum ist barrierefrei, hat einen Aufzug, in dem auch Eltern mit einem Kinderwagen auf jede Ausstellungsebene kommen, und stellt Behindertenparkplätze vor der Tür zur Verfügung. Tourismusdirektor Götz Beck erklärt, war-

um dem ‚Fugger und Welscher Erlebnismuseum‘ Barrierefreiheit so wichtig ist: „Unser Ziel war es von Beginn an, Geschichte für ein breites Publikum erlebbar und begreifbar zu machen, im wahrsten Sinne des Wortes. Im Museum werden alle Sinne angesprochen, was nicht nur Lerneffekt und Unterhaltungswert erhöht, sondern auch Menschen mit Behinderung zugute kommt. Das alles ist Teil moderner musealer Vermittlung, die wir in Deutschland als eines der ersten Museen mit technisch anspruchsvollem Storytelling konsequent umgesetzt haben.“

Wertvoller Partner

Allein in diesem und dem nächsten Jahr stellt die Bayerische Staatsregierung ein Investitionsvolumen von 235 Millionen Euro für den Abbau von Barrieren, zum Beispiel in staatlichen Gebäuden oder im öffentlichen Nahverkehr, zur Verfügung. „Der Staat ist aber auch auf Partner angewiesen, sei es aus der Wirtschaft, den Kommunen oder privaten Initiativen,

Landeshauptstadt München:

Unterstützung der kommunalen Demokratie in Nordafrika

Eine Delegation aus der tunesischen Stadt Kasserine besucht München noch bis 14. Oktober zum Start eines kommunalen Kooperationsvorhabens. Die tunesischen Gäste interessieren sich insbesondere für Münchens Erfahrung mit Bürgerbeteiligungsprozessen in Planungsvorhaben. Die Delegation besteht aus Zina Souifi, Architektin der Stadt und Leiterin der Baugenehmigungsbehörde, Taieb Hagui, Leiter der Stadtreinigung, und Ridha Abassi, bis vor kurzem Interims-Bürgermeister in Kasserine, der das Projekt nun als zivilgesellschaftlicher Vertreter begleitet.

Bürgermeister Josef Schmid, der als Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit zuständig ist, begrüßt die Kooperation mit Kasserine als richtigen Ansatz bei der Bekämpfung von Fluchtursachen: „Die Flüchtlingskrise hat auch die kommunale Entwicklungszusammenarbeit vor neue Herausforderungen gestellt. Die Bekämpfung von Fluchtursachen ist ein wichtiges Ziel des interkommunalen, ent-

wicklungspolitischen Engagements der Stadt München. Dafür wurde im Referat für Arbeit und Wirtschaft eigens eine Koordinierungsstelle eingerichtet. Ich freue mich, dass nun ein erstes konkretes Kooperationsprojekt auf den Weg gebracht wurde.“

Am Scheideweg

Die Länder der Maghreb-Region im Norden Afrikas stehen nach dem „Arabischen Frühling“ am Scheideweg. Gelingt

es ihnen nicht, demokratische Reformen und eine Verbesserung der Lebensbedingungen zu erreichen, ist dort mit erneuten Unruhen, dem Erstarken fundamentalistischer Strömungen

und massiven Abwanderungsbewegungen zu rechnen. Tunesien ist der Hoffnungsträger der Region mit einer kürzlich verabschiedeten modernen Verfassung, einer moderaten Regierung und ernsthaften Bestrebungen, die jahrhundertalte zentralistische Staatsstruktur in eine dezentrale Demokratie umzuwandeln. Die Bürger erwarten Qualität und Effizienz bei den öffentlichen Dienstleistungen, Bürgernähe, Transparenz und Mitwirkungsmöglichkeiten in der Kommunalpolitik. Dies stellt eine große Herausforderung für die tunesischen Städte dar, die aufgrund der bisherigen zentralistischen Staatsstrukturen nur wenig Erfahrungen und Kom-

petenzen hierfür mitbringen. Hier setzt das Kooperationsvorhaben an: Kasserine beabsichtigt, eine große öffentliche Grünanlage als Begegnungsstätte für die Bevölkerung einzurichten und diese mit intensiver Bürgerpartizipation zu planen und umzusetzen. Damit soll Bürgerbeteiligung geübt und etabliert und die Identifikation der Bevölkerung mit ihrer Stadt gestärkt werden. Die Grünanlage soll aber auch zu einer deutlichen Aufwertung des öf-

fentlichen Raums und damit der Lebensqualität in der tunesischen Stadt führen.

Unterschiedliche Modelle der Bürgerbeteiligung

Das Münchner Baureferat hat vielfältige Erfahrungen mit unterschiedlichen Formen der Bürgerbeteiligung, von der Gestaltung einzelner Spielplätze bis hin zur Entwicklung von Grünflächen in neuen Wohngebieten, und wird die Delegation aus Kasserine beraten. In München wird die Delegation verschiedene Modelle der Bürgerbeteiligung kennenlernen und zusammen mit den Münchner Fachleuten darüber diskutieren, wie eine zielgruppenspezifische

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage der LfA Förderbank Bayern sowie eine Einladung zum 5. Bayerischen BreitbandForum der GZ bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Stichwahlen in Bayern

Bei der Stichwahl um den Landratsposten im Landkreis Regen siegte die SPD-Bewerberin Rita Röhl mit 54,1 Prozent der Stimmen gegen ihren Kontrahenten Stefan Ebner (CSU), der 45,9 Prozent erhielt. Bereits im ersten Durchgang hatte Röhl mit 46,9 Prozent die meisten Stimmen auf sich vereint. Sie tritt nun die Nachfolge ihres Parteifreundes Michael Adam an, der nicht mehr kandidierte. Die Wahlbeteiligung lag bei 56,2 Prozent.

CSU-Bürgermeister verteidigt sein Amt

Willi Warmuth bleibt Bürgermeister der Gemeinde Dittelbrunn im Landkreis Schweinfurt. Der CSU-Politiker setzte sich gegen Werner Duske (SPD/Soziale Bürgerliste Dittelbrunn) durch. Auf Warmuth entfielen 58 Prozent der Stimmen, auf Duske 42 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 66,8 Prozent. **DK**

Partizipation in den Planungsprozess in Kasserine integriert werden kann.

Kommunaler Wissenstransfer

Das Projekt ist Bestandteil des Programms „Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland“. Es wird mit Bundesmitteln von Engagement Global gGmbH/Serviceestelle Kommunen in der Einen Welt und der

deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt. Dieses Programm ist Teil der übergeordneten Bemühungen der Bundesregierung, durch eine Vielzahl von Instrumenten die Staaten und Kommunen in der MENA-Region zu stärken und somit Fluchtursachen nachhaltig zu bekämpfen. □

Vorschau auf GZ 20

In unserer Ausgabe Nr. 20, die am 25. Oktober 2017 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- Wasser - Abwasser - Gewässerschutz
- Fachliteratur für Kommunalpolitiker und Kommunalverwaltungen
- Kommunale Rechtsfragen
- Kommunale Repräsentation

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

Abzeichen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Energiedienstleistung



Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13

hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10

hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahnenmaste + Fahnen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Fahnenmaste + Fahnen



- Fahnen
- Maste
- Roll-Ups
- Bekleidung
- und vieles mehr

www.fahnen-koessinger.de
Telefon: 09451 / 9313-0



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner
für die Gebäudereinigung

seit 1910



Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß • 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Gewerbebau



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthhauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Energieeinsparung für Ihre Luft- und Klimaanlage

Mit Einsatz multifunktionaler Wärme- / Kälterückgewinnungssysteme

- Nachrüstung / Sanierung im Bestand
- Hohe Reduzierung der sonst erforderlichen Heiz-, Kälte- und Rückkühlleistungen
- Maximale Einsparung an Wärme, Kälte und Strom auf Jahrzehnte
- Absolut keim- und schadstofffreie Wärme-/Kälteübertragung - auch im Störfall ohne Rauch- und Brandübertragung → optimale Zuluftqualität

hocheffizient + hochrentabel + hochredundant

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Augsburg: Klinikum; Aschaffenburg: Fachhochschule; Bamberg: Klinikum; Bayreuth: Klinikum; Ingolstadt: Saturn Arena; München: Bay. Nationalmuseum, Berufsschule, Klinikum Großhadern, Muffathalle, Techn. Universität, Villa Stuck; Regensburg: Universität; Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus; Würzburg: Universität etc.

SEW® GmbH
47906 Kempen
Tel.: 02152 / 91560

SEW®
www.sew-kempen.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der
BAYERISCHE
Gemeindezeitung
www.gemeindezeitung.de

Sitzmöbelhersteller

Das Krenzer-Modularsystem
... clevere Raumkonzepte

KRENZER

Fordern Sie unsere neuen Verkaufsunterlagen an

Walter Krenzer GmbH & Co KG · Industriestraße 26 · 35684 Dillenburg (Frohhausen)
Tel.: 0 2771/3208-0 · E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de · www.krenzer-sitzmoebel.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshändler für **Edelweiss Star**

Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Veranstaltungsort

ESKARA-Arena
Savigneux-Platz 4, 84051 Essenbach

Termin

Donnerstag, 09. November 2017, 10:00 - 17:00 Uhr
Einlass ab 9:00 Uhr

Aktueller Stand über Vorträge und Aussteller

www.bayerisches-breitbandforum.de

Veranstalter

Bayerische GemeindeZeitung
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH, Geretsried

So erreichen Sie die ESKARA-Arena Essenbach

Unter www.bayerisches-breitbandforum.de → Anfahrt können Sie direkt Ihre Route planen.

→ ÖPNV: Der Bahnhof Landshut ist 10 km entfernt. Von dort erreichen sie den Hauptbahnhof München in 45 Minuten.

→ PKW: Autobahn A92 Ausfahrt Landshut-Essenbach. Nach 3 km erreichen Sie Essenbach. Die ESKARA-Arena befindet sich direkt bei der Ortseinfahrt Essenbach.

Die Parkplätze sind ausgeschildert. Bilden Sie nach Möglichkeit Fahrgemeinschaften.

Tagungsbeitrag

- Für Teilnehmer aus den bayerischen Kommunen ist nach vorheriger Registrierung die Teilnahme am 5. Bayerischen BreitbandForum kostenfrei.
- Für Wirtschaftsvertreter beträgt der Tagungsbeitrag 95,- €.
- Abonnenten der Bayerischen GemeindeZeitung berechnen wir einen reduzierten Tagungsbeitrag von 55,- € pro Person.

Verköstigung

Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

Anmeldung

Bayerische GemeindeZeitung
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon: 08171/9307-11
Telefax: 08171/9307-22
eMail: veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Internet: www.bayerisches-breitbandforum.de



Bayerisches Staatsministerium der Finanzen,
für Landesentwicklung und Heimat



5. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

Donnerstag, 09. November 2017
Einlass 9:00 Uhr
ESKARA-Arena
Savigneux-Platz 4, 84051 Essenbach
www.bayerisches-breitbandforum.de

Vortragsprogramm

Da die Vortragszeiten noch nicht endgültig bestätigt sind, erhalten Sie hier die Themenübersicht.
Den aktuellen Zeitplan finden Sie sobald wie möglich auf unserer Veranstaltungshomepage www.bayerisches-breitbandforum.de

ab 09:00 Eintreffen / Anmeldung der Gäste

10:00 Begrüßung

Theresa von Hassel
Bayerische Gemeindezeitung

Grußworte

Landrat Peter Dreier
Landkreis Landshut

Aktueller Stand des Breitbandausbaus in Bayern |

Höfebonus und die Gigabit-Initiative

Ministerialdirigent Dr.-Ing. Rainer Bauer
Bayerisches Staatsministerium der Finanzen,
für Landesentwicklung und Heimat

Glasfaser- & Sensorüberwachung für

kritische Infrastruktur

Falk Wagner
LASER COMPONENTS GmbH

Öffentliches WLAN! Was muss die Digitalisierung Deutschlands noch leisten?

Karsten Micke
hotplots GmbH

Der Glasfaserausbau der Deutschen Telekom

Udo Harbers
Telekom Deutschland GmbH

Vodafone Gigabit-Offensive

Rolf-Peter Scharfe
Vodafone GmbH

Das Betreibermodell |

Vorteile - Fördermittel - Erfolgsfaktoren

Dr. Henrik Bremer
Wirtschaftsrat Recht

Erfolgreiche GIS-Nutzung beim Breitbandausbau

Daniel Öfele
Esri Deutschland GmbH

DigiNetz Gesetz & Co. - Wie stellen wir uns den politischen Her- ausforderungen im Breitbandausbau?

Stefanie Wagner & Andreas Weber
REHAU AG+Co

Kommunalbetreuung

Robert Scholz
amplus AG

Ausschreibung und Umsetzung von Breitbandprojekten

RA Andreas Lange, Peer Welling und Roland Werb
Rödl & Partner & Corwese GmbH

Breitband-Förderung: Und jetzt?

Die nächsten Schritte Richtung Zukunft

Julian Behnen
MRK Media AG

Synergieeffekte in der Netzebene 3 und 4 aufgrund Digitalem Workflow und GU-Leistungen

Markus Kopp
SPIE SAG GmbH

ca. 17:00 Ende der Veranstaltung

Unsere Partner

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat

Acal Bfi Germany GmbH • amplus AG • Anedis GmbH • Bayerisches Breitbandzentrum • CobiNet Fernmelde- und Datennetzkomponenten GmbH • Corwese GmbH • ESKARA GmbH • Esri Deutschland GmbH • FiloForum Gruppe • G. A. Kettner GmbH • gabo Systemtechnik GmbH • Höpfinger GmbH & Co. KG • hotspots GmbH • Langmatz GmbH • LASER COMPONENTS GmbH • M-net Telekommunikations GmbH • Magellan - geoinform AG • miecom-Netzservice GmbH • Mönninghoff GmbH & Co. KG • MRK Media AG • Opternus GmbH • Rehau AG+Co • Rödl & Partner GbR • Romold GmbH • SPIE SAG GmbH • Telekom Deutschland GmbH • TV Bayern Live • Vodafone Kabel Deutschland GmbH • Wirtschaftsrat Recht

Anmeldung

Bitte melden Sie sich möglichst bis zum 1. November 2017 an. Danke.

Fax 08171 / 93 07-22

eMail veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Ja, ich nehme am 9.11.2017 am 5. Bayerischen BreitbandForum teil.

Name

Behörde | Abteilung | Firma | Funktion |

Dienstanschrift

Tel.

eMail



Tagungsbeitrag

Ihre Anmeldung als:

Kommunalvertreter
kostenfrei

GZ-Abonnent
55,-€
Kd.Nr.: _____

Wirtschaftsvertreter
95,-€

DIE LFA FÖRDERBANK BAYERN – PARTNER DER WIRTSCHAFT UND KOMMUNEN

LfA MAGAZIN

MENSCHEN UNTERNEHMEN PROJEKTE

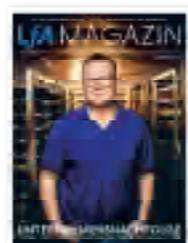
HERBST/WINTER · 2017



UNTERNEHMENSNACHFOLGE

SO GELINGT DIE ÜBERGABE AN DIE NÄCHSTE GENERATION

INHALT



Conny Mirbach fotografierte für uns Bäckermeister Ulf Fischer im Kühlraum der Backstube seiner Arno Nußstein Bäckerei



19

04 „Das A und O ist frühzeitige Planung“

Vorstand der Stiftung Familienunternehmen, Brun-Hagen Hennerkes, über Nachwuchs, Erbschaftssteuer und Kränkungen

08 Auf diesen Steinmetz können Sie bauen

Daniel Probst hat mit Erfolg den Grabmalbetrieb Schlenz in Kempten übernommen

11 Zurück in die Zukunft

Mit frischem Elan und neuen Ideen führt Martin Ströbel das Hotel seiner Eltern in Hof weiter

12 So gelingt die Nachfolge – das Förderangebot der LfA

Die Möglichkeiten auf einen Blick

13 „Drängendes Problem“

Über die Komplexität des Übergabeprozesses berichtet Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner

14 Gutes Brot braucht seine Zeit

Mit der Übernahme der Arno Nußstein Bäckerei in Amberg hat sich Betriebswirt Ulf Fischer einen Traum erfüllt

16 Eine rührende Geschichte

Fast zehn Jahre als Produktionsleiter bei TMR tätig, ist Gunnar Prehn seit Anfang 2017 alleiniger Inhaber des Rühranlagenherstellers



19 Ich sehe was, was du nicht siehst

Plusoptix in Nürnberg entwickelt Messgeräte für die Augenvorsorge bei Kleinkindern. Christian Schmidt glaubt an die Produkte seiner Firma

20 Meldungen

Neuer Standort in Nürnberg | Familienpakt Bayern | JUNIOR Landeswettbewerb | Wachstumsfonds Bayern | Halbjahresbilanz 2017 | Bayerische Theaterstage | Businessplan Wettbewerbe | Bayerischer Fernsehpreis

22 LfA-Service

Die LfA als Arbeitgeber | Energiekredit Gebäude

23 Gesichter der LfA

Monika Greutz, Personalratsvorsitzende und Spezialistin Team Eigenkapitalfinanzierung | Manuel Baier, Abteilung Produktgestaltung

Liebe Leserin, lieber Leser,

in Bayern stehen jährlich zirka 5.000 Unternehmen vor einem Generationenwechsel. Dabei geht es nicht nur um wichtige Arbeitsplätze, sondern auch um den gezielten Transfer von Wissen und Erfahrung. Das macht Unternehmensnachfolgen zu einem zentralen Anliegen der Wirtschaftspolitik. Egal, ob familienintern oder durch eine externe Lösung. Eine erfolgreiche Übergabe ist schließlich nicht nur für die Unternehmen und Nachfolger von Bedeutung, sondern genauso für unseren Wirtschaftsstandort.

Als Spezialbank für regionale Wirtschaftsförderung ist es darum unsere Aufgabe, den Führungswechsel von einer Generation zur anderen zu unterstützen und möglich zu machen. Wir fördern zum Beispiel bei Betriebsübertragungen Kaufpreiszahlungen zwischen Eltern und ihren Kindern. Weitere Fördermöglichkeiten und wie diese in der Praxis aussehen können, möchten wir Ihnen mit dieser Ausgabe zeigen.

Denn ein frühzeitiger und systematisch geplanter Übergabeprozess ist das A und O bei Betriebsübernahmen. Das betont auch Professor Brun-Hagen Hennerkes, als Rechtswissenschaftler und Vorsitzender des Vorstands der Stiftung Familienunternehmen einer der führenden Experten in Sachen Nachfolge. Im Interview ab Seite 4 erläutert er uns seine zehn goldenen Regeln für einen möglichst reibungslosen Wechsel. Von ihren eigenen Erfahrungen zum Thema Betriebsübernahme erzählen uns unter anderem der Kemptener Steinmetz Daniel Probst (Seite 8) und Gunnar Prehn vom Rührwerkhersteller TMR (Seite 16).

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre und hoffe, dass unsere Beiträge Ihnen fundierte Einblicke zur Unternehmensnachfolge und zu den vorhandenen Fördermöglichkeiten der LfA Förderbank Bayern bieten.



Dr. Otto Beierl
Vorstandsvorsitzender
LfA Förderbank Bayern

IMPRESSUM

Herausgeber LfA Förderbank Bayern, Königinstraße 17, 80539 München
Verantwortlich Anita Dehne, Michael Muhsal
Internet www.lfa.de
Verlag storyboard GmbH, Wiltrudenstraße 5, 80805 München
Leiter der Verlagsredaktion Stefan Ruzas
Redaktion Marlene Irausek, Paula Faul
Bildredaktion Elina Gathof
Gestaltung Thomas Saible
Lektorat Lektorat Süd, www.lectorat-sued.de
Druck F&W Druck- und Mediacenter GmbH, Kienberg

Wenn Sie unser LfA Magazin nicht mehr erhalten möchten, können Sie bei uns der Verwendung Ihrer Daten für Werbezwecke widersprechen. Teilen Sie uns dies bitte per E-Mail oder per Post unter Beifügung Ihrer Adresse mit.

LfA Förderbank Bayern, Unternehmenskommunikation, Königinstraße 17, 80539 München, E-Mail: magazin@lfa.de

Die hier verwendeten Adressen stammen aus unserem Bestand sowie öffentlichen Quellen (NIKU Media AG, Bramenstrasse 5, CH-8184 Bachenbühlach, E-Mail: shop@niku.ch)



Das FSC®-Warenzeichen garantiert, dass das verwendete Papier aus verantwortungsvoll bewirtschafteten Wäldern stammt. Mit der im Logo angegebenen Lizenznummer können auf www.fsc-deutschland.de Informationen zur zertifizierten Druckerei eingesehen werden.



Fotos: Sabrina Schindzielorz, Plusoptix; Hannes Rohrer; PR

„Das A und O ist frühzeitige Planung“

BRUN-HAGEN HENNERKES IST JURIST, VORSTAND DER STIFTUNG FAMILIENUNTERNEHMEN UND SEIT JAHRZEHNEN HERAUSRAGENDER EXPERTE IN SACHEN NACHFOLGE

FOTOS HANNES ROHRER | INTERVIEW STEFAN RUZAS

Allein in Bayern stehen von 2014 bis 2018 rund 24.000 Betriebe mit mehr als 350.000 Jobs vor einem Generationenwechsel. Was bedeutet das für den Freistaat als Wirtschaftsstandort, Herr Professor Hennerkes?

Wenn kleinere regionale Handwerksbetriebe etwa wegen eines fehlenden Nachfolgers den Betrieb aufgeben, dann ist der volkswirtschaftliche Schaden eher begrenzt. Die Beschäftigten wie die Kunden gehen dann zum Wettbewerber nebenan. Die unternehmerische Tätigkeit für die Region bleibt erhalten. Große und international tätige Unternehmen sind wiederum in der Lage, Fremdmanager zu finanzieren, sollte sich in der Familie kein Nachfolger finden. Die können, falls nötig, auch nur für eine Generation die Geschäfte führen. Der Bestand des Unternehmens ist dann auf jeden Fall gesichert. Ich sehe deswegen keine volkswirtschaftlichen Gefahren.

Die Zahl möglicher Übernehmer sank deutschlandweit von 200.000 im Jahr 2002 auf nur 62.000 im Jahr 2015. Warum?

Wir haben eine bessere Situation auf dem Arbeitsmarkt. Das hält viele Beschäftigte von einem Schritt in die Selbstständig- »



keit ab. Hinzu kommen sicherlich aber auch Schwierigkeiten, eine Finanzierung zu finden. Viele Banken scheuen noch immer die damit verbundenen Risiken. Wir bräuchten in Deutschland ausreichend Risikokapital. Aber dafür fehlt es an der nötigen Risikobereitschaft.

Was kann die Politik tun, um Gründungen und die Übernahmen von Unternehmen durch Gründer zu erleichtern?

Es würde ein Abbau der Bürokratie helfen sowie bessere Bedingungen für die Finanzierung, auch steuerlich. So wie in anderen europäischen Ländern könnte man Gründer für einen bestimmten Zeitraum von der Gewerbesteuer befreien oder Verlustvorträge unbegrenzt fort-schreiben lassen. Aber davon sind wir noch weit entfernt.

Und Förderbanken wie die LfA?

Sie können häufig mehr tun als die traditionellen Banken, weil sie einen regionalen Bezug haben. Ich bin ein Freund der Förderbanken und habe meine Mandanten immer wieder dahin geschickt.

Was sind überhaupt die wichtigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Unternehmensnachfolge durch eine neue Generation?

Das A und O für eine gelungene Nachfolge der Geschäftsführung ist eine frühzeitige Planung, also am besten zehn Jahre im Voraus, damit auch Zeit bleibt, einen möglichen Fehlgriff zu korrigieren. Sollte sich ein Unternehmer hingegen für einen Verkauf seiner Firma entscheiden, so muss er sich fragen, ob mit einem neuen Besitzer die Kontinuität, die er sich wünscht, auch erhalten bleibt. Da geht es um Fragen, wie: Was passiert mit der Firmenkultur, wenn ich die Anteile zum Beispiel an einen amerikanischen Hedgefonds oder einen chinesischen Investor verkaufe? Was passiert mit meinen altgedienten Mitarbeitern?

Worauf kommt es noch an?

Unternehmen sollten sich rechtzeitig nachfolgefähig machen. Sie müssen sicherstellen, dass ein Nachfolger, ganz gleich, ob

er aus der Familie kommt oder ein Fremdgeschäftsführer ist, Erfolgchancen und Freude an seiner Arbeit hat. Dazu gehört die Bereitschaft des Seniors loszulassen. Die wichtigste Frage lautet jedoch, ob der eigene Nachwuchs wirklich für die Nachfolge geeignet ist. All das ist nicht immer leicht. Deswegen ist es auch wichtig, gute Berater an seiner Seite zu haben.

Wie kann man den Nachwuchs vorbereiten?

Ich schlage vor, den Nachwuchs schon früh in das Geschäftsleben einzubeziehen. Man darf nicht erst damit anfangen, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Mit 16 Jahren

kann ein Sohn oder eine Tochter auch einmal bei einem Gespräch mit einem Wirtschaftsprüfer dabei sein. Familientage können eine Rolle spielen, bei denen sich die Gesellschafter und Junioren – manchmal vieler Familienstämme – treffen, um sich besser kennenzulernen und um sich über die Zukunft des Unternehmens auszutauschen. Hilfreich sind auch Veranstaltungen, bei denen sich junge Leute treffen, die in einem Familienunternehmen später eine Rolle spielen. Mit dabei sind Junioren aus allen Branchen und Regionen.

Wie sollten sich die Senioren idealerweise verhalten, wenn sich die Junioren gegen die Nachfolge entscheiden?

Häufig sind sie gekränkt. Sie müssen sich allerdings selbstkritisch hinterfragen, ob sie nicht auch eine Schuld daran tragen. Wenn ein Kind Musiker werden möchte

und das zweite Tierarzt, dann ist die Familie eben wichtiger als das Unternehmen. Was haben Sie denn von einem Unternehmen, wenn am Ende die Familie zerstört ist?

Was ist einfacher: die Nachfolge durch Familienangehörige oder durch Externe?

Die Übernahme durch Familienangehörige ist sicherlich der einfachere Weg. Bei einem Fremdgeschäftsführer hat man ein gewisses Veränderungsrisiko. Es kann sein, dass er, nachdem er das Unternehmen erfolgreich in eine Spitzen-

situation geführt hat, mit seinem Gehalt unzufrieden ist. Es kommt zum Krach, wenn er nicht zwischen Substanz, Eigentum und Vergütung unterscheiden kann. Möglich ist aber auch eine gemischte Geschäftsführung, in der neben dem Junior ein Familienfremder Verantwortung übernimmt.

Welche Rolle spielt die Erbschaftssteuer bei der Nachfolge tatsächlich?

Die Erbschaftssteuer ist – wie alle Substanzsteuern – gerade für große Familienunternehmen tödlich. Die Unternehmen sind heute ja mittlerweile das Vielfache wert. Wenn dann auch

„UNTERNEHMEN SOLLTEN SICH RECHTZEITIG NACHFOLGEFÄHIG MACHEN“

noch eine Vermögenssteuer käme, wäre das eine Katastrophe. Diese Steuern greifen die Substanz von Unternehmen an und gefährden damit am Ende auch Arbeitsplätze.

Was sind in der Regel die größten menschlichen Probleme im Nachfolgefall?

Wenn der Kreis der Gesellschafter von Familienunternehmen wächst, dann kann das auch zu Konflikten führen. Zwei Gesellschafter finden leichter gemeinsame Lösungen als 25 Gesellschafter oder mehr. Es kommt häufig vor, dass im Gesellschafterkreis über mangelnde Transparenz, die Höhe von Ausschüttungen oder Sondervorteile derjenigen geklagt wird, die die Geschäfte führen.

Wie genau sollte man eine Unternehmensnachfolge denn vorbereiten?

Von der rechtzeitigen Vorbereitung habe ich ja schon gesprochen. Zwei oder drei Jahre vor der Nachfolge sollte ein Termin vereinbart werden, auch damit es in Familie und Unternehmen durchsickert, dass der Nachfolger vor der Tür steht. Wenn es dann so weit ist, sollte der Ablauf genau geklärt sein. So sollte klar geregelt werden, wie lange der Vorgänger, auch im Familienfall, noch mitmischen darf. Ich empfehle keinen zu langen Zeitraum. Nach spätestens einem Jahr sollte sich der Senior zurückziehen.

Wohin sollen Unternehmer, die loslassen, mit ihren Emotionen? Jeder Zweite trennt sich schwer von seinem Lebenswerk.

Das Schlimmste ist, wenn ein Senior plötzlich nur noch auf dem Balkon liegt oder Golf spielt. Das macht todunglücklich. Ich kenne auch einen Fall, in dem ein Unternehmer nach der Übergabe alles verkaufte und nach Garmisch-Partenkirchen zog. Als er nach fünf Jahren zurück in seine Heimat wollte, erkannte er, dass da längst alle Fäden abgerissen waren. Man sollte seine eigene Zukunft ebenso sorgfältig planen wie die des Unternehmens. Es kann schon sinnvoll sein, sich mit Vertrauensleuten zusammensetzen. Das kann auch ein Coach sein, nur muss der sensibel genug mit einem Menschen umgehen.

Und wie haben Sie Ihre Nachfolge geregelt?

Ich habe meine Nachfolge seit langem geregelt. Wir sind in unserer vergleichsweise kleinen Sozietät wenige Partner. Ich habe mich längst aus dem operativen Teil zurückgezogen, nehme noch einige Aufsichts- und Beiratsmandate wahr und freue mich, für die Stiftung Familienunternehmen da zu sein. ☐

www.lfa.de/magazin



AUF DIESEN STEINMETZ KÖNNEN SIE BAUEN

GRABSTEINE STERBEN LANGSAM AUS. TROTZDEM HAT EIN JUNGER KEMPTENER MIT ERFOLG EINEN STEINMETZBETRIEB ÜBERNOMMEN. WIE MACHT ER DAS NUR?

TEXT STEFAN RUZAS



Daniel Probst bei der Arbeit in seinem Steinmetzbetrieb. Hier verwirklicht er seinen gestalterischen und künstlerischen Anspruch – Katalogarbeit gibt es bei ihm nicht

Richtet man im Wiener Stephansdom den Blick gen Himmel, ganz egal, ob drinnen oder draußen, bekommt man einen ersten Eindruck vom Talent des Daniel Probst.

Als Steinmetz hat er bei der Restaurierung eines Ornamentes am Chor auf der Südseite geholfen, dazu an der Kanzel des Bildhauers Anton Pilgram. Zudem machte er am Turm auf 110 Metern Höhe bei der Erneuerung eines 30 Meter hohen Fialen-Türmchens mit.

Man kann aber auch TV Allgäu einschalten, wo der 39-Jährige alle sechs Wochen den „Sporttalk“ moderiert, eine launige Gesprächsrunde mit Sportlern aus der Region, darunter Weltmeister und Olympiasieger.

Oder sich auf die Suche nach alten Aufnahmen seiner Band Caféhaus machen, mit der er als Sänger immerhin schon mal im Vorprogramm der Hip-Hop-Stars von Deichkind aufgetreten ist. Den Plattenvertrag tief in der Tasche.

Natürlich könnte man ihn auch im Kempter Wald suchen. Dort joggt der Ausdauersportler Woche für Woche zwischen 40 und 60 Kilometer, wäh-

rend er mit seiner Apple-Watch jeden einzelnen Schritt misst.

Oder man fährt einfach mal in den Kemptener Ortsteil Lenzfried, gleich neben das ehemalige Kloster, wo doch seit 1912 dieser Steinmetzbetrieb ist. Hier sitzt er mit einem Kaffeebecher an seinem blank geputzten, weißen Schreibtisch, der talentierte Mr. Probst, und schaut wieder mal auf seine Apple-Watch. Die zeigt nämlich nicht nur Schritte an, sondern auch Mails und Anrufe.

Und davon gibt es bei Probst jede Menge, seit er Anfang 2016 „Grabmale Schlienz“ übernommen und in „Steinmetzwerkstatt Schlienz“ umgetauft hat. Im Juli dieses Jahres waren die Auftragsbücher seines Betriebs schon bis Ende 2017 voll. Ausgebucht. Bis auf dringende Ausnahmefälle natürlich.

Probst macht so einiges anders als sein Vorgänger, der aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig verkaufen musste. Dessen Namen hat er trotzdem erst mal behalten. Schließlich gibt es in Kempten noch einen weiteren Stein-

metz namens Probst. Auch die drei Lager seines Vorgängers mit den 200 Modellsteinen hat er übernommen, die aber eher stehen als gehen.

Natürlich entwirft der Jungunternehmer auch weiterhin mit viel Hingabe Grabmäler. Hat er ja schon gemeinsam mit Vater und Bruder mehr als 15 Jahre lang im elterlichen Betrieb in Füssen gemacht – in vierter Generation.

Probst kann beidhändig zeichnen, und er bringt etwas mit, was er „Steingefühl“ nennt: „Ich habe einen gestalterischen und künstlerischen Anspruch und nicht den der Friedhof-Industrie. Ich arbeite nicht aus dem Katalog, sondern entwickle aus den Persönlichkeiten heraus Grabmäler.“

In seinem Skizzenbuch sammelt er Entwürfe, die meist schon während der ersten Telefonate mit den trauernden Kunden entstehen. Dann, im persönli-

chen Gespräch, folgt auf Packpapier eine originalgetreue Zeichnung samt Schriften. „Der Friedhof verändert sich“, sagt Probst. „Die Familien sind nicht mehr so groß, der Glaube auch nicht,

die Nachfrage nach Grabsteinen sinkt. Dafür werden anonyme Bestattungen und bescheidene Gräber und Säрге immer wichtiger.“

Diejenigen, die sich trotzdem für einen Grabstein entscheiden, bekommen von Probst auf Wunsch „einen anderen Blickwinkel und echte Gegenwartsar-

beit“. Am liebsten arbeiten er und seine acht Mitarbeiter – darunter zwei weitere Steinmetze, die wie er von der Freiburger Meisterschule kommen – mit regionalen Steinen. Dem Grüntenstein zum Beispiel, ein grauer Sandstein. Oder mit Naturfelsen aus dem Bayerischen Wald, aus Frankreich, der Schweiz oder Südtirol. 40 Tonnen Stein bewegt seine Werkstatt jedes Jahr.

Die Haltung des Steineflüsterers: „Je weniger du den Stein veränderst, umso »

**„JE WENIGER
MAN DEN STEIN
VERÄNDERT,
UMSO
GRÖßER WIRD
DIE AUSSAGE“**



Ein eingespieltes Team sind die Mitarbeiter rund um den Steinmetzmeister (Mitte) und seine Familie. Gemeinsam bewegen sie 40 Tonnen Stein pro Jahr

größer werden die Aussage und das Empfinden. Die einzelnen Handwerkschritte, all die Bohrlöcher, Sägeschnitte oder unbehandelten Oberflächen, dürfen ruhig auch mal sichtbar bleiben.“

Je nach Aufwand arbeiten seine Kollegen und er zwischen einer Woche und drei Monaten an einem Grabmal. Im Durchschnitt sind es sechs Wochen zu Kosten, die zwischen 2.000 und 3.000 Euro liegen, aber auch mal auf 8.000 Euro steigen können.

Trotzdem sei die Resonanz manchmal fast überwältigend, so Probst: „Einige Kunden hätten nie gedacht, dass sie sich mal auf einen Grabstein freuen würden.“

Die Übernahme der Steinmetzerei kam auf Empfehlung von Kollegen zustande. Ein erstes Telefonat mit dem Vorbesitzer Klaus Schlienz im Juli 2015, ein erstes Treffen, eine erste offene Unterhaltung. „Die Preisvorstellungen bei solch einer Übergabe sind halt zu Beginn sehr unterschiedlich“, erzählt Probst und schmunzelt.

Drei Verhandlungsrunden und sechs Monate hat es gedauert, geplätzte Notartermine inklusive. Probst: „Auch

bei den Banken herrscht ja nicht gerade pure Vorfreude, wenn es darum geht, ein Handwerksunternehmen, noch dazu in die Jahre gekommen, zu übernehmen. Da braucht man schon eine genaue Vorstellung, was man vorhat.“

Und die hatte der zweifache Vater Probst, dessen Lebensgefährtin studierte Betriebswirtin und ebenfalls selbstständig ist. Der Allgäuer entwickelte mit einem Unternehmensberater seines Vertrauens einen fundierten, taggenauen Businessplan. Später kamen dann auch die Raiffeisenbank und mit ihr die Förderberater der LfA dazu.

Seine Idee: Neben den Grabmälern möglichst schnell Arbeiten als Restaurator an Land ziehen, dazu Aufträge für Kunst im öffentlichen Raum sowie Einrichtungsjobs in privaten Neu- und Altbauten. Und natürlich die regelmäßigen Mieteinnahmen aus dem Geschäfts- und Wohnhaus in Lenzfried.

Außerdem wichtig: eine professionelle Buchhaltung mit einer vernünftigen EDV, ein zeitgemäßer digitaler Auftritt und gute Erreichbarkeit per Telefon oder Mail: „Wir sind ehrgeizig, wir wollen den Markt anders präsentieren, und

wir stehen zu den Steinen und zu unserer Arbeit.“

Nach anderthalb Jahren zieht der Jungunternehmer eine erste Zwischenbilanz: Die Grabmäler machen nur noch 60 Prozent des Geschäftes aus, der Gesamtumsatz aber hat sich schon jetzt verdoppelt. „Es hat sich alles bewahrheitet, was wir anfangs auf die Website geschrieben haben. Genauso ist es gekommen, und ich habe noch dazu eine gewisse Freiheit.“

Wobei nicht immer klar war, ob die Übernahme auch wirklich gutgehen würde. Das Geschäft war davor sehr statisch, Tendenz eher fallend. Und mehr als 600 Euro Startkapital konnte der junge Wilde aus Kempten nicht aufbringen. Aber dafür hat er viele Talente. ☐

FAKTEN

Finanzierung Startkredit mit Haftungsfreistellung **Gründungsjahr** 1912
Standort Kempten
Geschäftsfeld Steinmetzhandwerk
Mitarbeiter 8 www.stein-kempten.de
 ☐ [Mehr zur Arbeit von Daniel Probst finden Sie unter www.lfa.de/magazin](http://www.lfa.de/magazin)

Fotos: Sabrina Schindzielorz, Marlene Irausek

Untergebracht in einem denkmalgeschützten Gebäude, umrahmt vom Maxplatz auf der einen und dem Innenhof zur Ludwigstraße auf der anderen Seite, hat das Hotel Maxplatz seinen ganz eigenen Charme. Im Empfangsbereich mit dem historischen Kreuzgewölbe begrüßt ein gut gelaunter Martin Ströbel seine Gäste. Der Stolz auf das eigene Hotel, das er im Januar 2017 von seinen Eltern übernahm, ist nicht zu übersehen.

Die Eltern haben das ehemalige Wohnhaus von 1823 in ein Hotel umgebaut. Mit nur 18 Zimmern ist es ein richtiger Familienbetrieb, um den Ströbel sich gemeinsam mit seiner Frau und drei weiteren Mitarbeitern kümmert. Die Monate nach dem Neustart liefen gut. Nach den ersten Renovierungsarbeiten wird bald auch das Personal aufgestockt. „Wir haben das Hotel übernommen, in dem ich aufgewachsen bin. Jetzt wollen wir es zeitgemäßer gestalten“, erzählt Ströbel. Der erste Schritt in diese Richtung war die Anschaffung von modernem Mobiliar für den Frühstücksraum sowie komfortablen Boxspringbetten für alle Zimmer. Eine neue energiesparende Heizungsanlage, Umstellung auf IP-Telefonie, die Einrichtung einer Überwachungsanlage, der Ausbau der WLAN-Verbindung und die Neugestaltung der Außenfassade mit neuem Logo sind ebenfalls schon abgeschlossen.

Im Hotel Maxplatz wird sich noch einiges tun. Lobbybereich und Gastraum werden komplett umgestaltet, vom Boden bis zur Beleuchtung. Außerdem plant Ströbel gerade die Neuausrichtung der Zimmer. „Wir wollen das Hotel modernisieren, aber auch das Alte erhalten“, so das Konzept der neuen Generation. Es wird in Richtung Designhotel gehen.

Aufgrund seiner Erfahrung in der Hotellerie macht der 41-Jährige vieles anders als seine Eltern. Von Kindesbeinen an mit den Abläufen der Hotelbranche vertraut, absolvierte



ZURÜCK IN DIE ZUKUNFT

Vierzig Jahre lang führte das Ehepaar Karl Helmut und Hannelore Ströbel das Hofer **Hotel Maxplatz**. Jetzt ist Sohn Martin dran – mit frischem Elan und neuen Ideen

TEXT MARLENE IRAUSEK

Ströbel seine Ausbildung zum Hotelfachmann im elterlichen Betrieb. Danach folgten Stationen bei der Radisson-Hotelgruppe in den USA und bei Grecotel in Griechenland. Für Accor kommt Ströbel zurück nach Deutschland und bleibt der Hotelkette als General Manager verschiedener Häuser viele Jahre treu.

Die Möglichkeiten, sich in einer großen Hotelkette selbst einzubringen, sind jedoch begrenzt. Auch für die Familie ist es eine Herausforderung, sich an den verschiedenen Standorten immer wieder neu einzuleben, und der Wunsch nach einem eigenen Hotel und einem fixen Wohnort wächst.

„Darum haben wir die Chance der Übernahme genutzt“, berichtet der Vater von zwei Söhnen.

Mit dem Nachfolger aus der Familie ziehen sich Karl Helmut und Hannelore Ströbel aus dem operativen Geschäft zurück. „Ich denke, es ist nicht ganz einfach für sie. Trotzdem sind sie beruhigt, an die nächste Generation übergeben zu haben“, sagt der Junior. Er kaufte seinen Eltern den Betrieb offiziell ab: „Ich habe noch zwei Brüder, und wir wollten alle eine klare und faire Lösung.“ Über die Hausbank kam dabei die LfA mit ins Spiel. Sie fördert den Hofer in Form eines – im ersten Jahr tilgungsfreien – Startkredites. Eine große Hilfe für den Unternehmer, der erst mal kräftig in das Haus investiert: „Wir haben in der LfA einen tollen Partner gefunden und sind froh, dass sie uns so unterstützt.“ ☐

FAKTEN

Finanzierung Startkredit
Gründungsjahr 1977 **Standort** Hof
Geschäftsfeld Hotellerie
Mitarbeiter 3
www.hotelmazplatz.de
 ☐ www.lfa.de/magazin

So gelingt die Nachfolge

2016 hat die LfA rund 600 Unternehmensnachfolgen im Rahmen der Gründungsförderung mit einem Darlehensvolumen von knapp 165 Millionen Euro gefördert (plus 17 Prozent gegenüber 2015). So konnten Investitionen in Höhe von über 230 Millionen Euro realisiert und fast **6.000 Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen** werden.

165 MILLIONEN EURO

betrug das LfA-Darlehensvolumen für Unternehmensnachfolgen im Jahr 2016 in der Gründungsförderung



DAS WISSEN

- Ein Betriebsinhaber sollte mindestens fünf Jahre für den Übergabeprozess einkalkulieren. Eine kompetente Beratung vor und während der Übergabe ist empfehlenswert (zum Beispiel durch IHKs oder Handwerkskammern).
- Gerade bei einer frühzeitigen Regelung besteht die Möglichkeit, dass der Übergebende seinen Nachfolger auch noch selbst einarbeiten kann. Das ist für beide Seiten die beste Lösung.
- Der Übergang kann in diesem Fall ohne Brüche und Anfangskonflikte, dafür aber mit dem gezielten Transfer von Wissen, Erfahrung und Geschäftskontakten zukunftsorientiert vollzogen werden.



DER WEG

Unternehmen, Altbesitzer und Nachfolger sollten zueinanderpassen. Laut dem Institut für Mittelstandsforschung erfolgen über die Hälfte der Übernahmen innerhalb der Familie, 17 Prozent durch interne Mitarbeiter und 29 Prozent durch Externe.

- Die Nachfolge sollte so geplant werden, dass das Unternehmen keinen Schaden nimmt.
- Die Mitarbeiter sollten in den Übernahmeprozess einbezogen werden. Aus arbeitsrechtlichen Gründen, aber auch, damit sie mit dem neuen Chef motiviert zusammenarbeiten.
- Auch Kunden und Lieferanten sollten „mitgenommen“ werden.
- Für beide Partner ist es wichtig, den „richtigen“ Unternehmenswert zu ermitteln.
- Die Finanzierung sollte optimal konzipiert und realisiert werden. Das gilt auch für steuerliche Fragen.

DAS ZIEL

Damit eine Nachfolge erfolgreich verlaufen kann, ist es wichtig, diese frühzeitig und systematisch zu planen. In diesem Managementprozess sollten folgende Ergebnisse erzielt werden:

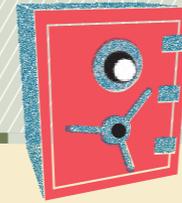


Angemessene Altersversorgung für den Alteigentümer.

Langfristiger Erhalt des Unternehmens und Sicherung der Arbeitsplätze.

Der Nachfolger benötigt eine wirtschaftliche Perspektive und angemessene Einkünfte.

Foto: Christian Brecheis; Infografik: Zissue



DIE UNTERSTÜTZUNG

Die LfA sieht die Unterstützung von Unternehmensnachfolgen im Mittelstand als elementare Aufgabe der Wirtschaftsförderung an. Diese werden wie eine Existenzgründung behandelt. Das heißt, es bestehen die gleichen Fördervorteile.

- Über den **Startkredit** können im Fall einer familieninternen Unternehmensübergabe auch Kaufpreiszahlungen zwischen Eltern/Schwiegereltern und Kindern gefördert werden. Erfolgt eine Übernahme nicht innerhalb der Familie, können ebenfalls Übernahmekosten gefördert werden. Bei nicht ausreichender Absicherung kann die LfA beim Startkredit bis zu 70 Prozent des Ausfallrisikos übernehmen. Auch eine Bürgschaft von bis zu 80 Prozent kann beantragt werden.
- Neben dem Startkredit können auch **weitere Förderangebote** der LfA bei einer Übergabe in Frage kommen: Bei der Finanzierung des Kaufpreises zum Erwerb eines Betriebs zum Beispiel der **Universalkredit** oder **Investivkredit**. Die Beantragung erfolgt wie bei allen anderen Förderkrediten über die Hausbank, also Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Privatbanken. Auch hier sind eine Haftungsfreistellung (bis zu 60 Prozent) oder eine Bürgschaft möglich.
- Bei einem **Generationenwechsel** kann die Unterstützung auch über die **BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft mbH**, ein Unternehmen der LfA-Gruppe, erfolgen. Die BayBG kann Eigenkapital in Form einer direkten Beteiligung, einer stillen Beteiligung oder einer Kombination aus beiden bereitstellen.



DIE ANSPRECHPARTNER

Bei Fragen rund um das Thema Unternehmensnachfolge können sich Unternehmer und potenzielle Nachfolger persönlich oder telefonisch auch direkt an die Förderberatung der LfA wenden.

Telefon: 0800 / 21 24 24 0
email: info@lfa.de
web: www.lfa.de

ILSE AIGNER

Bayerische Wirtschaftsministerin und Vorsitzende des LfA-Verwaltungsrates



„Drängendes Problem“

O

Oftmals fehlt im laufenden Geschäftsbetrieb einfach die Zeit dafür. Oder der Chef hält sich selbst für unersetzlich. Fakt ist jedenfalls, dass sich Unternehmer oft zu spät mit der Nachfolgefrage auseinandersetzen. Das kann unter Umständen sehr riskant sein und schnell ein Lebenswerk gefährden, das vom Unternehmen und seinen Mitarbeitern hart erarbeitet wurde. Vor allem, wenn man bedenkt, dass beinahe jede dritte Unternehmensnachfolge früher eintritt als erwartet.

Insgesamt stehen zwischen 2014 und 2018 etwa 24.000 Unternehmen mit rund 350.000 Beschäftigten zur Nachfolge an. Diese Zahlen haben Gewicht: Es betrifft nicht nur das einzelne Unternehmen, sondern unsere Volkswirtschaft insgesamt. Bayern ist wirtschaftlich erfolgreich und innovativ – dank seiner großen internationalen Konzerne, vor allem jedoch wegen der Leistungsfähigkeit der vielen kleinen und mittelständischen Betriebe. Oft sind es unsere

Familienbetriebe, die den Menschen in der Region gut bezahlte und sichere Arbeitsplätze bieten und den Großteil der Ausbildungsplätze stellen. Für diese Leistungsträger unserer Wirtschaft und damit auch für die Volkswirtschaft als Ganzes ist die Nachfolgefrage von zentraler Bedeutung.

Aus diesem Grund ist die Unternehmensnachfolge ein Schwerpunkt bayerischer Wirtschaftspolitik. Zahlreiche Maßnahmen des Bayerischen Wirtschaftsministeriums oder etwa die Fördermittel der LfA Förderbank Bayern unterstützen den Nachfolgeprozess. Das Problem ist damit aber noch nicht aus der Welt. Nicht selten unterschätzen die betroffenen Unternehmer und ihre potentiellen Nachfolger die Komplexität des Übergabeprozesses. Angesichts der demografischen Entwicklung wird diese Frage auch zu einem immer drängenderen Problem. Daher werde ich, zusammen mit unseren Partnern aus der Wirtschaft, in Kürze eine Nachfolgeoffensive starten, um das Thema stärker in das Bewusstsein zu rücken und um auf das breit gefächerte Unterstützungsangebot hinzuweisen.



GUTES BROT BRAUCHT SEINE ZEIT

DAS WISSEN DIE BÄCKERMEISTER DER **ARNO NUBSTEIN BÄCKEREI** SEIT 90 JAHREN. 2016 HAT ULF FISCHER DIE AMBERGER TRADITIONS-BÄCKEREI VON SEINEM ONKEL ÜBERNOMMEN UND SICH EINEN TRAUM ERFÜLLT

FOTOS CONNY MIRBACH | TEXT MARLENE IRAUSEK

Nach ofenfrischem Brot riecht es in der Bäumlstraße 12 in Amberg schon frühmorgens. Bereits seit 1930 befindet sich hier die Backstube der Arno Nußstein Bäckerei. Im angeschlossenen Café können die Amberger ab 6 Uhr Brezen, Semmeln und Natursauerteigbrote kaufen. Den Backstubenbereich im hinteren Teil des Hauses vermuten viele auf den ersten Blick gar nicht. Von dem mit Holz vertäfelten Gang hinter dem Ver-

kaufstresen geht der weiß verflusste Raum ab. An den Mehlsilos neben der Semmelstraße steht Ulf Fischer und mischt den Teig. Über die Bedienung an der Wand gibt er ein, wie viele Kilogramm Mehl aus den Silos in die Knetmaschine sollen. Die

JETZT PROBIEREN

Original Brotrezept
von Ulf Fischer zum Nachbacken
www.lfa.de/magazin



Mischerei ist das Herzstück der Bäckerei. Dafür braucht es erfahrene Leute an den Geräten.

Seit vergangenem Jahr ist Fischer der neue Chef der Arno Nußstein Bäckerei. Er hat den Betrieb von seinem Onkel Edgar Kraft übernommen, der 1976 in die Bäckersfamilie Nußstein einheiratete und den Betrieb mit seiner Frau Irene in dritter Generation modernisierte. Heute zählt die Traditionsbäckerei in der historischen Stadt an der Vils insgesamt fünf Filialen und das Hauptgeschäft.

Mit seinem Neffen weiß Kraft den Betrieb in guten Händen. Dabei entdeckt der Sohn eines Steuerberaters seine Berufung zum Bäckerhandwerk eher zufällig. Während des Studiums der Betriebswirtschaft hilft er in der Bäckerei

seiner Tante und seines Onkels und erkennt, wie viel Freude ihm das Backen bereitet. „Nach dem Studium war mir klar, dass ich mit purer Wirtschaftslehre nichts zu tun haben möchte“, erzählt Fischer. Er absolviert ein dreimonatiges Praktikum in der Bäckerei, um die Arbeitsabläufe besser kennenzulernen. „Unter der Voraussetzung, die Bäckerei einmal übernehmen zu können, wollte ich eine Bäckerlehre beginnen“, berichtet der studierte Bäckermeister weiter.

Sein Onkel kann das zu diesem Zeitpunkt nicht garantieren, und Fischers beruflicher Weg führt vorerst in ein Trainee-Programm als Niederlassungsleiter beim Tiefkühlkost-Vertrieb Bofrost. Ein gut bezahlter Job mit großem Druck, unter dem er schließlich nicht mehr weiterarbeiten möchte. Darum entscheidet sich der heute 36-Jährige, das zu machen, was er schon immer wollte: eine Bäckerlehre und den Bäckermeister. Darauf folgen sechs Jahre als Backstubenleiter einer Bio-Bäckerei in Gauting. Der Wunsch nach etwas Eigenem wird für Ulf Fischer aber immer stärker.

Vergangenes Jahr erfüllt sich der Traum vom eigenen Betrieb zehn Jahre nach seinem Praktikum doch noch. „Mein Onkel ist auf mich zugekommen, ob ich noch Interesse hätte, die Bäckerei zu übernehmen“, erinnert sich Fischer. Im Jahr 2015 steigt er erst als Bäckermeister in den Betrieb seiner Familie ein. Nach einer Bewährungsprobe von einem Jahr geht es dann um die Übernahme des gesamten Geschäftes mit 65 Mitarbeitern. „Mein Onkel und ich haben uns auf einen guten Preis für die Bäckerei geeinigt“, freut sich der Neffe, der mit Hilfe seines Beraters bei der Volksbank auf die LfA und ihre Fördermöglichkeiten aufmerksam wurde. Nach erfolgreicher Antragstellung gewährt die Förderbank ihm einen Startkredit, um das Bäckereiunternehmen zu übernehmen.

Einfach ist die Zeit nach der Übergabe nicht. Es ist eine Umstellung, auch für die Mitarbeiter, die Fischer

„ICH LIEBE MEINEN BERUF, UND ICH WEISS, ICH KANN HIER ETWAS BEWEGEN“

teilweise noch als kleinen Jungen kennen. Konflikte gehören in solchen Phasen dazu. Umso wichtiger ist es, ein gut funktionierendes Team aufzubauen. Auch wenn das für den Unternehmer bedeutet, selbst viel in der Backstube zu stehen.

Eine der Filialleiterinnen, Sigrid Gurdan, unterstützt ihn nun als seine rechte Hand im Büro. Auch der Onkel hilft noch im Geschäft. „Er steht mit Rat und Tat zur Seite, lässt es mir aber wirklich offen, meinen Weg zu gehen“, so der Nachfolger.

Die Philosophie der Bäckerei ist und bleibt weiterhin Brot, das mit viel Liebe und ausreichend Zeit hergestellt wird. Dafür werden nur natürliche Zutaten

verwendet, mit Rezepturen, die sich seit vielen Jahren bewährt haben. „Das Besondere bei uns ist die Zubereitung des Teiges in zwei Arbeitsgängen“, erklärt Fischer. Zuerst wird ein Vorteig hergestellt, der nach einer Ruhezeit über mehrere Stunden mit den restlichen Zutaten zum Hauptteig verarbeitet wird. Das ist gut fürs Aroma. Die Bäcker produzieren den ganzen Tag über, und zwei Fahrer beliefern die Filialen von der Bäumlstraße aus mehrmals täglich.

Auch wenn die erste Zeit viel Engagement und Überstunden fordert, würde er sich wieder dafür entscheiden: „Ich liebe meinen Beruf, und ich weiß, ich kann hier etwas bewegen.“ □

FAKTEN

Finanzierung Startkredit
Gründungsjahr 1927
Standort Amberg
Geschäftsfeld Lebensmittelindustrie
Mitarbeiter 65
www.baeckerei-nussstein.de
www.lfa.de/magazin



Die Bäckerei Arno Nußstein ist bekannt für ihr Brot. Der Teig dafür wird noch selbst gemacht, bevor er für die weitere Verarbeitung in die Gärkörbe gefüllt wird





Abbildung: PR

EINE RÜHRENDE GESCHICHTE

FAST ZEHN JAHRE LANG WAR ER PRODUKTIONSLEITER DES ANLAGENBAUERS **TMR**, EIN MANAGEMENT-BUYOUT MACHTE GUNNAR PREHN ANFANG 2017 ZUM ALLEINIGEN INHABER

FOTOS CONNY MIRBACH | TEXT STEFAN RUZAS

Jeden Morgen steht Gunnar Prehn um 5.30 Uhr auf, hat exakt eine Stunde Zeit für sich und das neue „Handelsblatt“, weckt dann Frau, Sohn und Hund und sitzt pünktlich um 7.15 Uhr im Büro. Meist fährt er die 1,9 Kilometer von seinem Haus in die Bergstraße 6 in Taufkirchen bei München mit dem Fahrrad, einem schlichten City-Bike.

Verlässlichkeit ist dem gebürtigen Thüringer wichtig, das hat er von seinem Großvater gelernt. Einige Angestellte des Anlagenbauers TMR kennt Prehn schon mehr als 20 Jahre, von seinem vorherigen Arbeitgeber. „Die lasse ich niemals im Stich“, sagt Prehn.

Seit Anfang 2017 steht auf seiner Visitenkarte „Geschäftsführer/CEO“. Der Werkzeugmacher, der 2008 als Produktionsleiter zu TMR kam und später auch Prokura erhielt, ist dort seit dem 1. Januar alleiniger Inhaber. Nach einem mutigen und trotzdem logischen Management-Buyout.

Wobei seine GmbH & Co. KG nicht irgendeine ist, auch wenn sie in einem umgebauten Bauernhof produziert. Maßgeschneiderte Rührtechnik für rund 3.000 aktive Kunden baut sie, darunter sind illustre Namen wie BASF, Audi, Daimler, VW, Boehringer Ingelheim, Bayer, E.ON, RWE oder Coca-Cola. Geliefert wird weltweit in fast 70 Länder. Ein echter „hidden champion“ also.

Jährlich stellt TMR rund 1.000 dieser elektrisch betriebenen Maschinen her, mal kleine für Krankenhäuser, mal haus-



„WAS WIR HIER MACHEN, IST EINZIGARTIG“

hohe Kaskaden zur Zuckerproduktion in Ägypten. Die normale Bedienungsanleitung dazu mit immerhin 57 Seiten gibt es als Standardversion in zehn Sprachen, Sonderausführungen, etwa in Mandarin, werden in kurzer Zeit angefertigt.

Gerührt wird mit den Rührwerken von TMR alles, was flüssig ist: Medizin, Lebensmittel, Farben oder Abwasser bis zu einer Viskosität von 100.000 Millipascalsekunden. So jedenfalls lautet die passende Maßeinheit im Fachsprech.

„Was wir hier machen, ist einzigartig“, erzählt der 47-Jährige. „Wir sind unternehmergeführt, um einiges kleiner als der kleinste unserer Konkurrenten in Deutschland und als Premium-Anbieter trotzdem oft der teuerste. Aber wenn’s

sein muss, liefern wir eben auch binnen 24 Stunden und nicht erst in zwölf bis 16 Wochen.“

Dank einer klugen Baukasten-Bevorratung, die von Stahl über Gummierung bis Polymer-Beschichtung sage und schreibe mehr als 1.000 Werkstoff-Kombinationen möglich macht. Damit die rührenden Daten der Aufträge auch wirklich sicher sind, steht im Keller ein eigener, sehr teurer Server.

Prehn, der immer noch erstaunlich viele Auftragsnummern auswendig kennt, ist für die technisch-operative Geschäftsführung zuständig, seine Frau Doreen für die kaufmännische.

Einfach war die Übernahme von TMR für die beiden nicht gerade. Schon vor drei Jahren kam der langjährige Vorbesitzer der 1978 gegründeten Firma mit der Idee, Prehn solle doch einsteigen, allerdings verbunden mit dem Vorschlag, »



Die maßgeschneiderte Rührtechnik wird weltweit in fast 70 Länder geliefert. Jährlich stellt das fachkundige Team von TMR rund 1.000 der elektrisch betriebenen Maschinen her, unter anderem für Audi, Bayer und Coca-Cola



„ICH KONNTE DAS NICHT IN RAUCH AUFGEHEN LASSEN. DAS WÄRE DEN LEUTEN GEGENÜBER UNERTRÄGLICH“

dass weitere Gesellschafter dabei sind. Der Sohn des Vorbesitzers hatte andere Pläne, als Nachfolger zu werden.

Nachdem Pohn ablehnte, war erst mal Funkstille. Anfang 2016 wiederum hatte Pohn die Vermutung, dass TMR längst an einen Konkurrenten verkauft war. „Ich wollte das für meine eigene Lebensplanung einfach wissen, also habe ich den Chef gefragt“, erinnert sich Pohn. Aus der Frage wurde ein weiteres kurzes, aber hitziges Verkaufsgespräch.

Nach einigem Hin und Her begann der gemeinsame Steuerberater zu vermitteln. Die Rosenheimer Hausbank von TMR wurde hinzugezogen und anschließend auch die LfA. Am 19. Dezember 2016 konnte Pohn sein Übernahmekonzept endlich in großer Runde präsentieren, wenige Tage später gab die LfA ihre Zustimmung für eine Haftungsfreistellung, am 29. Dezember dann der Termin beim Notar. Ab dem 1. Januar 2017 um 0.01 Uhr war Pohn tatsächlich neuer



Inhaber seines langjährigen Arbeitgebers. „Warum ich das mache? Jedenfalls primär nicht wegen des Geldes oder damit ich endlich eine eigene Firma habe“, sagt Pohn. „Die Sorgen sind größer, und ich habe im ersten Halbjahr bis auf einen Kurzurlaub sieben Tage die Woche gearbeitet. Aber ich finde einfach genial, was wir hier mit tollen Kollegen machen, und ich konnte das nicht in Rauch aufgehen lassen. Das wäre den Leuten gegenüber unerträglich.“ So ist er, der Gunnar Pohn. Ein Mann mit moralischen Ansprüchen. Einer, der immer noch so begeisterungsfähig und engagiert wirkt wie zu seinen Zeiten als treuer Fußball-Fan von Manchester United.

Jahrelang war er sogar Mitglied der „Red Devils“ und flog dorthin, wo sie spielten. Weil auf ihn eben Verlass ist.

Als neuer Chef macht er auch deswegen so manches anders, persönlicher und wertschätzender: Zum Geburtstag bekommt jeder Mitarbeiter eine Karte mit einem Gutschein. Er informiert die TMR-Belegschaft regelmäßig über die Auftragslage und schüttet ab einer bestimmten Umsatzgröße Boni aus.

„Das Loslassen von der Firma hat mein Vorgänger unterschätzt“, resümiert Pohn heute. „Der Übergang war nicht ganz einfach und emotional. Wir haben aber bis heute immer noch guten Kontakt.“ □

FAKTEN

Finanzierung Startkredit mit Haftungsfreistellung
Gründungsjahr 1978 **Standort** Taufkirchen
Geschäftsfeld Rührtechnik **Mitarbeiter** ca. 20
www.tmr-ruehrtechnik.de www.lfa.de/magazin

Abbildung: PR

ICH SEHE WAS, WAS DU NICHT SIEHST

Je früher eine Sehstörung erkannt wird, desto besser sind die Behandlungserfolge. Für eine frühzeitige Augenvorsorge bei Kleinkindern hat die Firma **Plusoptix** spezielle Messgeräte entwickelt

TEXT MARLENE IRAUSEK



Sehen ist ein Zusammenspiel von zwei Vorgängen, das geübt werden muss: die Bildaufnahme durch die Augen und die Bildverarbeitung im Gehirn. Um klar zu sehen, müssen die Bilder korrekt ankommen. Ausschlaggebend dafür ist ein gut ausgebildeter Sehnerv, dessen Entwicklung in unseren ersten Lebensjahren stattfindet. Werden Sehstörungen nicht in den ersten Jahren erkannt und behandelt, können diese zu einer dauerhaften Schwachsichtigkeit führen. Diese kann weder mit Brille noch mit Kontaktlinsen ausgeglichen werden und ist nach den Entwicklungsjahren irreversibel.

Um Sehstörungen zuverlässiger erkennen zu können, ist ein objektives Messverfahren notwendig. Eine stressfreie Messung zu ermöglichen, das hat sich Plusoptix zum Ziel gesetzt. Die Besonderheit der in Nürnberg produzierten Geräte ist die gleichzeitige Messung der Refraktion, also der Linsen-Brechkraft, in beiden Augen aus einem Meter Entfer-



Der Plusoptix Vision Screener misst sekundenschnell die Linsen-Brechkraft beider Augen aus einem Meter Entfernung

nung in weniger als einer Sekunde. „Vereinfacht ausgedrückt, messen wir, ob das optische System ein scharfes Bild auf die Netzhaut projiziert“, erklärt Geschäftsführer Christian Schmidt.

Neben dem „Hand-Autorefraktometer“ für Augenärzte vertreiben die Franken auch einen „Vision Screener“, der die Messwerte automatisch in „auffällig“ oder „unauffällig“ einstuft. So können auch Kinderärzte oder Gesundheitsämter eine zuverlässige Augenvorsorge bei Kindern durchführen und Kinder mit auffälligem Messergebnis an einen Augenarzt überweisen. „Mit unseren Produkten haben wir uns am

Markt profiliert. Anfang 2017 haben wir das zehntausendste Gerät ausgeliefert“, berichtet Schmidt.

Die Plusoptix AG wurde bereits 2001 mit Unterstützung eines Investors als Aktiengesellschaft gegründet. Mit seinen damaligen Augenmessgeräten konnte sich das Unternehmen jedoch nicht am Markt behaupten. Jahrelang beim Telekommunikationsunternehmen Ericsson in der Geschäftsführung tätig und zu diesem Zeitpunkt schon im Ruhestand, wird Jürgen Schmidt gebeten, sich das Unternehmen anzusehen. Er rät der Geschäftsleitung, die Technologie zu einem Screening-Gerät für Kinder weiterzuentwickeln. Diese lehnt das Konzept aber ab.

Überzeugt von der Idee, kaufen Herr Schmidt senior und der ehemals als stiller Gesellschafter beteiligte Investor das Unternehmen, um als GmbH neu anzufangen. Damals noch an der Ostsee im Bereich Telekommunikation tätig und anfangs nur geringfügig involviert, steigt schließlich auch Schmidts Sohn Christian ins Unternehmen ein und übernimmt die Hälfte der Anteile seines Vaters. Letzten November dann erwirbt er auch die Anteile des stillen Gesellschafters.

Ein Darlehen der HypoVereinsbank und eine LfA-Bürgschaft ermöglichen die Unternehmensnachfolge. Jürgen Schmidt wird sich nach und nach aus dem operativen Geschäft zurückziehen. „Für mich war es wichtig, diese Übernahme zu machen. Ich glaube an das Produkt und die Zukunft des Unternehmens“, erklärt Christian Schmidt seine Entscheidung. „Eine Zusammenarbeit von Vater und Sohn muss man wollen. Der Übergang von meinem Vater zu mir war nicht immer einfach, aber wir haben es geschafft.“ □

FAKTEN

Finanzierung Bürgschaft **Gründungs**jahr 2001
Standort Nürnberg **Geschäftsfeld** Medizin
Mitarbeiter 22 www.plusoptix.com
www.lfa.de/magazin

NÜRNBERG

NEUER STANDORT
AM TULLNAUPARK

LfA-Chef Dr. Otto Beierl mit Wirtschaftsministerin Ilse Aigner, Staatssekretär Franz Josef Pschierer, Geschäftsführer Bayern Innovativ Dr. Rainer Seßner und Repräsentanz-Leiter Dr. Alfred Neumann bei der Eröffnung (v.l.)

Seit Juli hat die Repräsentanz der LfA Förderbank Bayern in Nürnberg ihren Sitz am Tullnaupark 8. Dort ist sie – wie bisher – mit der Bayern Innovativ GmbH und dem Projektträger Bayern unter einem Dach. Ebenfalls in dem Gebäude sitzt BayStartUp. Dr. Alfred Neumann, Leiter der Repräsentanz Nürnberg, erläutert: „In engem Schluß mit den regionalen Wirtschaftsförderern begleiten wir individuell, passgenau und kostenfrei den

Mittelstand zu Finanzierungsmöglichkeiten in allen Unternehmenslagen. Mein Team und ich freuen uns auf die räumliche Nähe zu den verschiedenen Partnern am Tullnaupark. Das kommt den Gründern und den mittelständischen Betrieben in der ganzen Region zugute.“

Zu erreichen ist die Repräsentanz in Nürnberg unter folgender Adresse:
Am Tullnaupark 8, 90402 Nürnberg, Telefon 0911 / 810 08 00, nuernberg@lfa.de

JUNIOR-PREIS

UNTERNEHMER
VON MORGEN

Mützen mit reflektierenden Bommeln und Möbel aus Paletten verhalfen den Schülerfirmen BommeLit und flamant noir zum Titel „Beste Bayerische JUNIOR Unternehmen 2017“ beim diesjährigen Landeswettbewerb. Die Schülerinnen und Schüler vom Ignaz-Günther-Gymnasium aus Rosenheim und von der Rudolf-Steiner-Schule aus Gröbenzell setzten sich gegen rund 100 JUNIOR Unternehmen mit 1.600 Teilnehmern durch. Beide vertraten Bayern beim JUNIOR Bundeswettbewerb am 22. Juni in Berlin gegenüber der Konkurrenz aus ganz Deutschland. Grund zum Feiern hat aber auch der Wirtschaftsstandort Bayern: Bereits vor 20 Jahren holten das Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft e.V. und die IW JUNIOR gGmbH das Programm JUNIOR nach Bayern. Bis jetzt haben über 17.500 Schülerinnen und Schüler mit JUNIOR 1.350 Schülerfirmen an bayerischen Schulen gegründet.

PERSONALPOLITIK
FAMILIENPAKT BAYERN

Gemeinsam die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bayern gestalten. Mit diesem Ziel haben die Bayerische Staatsregierung, der Bayerische Industrie- und Handelskammertag e.V. (BIHK), die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (vbw) und der Bayerische Handwerkstag e.V. (BHT) den Familienpakt Bayern geschlossen. Inzwischen zählt dieser rund 400 Mitglieder und Netzwerkpartner. Bayerns Arbeitsstaatssekretär Johannes Hintersberger: „Wer qualifizierte Fachkräfte gewinnen will, muss heute mehr bieten als gute Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten. Gerade junge Menschen achten darauf, wie ihr Arbeitsplatz mit der individuellen Lebensplanung zusammenpasst. Wir unterstützen die Unternehmen mit dem Familienpakt Bayern dabei, sich familienfreundlich aufzustellen. Denn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist längst zu einem Wirtschaftsfaktor geworden. Deshalb freue ich mich, dass auch die LfA Mitglied im Familienpakt ist.“ Die LfA hat früh eine familienorientierte Personalpolitik entwickelt. Die Maßnahmen dienen dabei sowohl der Vereinbarkeit von Beruf und Kindern als auch von Beruf und Pflege.

WACHSTUMSFONDS BAYERN

DIGITALISIERUNG

Für expandierende Start-ups hat Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner den Wachstumsfonds Bayern initiiert. Dieser wird von Bayern Kapital, der Venture-Capital-Gesellschaft des Freistaats, verwaltet. Bisher wurden über 27 Millionen Euro in elf junge Unternehmen in ganz Bayern investiert. Mit privaten Partnern konnten so fast 180 Millionen Euro an Wachstumskapital mobilisiert werden. Die IT- und Software-Branche ist dabei ein wichtiges Zielsegment für den Wachstumsfonds Bayern, der so die Digitalisierung des gesamten Freistaats beschleunigt. Allein 2017 hat sich der Wachstumsfonds Bayern an drei Finanzierungsrunden von Digitalunternehmen beteiligt. Unterstützt wurden crealytics aus Passau sowie die beiden Münchner Start-ups riskmethods und Fineway.

770
MILLIONEN
EURO

HALBJAHRESBILANZ

Mit Darlehen in Höhe von fast einer Milliarde Euro hat die LfA Förderbank Bayern im ersten Halbjahr 2017 die bayerische Wirtschaft unterstützt. Mit rund 770 Millionen

Euro waren auch in diesem Halbjahr programmgebundene Förderkredite gefragt. Mehr als 2.200 mittelständische Unternehmen und Kommunen wurden so gefördert. Die Anfang des Jahres optimierte Gründungs- und Wachstumsförderung wurde sehr gut angenommen und legte auf über 400 Millionen Euro zu. Bei den bayerischen Kommunen stieß das Angebot für Maßnahmen zur Energieeinsparung auf großes Interesse. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum hat sich das Zusagevolumen in den ersten sechs Monaten mehr als verzehnfacht.

BUSINESSPLAN WETTBEWERBE

QUANTUM SYSTEMS GEWINNT ...

... beim Münchener Businessplan Wettbewerb 2017. Das Start-up entwickelt unbemannte senkrechtstartfähige Flugzeuge, die die Vorteile von Hubschraubern und Flugzeugen vereinen. Die Nase vorne beim Businessplan Wettbewerb Nordbayern hatte nice!innovations aus Erlangen mit einem neuartigen Fixateur. Dieser verbessert die Versorgung schwerverletzter Unfallopfer wesentlich.

29. BAYERISCHER FERNSEHPREIS

JUNGE TALENTE FÖRDERN



Ein Leben, in dem er keine Musik mehr machen kann, will Robert nicht leben. Für seine Freundin Angelika ist es schwer, seine Entscheidung zu akzeptieren (Szene aus „Vom Lieben und Sterben“)

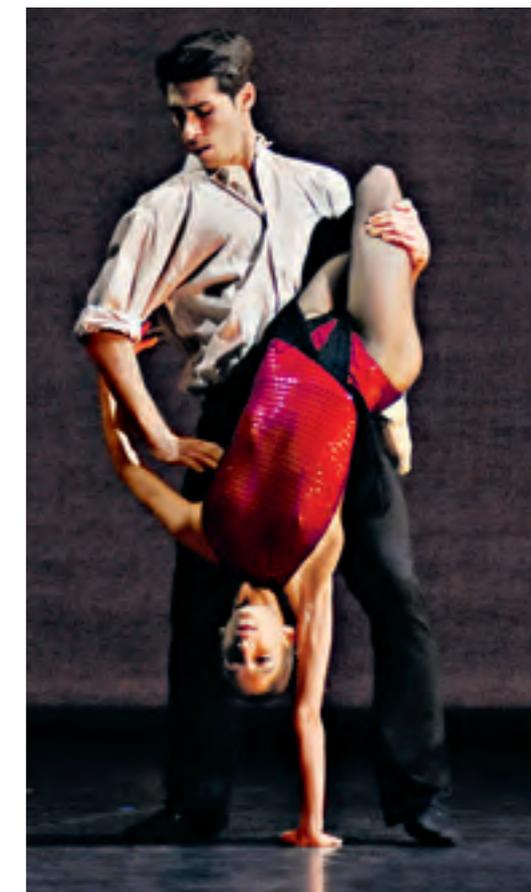
Medienministerin Ilse Aigner überreichte Katrin Nemeč den Nachwuchsförderpreis für deren Dokumentation „Vom Lieben und Sterben“ (BR). Die Regisseurin und Autorin Nemeč setzt sich darin differenziert mit dem Thema „Sterbehilfe“ auseinander. Protagonisten im Film sind der ehemals erfolgreiche Gitarrist Robert Wolf, der nach einem Unfall vom Hals

abwärts gelähmt ist und sich nichts sehnlicher wünscht, als in Würde sterben zu dürfen, und seine junge Freundin Angelika, die diesen Wunsch nicht akzeptieren will. Aigner: „Ich gratuliere Katrin Nemeč zu dieser besonderen Auszeichnung und danke der LfA Förderbank Bayern für die Stiftung des Nachwuchsförderpreises.“ Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert.

NEXT GENERATION

BAYERISCHE
THEATERTAGE
IN HOF

Die LfA Förderbank Bayern unterstützte die 2016 neu entwickelte Reihe „Next Generation: Junge Theatermacher aus Bayern“, bei der im Rahmen der Theatertage Produktionen von jungen professionellen Teams gezeigt wurden. LfA-Vorstandsmitglied Hans Peter Göttler zeigte sich sehr beeindruckt vom vielfältigen Programm der Theatertage: „Ein attraktiver und erfolgreicher Wirtschaftsstandort braucht eine lebendige und vielfältige Kulturlandschaft. Deshalb gehört für uns der Bereich Kultur zur Wirtschaftsförderung. Neben mittelständischen Unternehmen stehen wir jungen Künstlern am Anfang ihrer professionellen Laufbahn zur Seite.“ Die LfA fördert die Bayerischen Theatertage bereits seit 2005.



DIE LFA ALS ARBEITGEBER

THEORIE UND PRAXIS

Die LfA Förderbank Bayern ist eines der führenden Landesförderinstitute und sichert zukunftsorientiert ihre Leistungsfähigkeit. So bietet sie Bewerbern mit kaufmännischem Hintergrund, aber auch Juristen oder IT-Spezialisten interessante Aufgaben und eine leistungs- und marktorientierte Vergütung. In Kooperation mit der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) führt die LfA außerdem ein Duales Studium der Betriebswirtschaftslehre zum Bachelor of Arts (B.A.) durch. Das dreijährige Studium ist die durchgehende Verzahnung eines wissenschaftlichen Studiums mit anwendungsbezogenem Lernen in der Arbeitswelt. Grundvoraussetzung für die Zulassung ist Abitur oder eine entsprechende fachgebundene Hochschulreife. Die akademische Ausbildung findet in Ravensburg statt. Während der studienintegrierten Praxisphasen sind die Studierenden in der LfA in München. Dort erhalten sie einen breiten Überblick über alle Bereiche der Bank und übernehmen bereits frühzeitig eigene verantwortungsvolle Aufgaben.

[Mehr Informationen unter: www.lfa.de/karriere](http://www.lfa.de/karriere)



ENERGIEKREDIT GEBÄUDE

Effizienz begünstigen

Mit dem Energiekredit Gebäude unterstützt die LfA Förderbank Bayern kleine und mittlere Unternehmen sowie Freiberufler, die in die Energieeffizienz ihrer Firmengebäude investieren. „Die Betriebe können so Kosten sparen und die Umwelt schonen“, lobt Bayerns Wirtschaftsministerin und LfA-Verwaltungsratsvorsitzende Ilse Aigner. Gefördert werden energieeffiziente Neubauten, die energetische Sanierung von gewerblich genutzten Gebäuden sowie Energieeffizienzmaßnahmen an der Gebäudehülle bzw. Gebäudetechnik.

Das neue Förderprogramm bietet zinsverbilligte Kredite sowie Tilgungszuschüsse von bis zu 18,5 Prozent des Darlehensbetrags. Das Darlehen muss somit nicht vollständig zurückgezahlt werden. Der maximale Kreditbetrag beläuft sich auf zehn Millionen Euro. Investitionsvorhaben können bis zu 100 Prozent finanziert werden. Der Zinssatz kann bis zu zehn Jahre festgeschrieben werden.

[Mehr Informationen unter: www.lfa.de/energieundumwelt](http://www.lfa.de/energieundumwelt)

Monika Grentz

Abteilung: Spezialkredite
Position: Personalratsvorsitzende und Spezialistin Team Eigenkapitalfinanzierung
Seit 2014 bei der LfA



„Bedürfnisse und Erwartungen klar kommunizieren“

Erstaunlich, wo einen das Leben hinführt: Als gebürtige Berlinererin arbeite ich jetzt in einem bayerisch verwurzelten Unternehmen. Seit zehn Jahren lebe ich in der Landeshauptstadt. München ist, privat und beruflich, zu meinem Lebensmittelpunkt geworden. Die übersichtliche Betriebsgröße und den offenen Umgang zwischen Vorgesetzten und Angestellten schätze ich in der LfA sehr. Viele Jahre war ich als Beraterin für Unternehmenssanierung zuständig. Auch bei der LfA unterstützte ich meine ersten Kunden in diesem Bereich, bevor ich in das Team Eigenkapitalfinanzierung wechselte. Ich stelle mich gerne neuen Aufgabenfeldern und Herausforderungen. So führe ich seit 2016 außerdem mit großer Freude die Tätigkeit der Personalratsvorsitzenden aus, was vor allem auch durch die großartige Unterstützung meiner Kolleginnen und Kollegen ermöglicht wird. Als Ansprechpartner für die ganze Belegschaft habe ich unsere Firma noch einmal mit anderen Augen kennengelernt. Mir ist es wichtig, bei Problemen Lösungen zum beiderseitigen Vorteil zu finden. Gerade in einem Arbeitsumfeld, in dem sich Rahmenbedingungen und Erwartungen schnell verändern können, sind Kommunikation und ein gemeinsamer Weg nach vorne von großer Bedeutung.

Fotos: Stocksy/Bonminstudio; Stocksy/Milles Studio; Conny Mirnbach (2)

Manuel Baier

Abteilung: Produktgestaltung
Position: Spezialist Programmgrundsätze und Produktgestaltung
Seit 2010 bei der LfA



„Es freut mich, die Möglichkeit zu haben, bei wichtigen Entscheidungen mitzuwirken“

Jeden Morgen pendle ich mit dem Zug von Bad Endorf nach München. Vom Ostbahnhof geht es mit meinem schon etwas in die Jahre gekommenen Fahrrad weiter zur Königinstraße. Am Schreibtisch angekommen, widme ich mich den Aufgaben meines Hauptverantwortungsbereiches. Meine Abteilung ist dafür zuständig, vorhandene Produkte – also verschiedene Förderprogramme – zu verbessern oder neue zu planen. Zur Konzeption zählt auch, die Grundsätze für die jeweiligen Programme festzulegen und die zu erfüllenden Förderkriterien auszuarbeiten. Der Entwurf wird dann mit dem Vorstand und den Entscheidungsträgern abgestimmt. Jeder meiner Kollegen ist für einen Programmbereich oder ein übergeordnetes Thema zuständig. Ich kümmere mich als Wirtschaftsmathematiker hauptsächlich darum, unsere Ratingmodule zu validieren, zu pflegen und weiterzuentwickeln. Darüber hinaus erstelle ich auch Konzepte für den Vorstand. So gibt es zahlreiche Themen, bei denen ich eingebunden bin. Das sorgt für viel Abwechslung. Für mich gibt es kein Team, in dem ich lieber arbeiten würde.



WIR FÖRDERN ANFÄNGER UND ETABLIERTE

Bayerns Mittelstand ist stark in seiner Vielfalt. Als Förderbank für Bayern unterstützen wir die Zukunftspläne junger Firmengründer genauso wie neue Vorhaben erfahrener Unternehmer. Gerne beraten wir Sie kostenfrei, wie Sie unsere Fördermöglichkeiten voll nutzen können. Tel. 0800 - 21 24 24 0

www.lfa.de


LfA FÖRDERBANK BAYERN
Beratung. Finanzierung. Erfolg.